

Kundeninformation

zu Geschäften in Wertpapieren und weiteren
Finanzinstrumenten

Customer Information

for Dealing in Securities and other Financial
Instruments

Inhalt / Contents

Information über die NORD/LB und ihre Dienstleistungen	3	-	Information on NORD/LB and its services	60
Vorkehrung der NORD/LB zum Umgang mit Interessenkonflikten bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen	8	-	Measures applied by NORD/LB to manage conflicts of interest that can arise in the course of the provision of securities services and additional securities services	64
Preise für Wertpapierdienstleistungen	12	-	List of charges and services for securities	67
Exemplarische Kostenberechnungen	17	-	Examples of cost calculations	72
Allgemeine Informationen für Kunden über Zuwendungen	29	-	General information for customers on inducements	84
Bedingungen für Wertpapier-Sparpläne	31	-	Conditions for a securities savings plans	86
Depotgeschäft – Schutz des Kundenvermögens	34	-	Safe custody accounts - Protection of assets held by customers	89
Sonderbedingungen für das Wertpapiergeschäft	35	-	Special Conditions for Dealings in Securities	90
Allgemeine Geschäftsbedingungen	41	-	General terms and conditions	96
Allgemeine Grundsätze der Auftragsausführung	54	-	General principles concerning the execution of orders	109
Anhänge und Erläuterungen zu den Allgemeinen Grundsätzen der Auftragsausführung	57	-	Notes and explanations of the General Principles of Order Execution	112
Anlage zu den Allgemeinen Grundsätzen der Auftragsausführung	59	-	Annex to the General Principles of Order Execution	114

Information über die NORD/LB und ihre Dienstleistungen

Gemäß den Vorgaben aus Art. 47 Abs. 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 und § 83 Abs. 5 WpHG erteilen wir Ihnen hiermit folgende Informationen über uns und unsere Wertpapierdienstleistungen.

1. Informationen über das Finanzinstitut

Norddeutsche Landesbank Girozentrale
einschließlich ihrer teilrechtsfähigen Anstalt „Braunschweigische Landessparkasse“
Friedrichswall 10
30159 Hannover
Deutschland – Germany
Telefon: +49 511/361-0
Telefax: +49 511/361-2502
E-Mail: info@nordlb.de

Vermittler

Wir können uns im Zusammenhang mit der Erbringung unserer Dienstleistungen vertraglich gebundener Vermittler, die im Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland registriert sind, bedienen.

Bankerlaubnis und zuständige Aufsichtsbehörden

Wir besitzen eine Bankerlaubnis gemäß § 32 KWG.

Für die Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde:

Europäische Zentralbank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt am Main
(Internet: www.ecb.europa.eu)

Für den Verbraucherschutz zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn und Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt am Main
(Internet: www.bafin.de)

Kommunikationsmittel und -sprache

Sie können mit uns persönlich, fernmündlich, schriftlich oder elektronisch in deutscher Sprache kommunizieren. Kundenaufträge können in deutscher Sprache persönlich, fernmündlich, brieflich oder im Online-Brokerage übermittelt werden.

Aufzeichnung von telefonischer und elektronischer Kommunikation

Telefonische und elektronische Kommunikation, die sich auf die Annahme, Übermittlung oder Ausführung von Aufträgen zu Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen und –nebendienstleistungen bezieht, müssen wir aufgrund gesetzlicher Verpflichtung aufzeichnen und für fünf Jahre aufbewahren, bei aufsichtsrechtlicher Anordnung im Einzelfall bis zu sieben Jahre. Innerhalb dieses Zeitraums stellen wir Ihnen eine Kopie der Aufzeichnungen auf Wunsch zur Verfügung. Sofern Sie keine Aufzeichnung wünschen, bitten wir um einen Hinweis. In diesem Fall scheidet eine Kommunikation auf diesem Wege aus. Sollte ein Bevollmächtigter für Sie tätig werden, gelten die Vorschriften zur telefonischen und elektronischen Kommunikation für den Bevollmächtigten ebenfalls.

Mitteilungen über getätigte Geschäfte

Sie erhalten über jedes ausgeführte Geschäft von uns eine Abrechnung. Einmal jährlich erhalten Sie einen Auszug über den Inhalt Ihres Wertpapierdepots.

Hinweise zur Einlagensicherung

Wir gehören dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe an.

1.1 Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll

ein Einlagensicherungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden.

1.2 Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Sollte entgegen Absatz 1 ausnahmsweise die Institutssicherung nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen im Sinne des § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen des § 8 EinSiG. Nicht entschädigungsfähig nach § 6 EinSiG sind unter anderem Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäschetransaktionen entstanden sind, sowie Inhaberschuldverschreibungen der Bank und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

Mehr Informationen dazu finden Sie unter www.dsgv.de/sicherungssystem. Seit dem Bestehen der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe hat noch nie ein Kunde eines Mitgliedsinstituts einen Verlust seiner Einlagen erlitten.

2. Umgang mit Interessenkonflikten

Wir haben Vorkehrungen getroffen, damit sich mögliche Interessenkonflikte zwischen uns, unserer Geschäftsleitung, unseren Beschäftigten und vertraglich gebundenen Vermittlern oder anderen Personen, die mit uns direkt oder indirekt durch Kontrolle verbunden sind, und Ihnen oder zwischen den Kunden untereinander nicht auf die Kundeninteressen auswirken. Details dazu finden Sie in den Vorkehrungen der NORD/LB zum Umgang mit Interessenkonflikten.

3. Informationen über Dienstleistungen

Wir betreiben alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.), soweit die sparkassenrechtlichen bzw. landesbankrechtlichen Regelungen keine Einschränkungen vorsehen.

Anlageberatung

Im Rahmen der Anlageberatung sprechen wir Ihnen gegenüber eine Empfehlung im Hinblick auf bestimmte für Sie geeignete Finanzinstrumente aus. Wir stützen diese Empfehlung auf eine Prüfung Ihrer persönlichen Umstände.

Zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Anlageberatung, die die Qualität der Dienstleistung für Sie verbessert und Ihre Kundeninteressen bestmöglich berücksichtigt, beziehen wir eine breite Palette von Produkten verschiedener Emittenten (Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe und dritte Anbieter) in die Auswahl ein. Dabei werden von der Bank aus der weltweit inzwischen unüberschaubaren Anzahl von Produkten unzähliger Emittenten vorrangig hauseigene Finanzinstrumente und solche von Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe (insbesondere der DekaBank und der Landesbank) angeboten.

Einzelheiten und Informationen zum jeweiligen Produkt stellt Ihnen gern Ihr Berater zur Verfügung. Gleichfalls sind Prospekte, die nach dem Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht wurden sowie gegebenenfalls auch wesentliche Anlegerinformationen zu Investmentvermögen (Fonds) und Produktinformationsblätter/Basisinformationsblätter auf der Homepage des Emittenten abrufbar. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass im Falle der Anlageberatung – wie auch bei beratungsfreier Orderausführung – die Überwachung der Wertentwicklung des Portfolios und der einzelnen Finanzinstrumente nicht durch uns erfolgt. Das schließt jedoch nicht aus, dass wir – z.B. bei einer Fälligkeit – mit Anlageideen auf Sie zukommen.

Beratungsfreies Geschäft

Bei beratungsfreiem Geschäft treffen Sie Ihre Anlageentscheidung unabhängig von einer persönlichen Anlageempfehlung unsererseits. Wir holen in diesem Fall nur die erforderlichen Informationen über Ihre Kenntnisse und Erfahrungen ein; dies umfasst nicht Informationen zu Ihren Anlagezielen und finanziellen Verhältnissen.

Vermögensverwaltung

Im Rahmen der Vermögensverwaltung wird in Finanzinstrumente angelegtes Vermögen verwaltet. Dabei trifft der Vermögensverwalter auch Anlageentscheidungen im eigenen Ermessen für seine Kunden. Der Vermögensverwalter hält sich strikt an die mit Ihnen vereinbarte Anlagestrategie.

4. Informationen über die Art der Anlageberatung

Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die Anlageberatung erbringen, sind verpflichtet, ihre Kunden zu informieren, ob die Anlageberatung als sogenannte „Unabhängige Honorar-Anlageberatung“ erbracht wird oder nicht (vgl. § 64 Absatz 1 Nr. 1 WpHG, Art. 52 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565). Daher informieren wir Sie darüber, dass wir die Anlageberatung – wie schon bislang – nicht als Honorar-Anlageberatung, sondern als provisionsbasierte Anlageberatung erbringen. Das bedeutet, dass wir Ihnen kein gesondertes Entgelt für unsere Beratungsleistungen berechnen. Im Zusammenhang mit der Anlageberatung dürfen wir jedoch Zuwendungen gem. § 70 WpHG von unseren Vertriebspartnern erhalten. Wir setzen die erhaltenen Zuwendungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Qualität der von uns erbrachten Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebenleistungen ein. Die Erbringung in Form von provisionsbasierter Anlageberatung hat im Übrigen keine Auswirkungen auf die Unabhängigkeit unserer Beratungsdienstleistungen.

5. Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken bei der Anlageberatung

Über die Auswahl der Finanzinstrumente, die wir Ihnen in der Anlageberatung als für Sie geeignet empfehlen, beziehen wir Nachhaltigkeitsrisiken bei der Anlageberatung ein. Hierfür kooperieren wir eng mit unseren Produktpartnern und Researchpartnern (Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe und dritte Anbieter). Unter einem Nachhaltigkeitsrisiko verstehen wir ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen bzw. deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen

auf den Wert der Investition unserer Kunden haben könnte.

Bei nachhaltigen Finanzinstrumenten, die wir unseren Kundinnen und Kunden mit einer Präferenz für nachhaltige Anlagen empfehlen, beziehen wir Nachhaltigkeitsrisiken wie folgt ein: Zum einen orientieren wir uns an den Vorgaben unserer Produkthanbieter. Diese sind aufgrund regulatorischer Vorgaben oder Branchenstandards generell verpflichtet, Nachhaltigkeitsaspekte im Rahmen ihrer Investitionsentscheidungen (bei Investmentfonds) oder über die Auswahl der Basiswerte (bei Zertifikaten) zu berücksichtigen. Zum anderen berücksichtigen bestimmte nachhaltige Finanzinstrumente (sog. ESG-Strategieprodukte) sog. Mindestausschlüsse auf Basis eines anerkannten Branchenstandards. Dies bedeutet, dass mit dem Investmentfonds nicht in bestimmte Unternehmen investiert wird, die besonders hohe Nachhaltigkeitsrisiken aufweisen. Bei Zertifikaten werden diese nicht als Basiswert zugrunde gelegt. Alternativ dazu wählen wir auch Finanzinstrumente für die Anlageberatung aus, die eine positive Wirkung auf eines oder mehrerer der in den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen formulierten Nachhaltigkeitsziele erreichen (sog. Impact-Produkte).

Bei Investmentfonds, die wir insbesondere unseren Kundinnen und Kunden ohne Nachhaltigkeitspräferenz empfehlen, sind die Kapitalverwaltungsgesellschaften aufgrund regulatorischer Vorgaben verpflichtet, Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen ihrer Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen.

Unsere Strategie zur Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken bei der Anlageberatungstätigkeit haben wir auf der Website unseres Hauses veröffentlicht.

6. Information über gesetzliche Regelungen der Bankensanierung und -abwicklung („Bail-in“)

Wir möchten Sie informieren, dass Bankaktien, Schuldverschreibungen von Banken und Sparkassen sowie andere Forderungen gegen Banken und Sparkassen europaweit besonderen Vorschriften für den Fall der Bestandsgefährdung dieser Institute unterliegen. Hintergrund sind die gesetzlichen Regelungen der Bankensanierung und -abwicklung, die in einem Abwicklungsfall zur Anwendung kommen können.

Diese Regelungen (zum Beispiel sogenanntes „Bail-in“) können sich für den Anleger beziehungsweise Vertragspartner im Abwicklungsfall des Instituts nachteilig auswirken. Nähere Informationen, welche Finanzinstrumente betroffen sind, erfahren Sie unter: www.bafin.de (unter dem Suchbegriff: Haftungskaskade).

7. Kosten und Nebenkosten

Informationen über Kosten und Nebenkosten entnehmen Sie bitte unserem Preisverzeichnis bzw. den Preisen für das Wertpapiergeschäft. Zum besseren Verständnis finden sich auf den folgenden Seiten exemplarische Kostenberechnungen für gängige Geschäftsvorfälle.

8. Informationen über den Zielmarkt des Produktes

Für Wertpapiere und sonstige Finanzinstrumente wird ein Zielmarkt festgelegt. Mit dem Zielmarkt werden die Kundengruppen beschrieben, an die sich das Produkt richtet. Im Rahmen der Beratung bzw. der Ordererteilung informiert Sie der Berater auf Wunsch gerne über den Zielmarkt des empfohlenen bzw. von Ihnen gewünschten Produkts. Bei beratungsfreien Orders werden wir den Zielmarkt nur im Hinblick auf die Zielmarktkriterien „Kundenkategorie“ sowie „Kenntnisse und Erfahrungen“ prüfen.

9. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Für Wertpapier- und sonstige Finanzdienstleistungen verarbeiten wir Ihre hierfür jeweils erforderlichen personenbezogenen Daten. Zwecke sind die Erfüllung der mit Ihnen geschlossenen Verträge (z. B. Beratungsverträge, Depotverträge) und die Erfüllung uns obliegender rechtlicher Verpflichtungen (z. B. aus dem Wertpapierhandelsgesetz).

10. Information zum Steuereinbehalt bei Kapitalerträgen ohne Liquiditätszufluss

Sofern wir den Einbehalt einer Kapitalertragsteuer nicht aus einem Liquiditätszufluss vornehmen können (z. B. im Fall der Vorabpauschale bei Investmentfonds oder bei der Einbuchung von Bonusaktien), sind wir gesetzlich ermächtigt, die anfallende Kapitalertragsteuer einem bei uns geführten Konto des Kunden zu belasten. Die Belastung eines nicht ausgeschöpften Kontokorrentkredits (eingeräumte Kontoüberziehung) ist dabei ausgeschlossen, wenn Sie vor dem Zufluss der Kapitalerträge der Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits widersprechen. Deckt das zur Verfügung stehende Guthaben einschließlich eines zur Verfügung stehenden Kontokorrentkredits den Steuerbetrag nicht oder nicht vollständig ab, sind wir gesetzlich verpflichtet, den vollen Kapitalertrag dem Finanzamt anzuzeigen.

11. Allgemeine Geschäftsbedingungen/ Bedingungen für Wertpapiergeschäfte/Bedingungen für Wertpapiersparpläne

Mit Beginn des Vertragsverhältnisses gelten die Bedingungen für Wertpapiergeschäfte, die Bedingungen für Wertpapier-Sparpläne sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (siehe folgende Seiten).

12. Information für Aktionäre

Im Hinblick auf den Versand von Unterlagen zu Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften möchten wir Sie über folgende Vorgehensweise informieren:

Der Versand von Unterlagen zur Hauptversammlung kann auf postalischem Wege oder elektronisch erfolgen.

Sofern die Aktiengesellschaft die elektronische Kommunikation beschlossen hat, kann ein Versand der Unterlagen durch uns an die Aktionäre ebenfalls auf diesem Wege erfolgen. Eine postalische Versendung der Unterlagen ist dann nicht mehr vorgesehen. Diese elektronische Übermittlung setzen wir nunmehr mit dem elektronischen Postfach für den Teilbereich „Hauptversammlungen“ um. Das Postfach dient der elektronischen Übermittlung von Hauptversammlungsunterlagen und stellt die gesetzlich geforderten Unterlagen mit Terminen und Details

zur Hauptversammlung zur Verfügung. Einfach, schnell und sicher können die Mitteilungen jederzeit per Mausklick eingesehen, ausgedruckt und auf Ihrem PC gespeichert werden. Nutzen Sie das elektronische Postfach auch für Informationen über den Bereich „Hauptversammlungen“. Damit stellen Sie sicher, dass Sie im Falle einer ausschließlich elektronischen Informationsweitergabe von Unterlagen durch den Emittenten stets aktuell, umfassend und termingerecht informiert sind.

Bitte wenden Sie sich an Ihren Kundenberater, wenn Sie das Postfach nutzen möchten.

Bei Aktiengesellschaften, die die postalische Übermittlung nicht mehr vorsehen, stellen wir Ihnen die Unterlagen ansonsten zukünftig nur noch auf individuelle Anforderung zur Verfügung.

13. Hinweis auf die Schlichtungsstelle und die Europäische Online-Streitbeilegungsplattform sowie zum Beschwerdemanagement

Bei Streitigkeiten mit der Bank besteht die Möglichkeit, sich an die Schlichtungsstelle beim Bundesverband öffentlicher Banken Deutschland (VÖB) zu wenden.

Wir haben ferner Regelungen zum Umgang mit Kundenbeschwerden getroffen und diese in unseren Beschwerdemanagement-Grundsätzen dargestellt. Die Grundsätze sind auf der Website unseres Hauses veröffentlicht.

Vorkehrung der NORD/LB zum Umgang mit Interessenkonflikten bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen

1. Präambel

Als Norddeutsche Landesbank Girozentrale („NORD/LB“) leben wir von dem Vertrauen unserer Kunden, unserer Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistung und Integrität unseres Unternehmens.

Dieses Vertrauen hängt wesentlich davon ab, wie sich unsere Mitarbeiter, Führungskräfte und die Mitglieder des Vorstandes („Mitarbeiter“) verhalten und wie sie ihre Fähigkeiten zum Nutzen unserer Kunden und des Unternehmens einsetzen. Als Kunde unseres Hauses sollen Sie sich stets darauf verlassen können, dass unsere Mitarbeiter Dienstleistungen mit der bestmöglichen Sachkenntnis, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit unter der gebotenen Wahrung der Interessen unserer Kunden erbringen. Hierzu haben wir uns hohe Verhaltensstandards gegeben, die das Vertrauen unserer Kunden weiter festigen und die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen zu einem festen Bestandteil unserer geschäftlichen Aktivitäten werden lassen.

2. Interessenkonflikte bei Dienstleistungen im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

Mit den Vorkehrungen zum Umgang mit Interessenkonflikten setzen wir diese Prinzipien bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen („Wertpapiergeschäft“) um. Interessenkonflikte können im Wertpapiergeschäft immer dann entstehen, wenn ein Kunde uns einen Auftrag erteilt hat und seine Erwartungshaltung an eine ordnungsgemäße Erbringung dieser Dienstleistung auf Marktteilnehmer mit entgegengesetzten Interessen trifft. Unterschiedliche Erwartungshaltungen lassen sich gerade bei einer Universalbank nicht immer gänzlich ausschließen, da wir

unseren Kunden nicht nur im Wertpapiergeschäft, sondern auch bei allen anderen Bankdienstleistungen zur Seite stehen wollen; Interessenkonflikte können aber die Professionalität und Reputation unseres Hauses in Zweifel ziehen. Daher haben wir angemessene Vorkehrungen getroffen, mit denen wir solche Sachverhalte so früh wie möglich erkennen und sachgerecht handhaben können.

Mit den nachfolgend dargestellten Grundsätzen, die einen verbindlichen und dauerhaften Mindeststandard für alle Mitarbeiter der NORD/LB darstellen, möchten wir Sie unter Hinweis auf das Wertpapierhandelsgesetz über unseren Umgang mit möglichen Interessenkonflikten unterrichten. Dabei tragen wir auch solchen Interessenkonflikten Rechnung, die sich aus der Struktur oder Geschäftstätigkeit anderer Unternehmen der NORD/LB-Gruppe ergeben und die uns bekannt sind oder bekannt sein müssten.

Grundsätzlich können Interessenkonflikte auch dadurch auftreten, dass Grundsätze oder Ziele, die den Umsatz, das Volumen oder den Ertrag der im Rahmen der Anlageberatung empfohlenen Geschäfte unmittelbar oder mittelbar betreffen (Vertriebsvorgaben), aufgestellt werden. Allerdings weisen wir auch darauf hin, dass durch entsprechende organisatorische Vorkehrungen sichergestellt ist, dass Kundeninteressen immer Vorrang haben und dies streng überwacht wird.

3. Management von Interessenkonflikten durch Compliance

Der Vorstand der NORD/LB hat unter seiner direkten Verantwortung eine so genannte Compliance-Stelle eingerichtet und dauerhaft mit dem Management

von Interessenkonflikten beauftragt. Sie ist von den Handels-, Geschäfts- und Abwicklungsabteilungen der Bank unabhängig und kann ihre Aufgaben dadurch neutral und weisungsfrei ausüben. Compliance ist verpflichtet, (a) Interessenkonflikte zu identifizieren und (b) angemessene und wirksame Vorkehrungen einzuführen, um Konflikte unter gebotener Wahrung des Kundeninteresses zu bewältigen. Kann das Risiko einer erheblichen Beeinträchtigung von Kundeninteressen dennoch nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden, trägt Compliance dafür Sorge, dass (c) Sie als Kunde oder Geschäftspartner der NORD/LB vor Inanspruchnahme der Dienstleistung über die allgemeine Art des Konfliktes informiert werden:

a) Identifikation von Interessenkonflikten

Im Zusammenhang mit unserem Wertpapiergeschäft können sich Interessenkonflikte im Wesentlichen in den Bereichen Emissions- und Platzierungsgeschäft, Wertpapierhandel, Vermögensverwaltung, Mandatsbetreuung, Anlageberatung, Unternehmensfinanzierung und Finanzanalysen ergeben.

Im Wertpapiergeschäft ist es denkbar, dass verschiedene Parteien unterschiedliche Interessen in finanzieller Art oder hinsichtlich des Ergebnisses einer Dienstleistung oder eines getätigten Geschäftes haben. Möglicherweise können auch auf einem Geschäftsgebiet Konkurrenzverhältnisse bestehen, finanzielle Zuwendungen zu einer sachfremden Ungleichbehandlung von Kunden oder Kundengruppen führen oder übermäßige Zuwendungen ausschlaggebend für nicht am Kunden ausgerichtete Interessenlagen sein. Daher überwachen wir Geschäftsaktivitäten bzw. Informationsflüsse u. a., wenn

- // Beziehungen unseres Hauses zu einem Emittenten von Finanzinstrumenten bestehen, etwa weil wir ein Finanzinstrument des Emittenten oder diesen selbst am Kapitalmarkt betreuen oder kürzlich an der Führung eines Konsortiums für eine Emission dieses Emittenten beteiligt waren; denkbar wäre auch, dass die NORD/LB eine nicht unbedeutende Beteiligung an einem Emittenten oder einem Dienstleister hält;
- // Mitarbeiter für unser Haus in den Aufsichtsrat oder ein anderes Gremium eines Emittenten oder

Dienstleisters berufen wurden und insoweit personelle Verflechtungen bestehen;

- // Geschäftstätigkeiten anderer Bereiche unseres Hauses, wie z. B. die des Eigenhandels, Kundenorders entgegenstehen;
- // im Rahmen einer Vermögensverwaltung gegenläufige Strategien verfolgt werden oder die Umschlaghäufigkeit Rückschlüsse darauf zulassen könnte, dass Geschäfte nicht im Kundeninteresse generiert werden sollen;
- // Informationen vorliegen, die nicht öffentlich bekannt sind;
- // die NORD/LB Zuwendungen, insbesondere Zahlungen von Dritten erhält oder an Dritte gewährt;
- // unseren Mitarbeitern Zuwendungen gewährt werden, um sich über die Interessen der Kunden hinwegzusetzen, größtmöglichen Umsatz zu erzielen oder Produkte eines bestimmten Anbieters vorrangig anzubieten.

b) Mittel und Verfahren zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Um zu vermeiden, dass sachfremde Interessen z. B. eine objektive Anlageberatung, Auftragsausführung, Vermögensverwaltung oder Finanzanalyse beeinflussen, werden unsere Mitarbeiter entsprechend geschult und sind verpflichtet, interessenkonfliktträchtige Sachverhalte an Compliance zu melden. Compliance führt das sensible Informationsaufkommen in der Bank auf vertraulicher Basis zusammen und entscheidet, ob die Informationsflüsse und die Geschäftsaktivitäten der Bank und ihrer Mitarbeiter lediglich weiter auf markt- und regelkonformes Verhalten beobachtet, gezielt gesteuert oder gesperrt werden.

Geschäftsbereiche, die regelmäßig Zugang zu sensiblen Kunden- und Geschäftsdaten haben können, werden von Compliance als Vertraulichkeitsbereiche eingestuft. Vertraulichkeitsbereiche sind funktional, räumlich oder durch Vergabe unterschiedlicher EDV-Zugriffsberechtigungen von anderen Bereichen und deren Informations- und Berichtswegen getrennt. Durch diese Maßnahmen ist sichergestellt, dass Personen mit gegensätzlichen Interessen keine unsachgemäße Einflussnahme auf die Tätigkeit der Mitarbeiter im Wertpapiergeschäft ausüben können.

Allen Mitarbeitern ist untersagt, sensitive Informationen oder Insiderinformationen unbefugt aus einem Vertraulichkeitsbereich in einen anderen Bereich der Bank oder nach außen zu leiten. Ausnahmefälle müssen von Compliance vorab genehmigt werden. Diese Vorgehensweise sichert eine gezielte Steuerung dieser Informationen und die genaue Kenntnis der involvierten Personen.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten müssen Mitarbeiter das Verbot von Insidergeschäften beachten. Auch dürfen sie Kurse nicht durch irreführende Marktaktivitäten oder sonstige Täuschungshandlungen beeinflussen oder eine irreguläre Marktsituation durch falsche Darstellungen oder unzulässiges Verschweigen von Informationen erzeugen.

Die Vergütung unserer Mitarbeiter ist nicht mit den Erfolgen anderer Geschäftsbereiche mit potenziell widerstreitenden Interessen verknüpft. Insbesondere werden auch die Finanzanalysten unseres Hauses unabhängig von den Ergebnissen des Eigenhandels bezahlt. Auch die Kundenberater erhalten keine Abschlussvergütungen für Wertpapiergeschäfte. Die Annahme persönlicher Vorteile ist den Mitarbeitern unseres Hauses untersagt.

Compliance überwacht und bewertet die Angemessenheit und Wirksamkeit dieser Vorkehrungen sowie die zur Behebung von Defiziten getroffenen Maßnahmen. So werden z. B. täglich alle Handelsgeschäfte der Bank und alle Wertpapiergeschäfte der Mitarbeiter auf unlautere Verhaltensweisen kontrolliert; Mitarbeiter, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit in potenzielle Interessenkonflikte eingebunden sind, unterliegen dabei besonderen Offenlegungspflichten und Kontrollen. Compliance selbst wird von der internen Revision und einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft. Der Vorstand und der Aufsichtsrat erhalten mindestens einmal jährlich einen Bericht über die von Compliance zur Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften eingeführten Grundsätze, Mittel und Verfahren und können somit ihrer Verantwortung für die Geschäftsführung der Bank bzw. deren Überwachung im Bereich des Interessenkonfliktmanagements nachkommen.

c) Offenlegung unvermeidbarer Interessenkonflikte

Lässt sich das Risiko einer erheblichen Beeinträchtigung von Kundeninteressen dennoch nicht mit hinreichender Sicherheit ausschließen, werden wir Sie vor Inanspruchnahme der jeweiligen Dienstleistung über die allgemeine Art des Konfliktes informieren. Wir wollen damit sicherstellen, dass Sie Ihre Entscheidung stets auf einer informierten Grundlage treffen können.

Soweit unser Haus im Wertpapiergeschäft Provisionen, Gebühren oder sonstige Geldleistungen oder geldwerte Vorteile annimmt oder Dritten gewährt, möchten wir Sie auf Folgendes hinweisen:

Die NORD/LB nimmt beim Vertrieb von Finanzinstrumenten zum Teil Zuwendungen von Fondsgesellschaften und Wertpapieremissionshäusern entgegen. So gewähren z. B. Fondsgesellschaften für den Vertrieb von Investmentanteilscheinen Vertriebsfolgeprovisionen aus den von ihnen vereinnahmten Verwaltungsgebühren. Auch bei Geschäften mit Zertifikaten und vergleichbaren Anleihen kann es zu ähnlichen Zahlungen kommen; zum Teil erhält die NORD/LB auch Vertriebsprovisionen. Auch verbleiben Ausgabeaufschläge in unserem Hause, soweit wir sie beim Vertrieb von Wertpapieren erheben. Diese Zahlungen dienen dazu, das bestehende hochwertige System zur Beschaffung von Informationen oder Erstellung von Finanzanalysen für mögliche Anlageprodukte und zur Abwicklung von Geschäften in Finanzinstrumenten für unsere Kunden stets den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Zugleich können wir unsere Kunden dadurch umfassend beraten und ihnen unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Produkte anbieten.

Sofern wir von anderen Dienstleistern im Zusammenhang mit unserem Wertpapiergeschäft unentgeltliche Zuwendungen wie Informationsmaterialien, Schulungen oder technische Dienste und Ausrüstungen erhalten sollten, die den Zugriff auf Informationen im Zusammenhang mit unserem Wertpapiergeschäft ermöglichen, so steht die Entgegennahme derartiger Zuwendungen nicht in unmit-

telbarem Zusammenhang mit den unseren Kunden gegenüber erbrachten Dienstleistungen. Wir nutzen diese Zuwendungen aber dazu, unsere Dienstleistungen in der von Ihnen beanspruchten hohen Qualität erbringen und weiterentwickeln zu können.

Schließlich möchten wir Sie noch davon unterrichten, dass wir Sie stets über potenzielle Interessenkonflikte informieren, wenn wir Finanzanalysen an Sie weitergeben oder öffentlich verbreiten.

4. Weitere Informationen

Wenn Sie weitergehende Fragen zu unserem Umgang mit Interessenkonflikten im Wertpapiergeschäft haben, steht Ihnen Ihr Kundenbetreuer oder die Compliance-Stelle unseres Hauses gerne zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu sind der Richtlinie zum Umgang mit Interessenkonflikten bei der Erbringung von WP-(neben) Dienstleistungen zu entnehmen, die auf Nachfrage bei der Compliance – Stelle der NORD/LB erhältlich ist.

Preise für die Wertpapierdienstleistungen

Stand: 01. April 2019

Depotleistungen

Depotleistungen	Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center**	Direkt – Depotführung online
Depotleistungen		
Grundgebühr (p. a. pro Depot)	20,00 €	10,00 €
Volumenabhängiger Depotpreis (p.a. vom Kurs-/Nennwert des Depotbestands, bei Null-Kupon-Anleihen auf ausmachenden Betrag, NORD/LB-Anleihen und SIP-Fonds gebührenfrei)	0,150 %	0,150 %
Sonstige Werte (geschlossene Immobilienfonds und Gattungen ohne Kurswert, je Einzelanspruch p. a.)	6,00 €	6,00 €
Abrechnung und Belastung	quartalsweise	quartalsweise
Sonderleistungen auf Wunsch des Kunden		
Umschreibung von Namensaktien (pro Umschreibung)	25,00 €	25,00 €
Erstattungsantrag (ausländische Dividenden- bzw. Quellensteuer pro Antrag)		
- manuelles Verfahren, mind. 50,00 € erstattungsfähiger Betrag	25,00 €	25,00 €
- automatisiertes Verfahren, für bestimmte Länder möglich	pro Auftrag 50,00 € zzgl. je Posten 5,00 €	pro Auftrag 50,00 € zzgl. je Posten 5,00 €
Duplikaterstellung (pro Stück)*	25,00 €	25,00 €
Unterjährige Depotaufstellung (pro Posten, je Aufstellung)*	1,00 €, mind. 25,00 €	1,00 €, mind. 25,00 €
Individuelle Segregation (nur für Geschäftskunden)		

Darüber hinaus bieten wir unter Verweis auf die weitergehenden Informationen zum Schutz des Kundenvermögens (vgl. nachfolgendes Kapitel) die „Einzelkunden-Kontentrennung“ an.

Die Einrichtung der Einzelkunden-Kontentrennung erfordert eine gemeinsame Planung und Abstimmung der Prozessschritte (Verhandlung entsprechender Anpassung von IT-Systemen, u.a.). Vor diesem Hintergrund ist ein möglicher Onboarding-Prozess individuell auf Ihre notwendigen Segregationsanforderungen zuzuschneiden. Nach diesen Anforderungen richten sich auch die Dauer und die Kosten für das Onboarding.

Die Aufwendungen für die laufenden Kosten bilden wir über eine eigene Umsatz- und Kontoführungsgebühr auf Grundlage Ihrer Transaktionen ab. Auf Basis Ihrer Anforderungen unterbreiten wir Ihnen hierfür gerne ein auf Sie zugeschnittenes Angebot.

	Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center**	Direkt – Depotführung online
Depotübertragung	nur fremde Kosten	nur fremde Kosten
Effektive Stücke		
Einlieferung (pro Gattung)	100,00 €	100,00 €
Nachträgliche Verwertung von Bezugsrechten (pro Vorgang)	100,00 €	100,00 €
Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen (vom Bruttobetrag, pro Einreichung)	1,00 %, mind. 50,00 €, max. 300,00 €	1,00 %, mind. 50,00 €, max. 300,00 €
Einlösung von fälligen Wertpapieren (pro Nennwert, pro Einreichung)	1,00 %, mind. 50,00 €, max. 300,00 €	1,00 %, mind. 50,00 €, max. 300,00 €
Erneuerung Bogen (Zins-, Gewinnanteil- und Ertrags-scheine)	100,00 €	100,00 €
Beschaffung von Ersatzurkunden je Vorgang*	100,00 €	100,00 €
Tausch von effektiven Wertpapieren (NORD/LB-Emissionen frei)	100,00 €	100,00 €

Ersatz von Aufwendungen

Der Ersatz der Aufwendungen der Bank richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Individuelle Segregation

(für Privat- und Geschäftskunden)

Darüber hinaus bieten wir unter Verweis auf die weitergehenden Informationen zum Schutz des Kundenvermögens (vgl. nachfolgendes Kapitel) die „Einzelkunden-Kontentrennung“ an.

Die Einrichtung der Einzelkunden-Kontentrennung der Eurex erfordert eine gemeinsame Planung und Abstimmung der Prozessschritte (Verhandlung entsprechender Verträge, Implementierung und Anpassung von IT-Systemen, u.a.). Vor diesem Hintergrund ist ein möglicher Onboarding-Prozess individuell auf die für Ihr Haus notwendigen Segregationsanforderungen zuzuschneiden. Nach diesen Anforderungen richten sich auch die Dauer und die Kosten für das Onboarding.

Die Aufwendungen für die laufenden Kosten bilden wir über eine eigene Umsatz- und Kontoführungsgebühr auf Grundlage Ihrer Transaktionen ab. Auf Basis Ihrer Anforderungen unterbreiten wir Ihnen hierfür gerne ein auf Sie zugeschnittenes Angebot.

Transaktionsleistungen Berater	Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center**	Direkt – Depotführung online
An- und Verkauf von Wertpapieren		
Porto und sonstige Auslagen sind in den folgenden Sätzen nicht enthalten.		
Aktien, Zertifikate, Optionsscheine, börsennotierte Investmentvermögen	1,00 %, mind. 29,90 €	
Provision (vom Kurswert, pro Transaktion)		
Festverzinsliche Wertpapiere	0,50 %, mind. 29,90 €	
Provision (vom Nennwert, pro Transaktion)		
Bei Null-Kupon-Anleihen auf den ausmachenden Betrag; der Ersterwerb von NORD/LB-Anleihen ist spesenfrei)		
Investmentanteile der SIP-Fonds, der DekaBank sowie der Kooperationspartner Swisscanto und LODH		
Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	
Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis	
Sonstige in- und ausländische Investmentanteile		
Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	
Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis ab- zgl. 1% Provision, mind. 29,90 €	
Transaktionsleistungen Zugangsweg telefonischer Orderservice	Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center	Direkt – Depotführung online
(gilt nicht für die Standorte Bremen und Oldenburg)		
An- und Verkauf von Wertpapieren		
Porto und sonstige Auslagen sind in den folgenden Sätzen nicht enthalten.		
Aktien, Zertifikate, Optionsscheine, börsennotierte Investmentvermögen	0,75 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 29,90 €
Provision (vom Kurswert, pro Transaktion)		
Festverzinsliche Wertpapiere	0,50 %, mind. 19,90 €	0,50 %, mind. 29,90 €
Provision (vom Nennwert, pro Transaktion)		
Bei Null-Kupon-Anleihen auf den ausmachenden Betrag; der Ersterwerb von NORD/LB-Anleihen ist spesenfrei)		
Investmentanteile der SIP-Fonds, der DekaBank sowie der Kooperationspartner Swisscanto und LODH		

Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	Zum jeweiligen Ausgabepreis
Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis	Zum jeweiligen Rücknahmepreis
Sonstige in- und ausländische Investmentanteile		
Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	Zum jeweiligen Ausgabepreis
Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis abzgl. 1% Provision, mind. 29,90 €	Zum jeweiligen Rücknahmepreis abzgl. 1 % Provision, mind. 29,90 €

Transaktionsleistungen Zugangsweg online

Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center**

Direkt – Depotführung online

An- und Verkauf von Wertpapieren

Porto und sonstige Auslagen sind in den folgenden Sätzen nicht enthalten.

Aktien, Zertifikate, Optionsscheine, börsennotierte Investmentvermögen

0,50 %, mind. 19,90 €

0,35 %, mind. 14,90 €

Provision (vom Kurswert, pro Transaktion)

Festverzinsliche Wertpapiere

0,25 %, mind. 19,90 €

0,25 %, mind. 14,90 €

Provision (vom Nennwert, pro Transaktion)

Bei Null-Kupon-Anleihen auf den ausmachenden Betrag; der Ersterwerb von NORD/LB-Anleihen ist spesenfrei)

Investmentanteile der SIP-Fonds, der DekaBank sowie der Kooperationspartner Swisscanto und LODH

Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	Zum jeweiligen Ausgabepreis
------	-----------------------------	-----------------------------

Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis	Zum jeweiligen Rücknahmepreis
---------	-------------------------------	-------------------------------

Sonstige in- und ausländische Investmentanteile

Kauf	Zum jeweiligen Ausgabepreis	Zum jeweiligen Ausgabepreis
------	-----------------------------	-----------------------------

Verkauf	Zum jeweiligen Rücknahmepreis abzgl. 0,50 % Provision, mind. 19,90 €	Zum jeweiligen Rücknahmepreis abzgl. 0,50 % Provision, mind. 14,90 €
---------	--	--

Kapitaltransaktionen

Bezugsrecht /Teilrecht, Provision (vom Kurswert) ab 50 € Kurswert	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
---	-----------------------	----------------------

Bezug junger Aktien, Provision (vom Kurswert)	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
---	-----------------------	----------------------

Bezug Wandelschuldverschreibungen, Provision (vom Kurswert)	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
---	-----------------------	----------------------

Ausübung Wandelanleihen in Aktien (vom Nennwert zzgl. Aufgeld)	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
--	-----------------------	----------------------

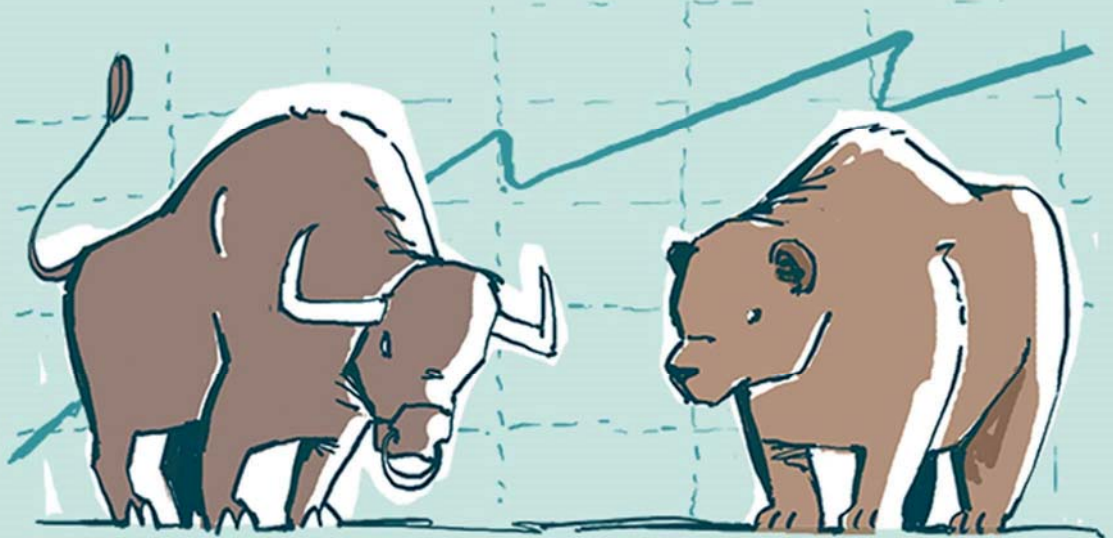
Ausübung Optionsscheine in Aktien (vom Optionspreis)	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
--	-----------------------	----------------------

	Klassik – Depotführung beim Berater, online oder im Kunden-Service-Center**	Direkt – Depotführung online
Liquidationserlöse, Provision (vom Kurswert)	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
Bezug von Aktien im Rahmen einer Wahldividende	1,00 %, mind. 19,90 €	1,00 %, mind. 9,90 €
Sonstiges		
Auftragslimitierung		
Erteilung/Änderung eines Ultimo-/Tageslimits	Jeweils 10,00 €	Jeweils 5,00 €
Umlagegebühr	Sofern der Verkauf in einer anderen Lagerstätte erfolgt, als der Kundenbestand verbucht ist, fällt eine Umlagegebühr an. Der Betrag ist lagerstellenabhängig.	Sofern der Verkauf in einer anderen Lagerstätte erfolgt, als der Kundenbestand verbucht ist, fällt eine Umlagegebühr an. Der Betrag ist lagerstellenabhängig.
Fremdkosten in- und ausländischer Börsen und sonstiger Handelsplätze	Am jeweiligen Handelsplatz fallen unterschiedliche Gebühren, Kosten oder Steuern an. Je nach Börse und/oder Wertpapierart können insbesondere beim Handelsplatzentgelt (Maklercourtage) unterschiedliche Bemessungsgrundlagen oder auch Pauschalpreise gelten. Genaue Informationen zur Höhe der Fremdkosten für Ihren individuellen Wertpapierauftrag können Sie gerne bei Ihrem Wertpapierberater erfragen.	
Ersatz von Aufwendungen		

Der Ersatz der Aufwendungen der Bank richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

* soweit durch vom Kunden zu vertretende Umstände verursacht

** Kunden-Service-Center: Gilt nicht für die Standorte Bremen und Oldenburg.



Exemplarische Kostenberechnungen

Zum besseren Verständnis der Kosten finden Sie nachfolgend einige exemplarische Kostenberechnungen für gängige Geschäftsvorfälle.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um beispielhafte Kostenberechnungen handelt.

Die ausgewiesenen Kosten müssen nicht den Kosten entsprechen, die für die von Ihnen gewünschte Transaktion anfallen.

Exemplarischer Kostenausweis für den Kauf einer Muster-Aktie Kommissionsgeschäft

I) Auftragsdaten		
Produkt		Muster-Aktie
Art des Geschäfts	Kauf	Kommissionsgeschäft
Anzahl Aktien	100,00	
Kurs Vortag (Schlusskurs)	100,00 EUR	
Kurswert	10.000,00 EUR	
II) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen)		
Einstiegskosten (einmalig)		
Dienstleistungskosten ¹	100,00 €	1,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Laufende Kosten (p.a.)		
Dienstleistungskosten ²	23,80 €	0,24 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Ausstiegskosten		
Dienstleistungskosten ¹	100,00 €	1,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
III) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer von 5 Jahren		
Dienstleistungskosten ¹	319,00 €	0,64 % p.a.
Produktkosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	319,00 €	0,64 % p.a.
davon Zuwendungen an die Bank	0,00 €	0,00 % p.a.

Erläuterung: Bei einer Haltedauer von 5 Jahren fallen 319,00 EUR an Kosten und Gebühren an. Die Berechnung beruht auf der Annahme, dass das Produkt 5 Jahre gehalten wird. Die tatsächlichen Kosten können z. B. in Abhängigkeit der Haltedauer sowie der Wertentwicklung des Produktes variieren. Die Zahlen sind Schätzungen und können in der Zukunft anders ausfallen.

¹ Bei Ausführung über in- oder ausländische Börsen oder sonstige Handelsplätze können Fremdkosten in Form unterschiedlicher Gebühren (z.B. Maklercourtage), Kosten oder Steuern nach Vorgabe des Börsen-/Handelsplatzes anfallen.

² Die Dienstleistungskosten (Depotgelt) werden abhängig von der Höhe des Depotbestandes erhoben.

IV) Auswirkungen der Kosten auf die Rendite

Die Kosten reduzieren die Rendite der Anlage während der angenommenen Haltedauer wie folgt:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
Dienstleistungskosten					
Einstiegskosten	1,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a. ¹	0,24 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	1,00 %
Produktkosten					
Einstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Gesamtkosten	1,24 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %	1,24 %

Erläuterung: Die obige Tabelle zeigt die Auswirkungen der Kosten auf die Rendite. Hierbei werden sowohl Kosten berücksichtigt, die direkt aus dem Produkt entnommen werden, als auch Kosten, die von der Bank in Rechnung gestellt werden:

- // Im ersten Jahr machen sich vor allem die Einstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für den Erwerb des Produkts.
- // Im letzten Jahr machen sich vor allem die Ausstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für die Veräußerung des Produktes.
- // Die laufenden Kosten fallen in jedem Jahr in gleicher Höhe an.

Die Darstellung beschränkt sich auf die Auswirkungen der Kosten und enthält keine Aussage über die Höhe der Rendite, da diese nicht prognostiziert werden kann.

¹ Jährliches Depotentgelt in Höhe von 23,80 EUR. Umrechnung in % auf Basis des Anlagebetrages. Depotentgelt wird in Abhängigkeit vom Depotbestand erhoben, d.h. sofern weitere Produkte im Depot gebucht sind und höhere Depotvolumen erreicht werden, kann sich das Depotentgelt erhöhen. Eventuelle Mindestentgelte (z. B. bei den Depotgebühren) sind in der beispielhaften Darstellung nicht berücksichtigt.

Exemplarischer Kostenausweis für den Kauf einer Muster-Anleihe Kommissionsgeschäft

I) Auftragsdaten

Produkt	Muster-Anleihe	
Art des Geschäfts	Kauf	Kommissionsgeschäft
Nominal	10.000,00 EUR	
Kurs Vortag (Schlusskurs)	100,00 %	
Kurswert	10.000,00 EUR	

II) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen und Margen)

Einstiegskosten (einmalig)		
Dienstleistungskosten ¹	50,00 €	0,50 %
Produktkosten ²	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Laufende Kosten (p.a.)		
Dienstleistungskosten ³	23,80 €	0,24 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Ausstiegskosten		
Dienstleistungskosten ¹	50,00 €	0,50 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %

III) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer von 5 Jahren

Dienstleistungskosten ¹	219,00 €	0,44 % p.a.
Produktkosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	219,00 €	0,44 % p.a.
davon Zuwendungen an die Bank	0,00 €	0,00 % p.a.

Erläuterung: Bei einer Haltedauer von 5 Jahren fallen 219,00 EUR an Kosten und Gebühren an. Die Berechnung beruht auf der Annahme, dass das Produkt 5 Jahre gehalten wird. Die tatsächlichen Kosten können z. B. in Abhängigkeit der Haltedauer sowie der Wertentwicklung des Produktes variieren. Die Zahlen sind Schätzungen und können in der Zukunft anders ausfallen.

¹ Bei Ausführung über in- oder ausländischer Börsen oder sonstige Handelsplätze können Fremdkosten in Form unterschiedlicher Gebühren (z.B. Maklercourtage), Kosten oder Steuern nach Vorgabe des Börsen-/Handelsplatzes anfallen.

² auf den Kurswert

³ Die Dienstleistungskosten (Depotgelt) werden abhängig von der Höhe des Depotbestandes erhoben.

IV) Auswirkungen der Kosten auf die Rendite

Die Kosten reduzieren die Rendite der Anlage während der angenommenen Haltedauer wie folgt:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
Dienstleistungskosten					
Einstiegskosten	0,50 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a. ¹	0,24 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,50 %
Produktkosten					
Einstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Fremdwährungskosten					
	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Gesamtkosten	0,74 %	0,24 %	0,24 %	0,24 %	0,74 %

Erläuterung: Die obige Tabelle zeigt die Auswirkungen der Kosten auf die Rendite. Hierbei werden sowohl Kosten berücksichtigt, die direkt aus dem Produkt entnommen werden, als auch Kosten, die von der Bank in Rechnung gestellt werden:

- // Im ersten Jahr machen sich vor allem die Einstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für den Erwerb des Produkts.
- // Im letzten Jahr machen sich vor allem die Ausstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für die Veräußerung des Produktes.
- // Die laufenden Kosten fallen in jedem Jahr in gleicher Höhe an.

Die Darstellung beschränkt sich auf die Auswirkungen der Kosten und enthält keine Aussage über die Höhe der Rendite, da diese nicht prognostiziert werden kann.

¹ Jährliches Depotentgelt in Höhe von 23,80 EUR. Umrechnung in % auf Basis des Anlagebetrages. Depotentgelt wird in Abhängigkeit vom Depotbestand erhoben, d.h. sofern weitere Produkte im Depot gebucht sind und höhere Depotvolumen erreicht werden, kann sich das Depotentgelt erhöhen. Eventuelle Mindestentgelte (z. B. bei den Depotgebühren) sind in der beispielhaften Darstellung nicht berücksichtigt.

Exemplarischer Kostenausweis für den Verkauf einer Muster-Aktie¹**I) Auftragsdaten**

Produkt		Muster-Aktie
Art des Geschäfts	Verkauf	Kommissionsgeschäft
Anzahl Aktien	200,00	
Kurs Vortag (Schlusskurs)	50,00 EUR	
Kurswert	10.000,00 EUR	

II) Aufstellung der Kostenpositionen**Ausstiegskosten (einmalig bei Verkauf)**

Dienstleistungskosten ^{1,2}	100,00 €	1,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %

III) Kostenzusammenfassung

Dienstleistungskosten	100,00 €	1,00 % p.a.
Produktkosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	100,00 €	1,00 % p.a.

¹ Die exemplarische Kostenberechnung bezieht sich auf den Verkauf einer Aktie. Bei anderen Produktgattungen können abweichende Dienstleistungskosten anfallen.

² Bei Ausführung über in- oder ausländische Börsen oder sonstige Handelsplätze können Fremdkosten in Form unterschiedlicher Gebühren (z. B. Maklercourtage), Kosten oder Steuern nach Vorgabe des Börsen-/Handelsplatzes anfallen.

Exemplarischer Kostenausweis für den Kauf eines Muster-Fonds Vermittlungsgeschäft

I) Auftragsdaten

Produkt		Muster-Fonds
Art des Geschäfts	Kauf	Vermittlungsgeschäft
Ausgabeaufschlag (vom Ausgabepreis)	3,614 %	
Abrechnungsbetrag	10.000,00 EUR	

II) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen und Margen)

Einstiegskosten (einmalig)		
Dienstleistungskosten¹	361,40 €	3,61 %
<i>davon Zuwendungen an die Bank</i>		
Bank	361,40 €	3,61 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Laufende Kosten (p.a.)		
Dienstleistungskosten^{1,2}	57,69 €	0,58 %
<i>davon Zuwendungen an die Bank</i>		
Bank	42,22 €	0,42 %
Produktkosten	125,49 €	1,25 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Ausstiegskosten (Rückgabe an Emittenten)		
Dienstleistungskosten	0,00 €	0,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %

III) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer von 5 Jahren

Dienstleistungskosten	649,85 €	1,30 % p.a.
Produktkosten	627,45 €	1,25 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	1.277,30 €	2,55 % p.a.
davon Zuwendungen an die Bank	572,50 €	1,15 % p.a.

Erläuterung: Bei einer Haltedauer von 5 Jahren fallen 1.277,30 EUR an Kosten und Gebühren an. Die Berechnung beruht auf der Annahme, dass das Produkt 5 Jahre gehalten wird. Die tatsächlichen Kosten können z. B. in Abhängigkeit der Haltedauer sowie der Wertentwicklung des Produktes variieren. Die Zahlen sind Schätzungen und können in der Zukunft anders ausfallen.

¹ auf den Abrechnungsbetrag

² Das in den Dienstleistungskosten enthaltene Depotentgelt wird abhängig von der Höhe des Depotbestandes erhoben.

IV) Auswirkungen der Kosten auf die Rendite

Die Kosten reduzieren die Rendite der Anlage während der angenommenen Haltedauer wie folgt:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
Dienstleistungskosten					
Einstiegskosten	3,61 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a. ¹	0,58 %	0,58 %	0,58 %	0,58 %	0,58 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Produktkosten					
Einstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	1,25 %	1,25 %	1,25 %	1,25 %	1,25 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Fremdwährungskosten					
	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Gesamtkosten					
	5,44 %	1,83 %	1,83 %	1,83 %	1,83 %

Erläuterung: Die obige Tabelle zeigt die Auswirkungen der Kosten auf die Rendite. Hierbei werden sowohl Kosten berücksichtigt, die direkt aus dem Produkt entnommen werden, als auch Kosten, die von der Bank in Rechnung gestellt werden:

- // Im ersten Jahr machen sich vor allem die Einstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für den Erwerb des Produkts.
- // Die laufenden Kosten fallen in jedem Jahr in gleicher Höhe an.

Die Darstellung beschränkt sich auf die Auswirkungen der Kosten und enthält keine Aussage über die Höhe der Rendite, da diese nicht prognostiziert werden kann.

¹ In den Lfd. Kosten p.a. ist ein jährliches Depotentgelt in Höhe von 15,47 EUR enthalten. Das Depotentgelt wird in Abhängigkeit vom Depotbestand erhoben, d.h. sofern weitere Produkte im Depot gebucht sind und höhere Depotvolumen erreicht werden, kann sich das Depotentgelt erhöhen. Eventuelle Mindestentgelte (z. B. bei den Depotgebühren) sind in der beispielhaften Darstellung nicht berücksichtigt.

Hinweis: Bei diesem Muster-Fonds handelt es sich um einen Aktienfonds.

Exemplarischer Kostenausweis für den Kauf eines Muster-Zertifikats Kommissionsgeschäft

I) Auftragsdaten

Produkt	Muster-Zertifikat	
Art des Geschäfts	Kauf	Kommissionsgeschäft (Zeichnungsphase)
Nominal	10.000,00 EUR	
Kurs	100,00 %	
Kurswert	10.000,00 EUR	

II) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen und Margen)

Einstiegskosten (einmalig)		
Dienstleistungskosten¹	100,00 €	1,00 %
<i>davon Zuwendung an die Bank</i>	100,00 €	1,00 %
Produktkosten	60,00 €	0,60 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Laufende Kosten (p.a.)		
Dienstleistungskosten²	20,00 €	0,20 %
<i>davon Zuwendung an die Bank</i>	0,00 €	0,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Ausstiegskosten (Rückgabe an Emittenten)		
Dienstleistungskosten	0,00 €	0,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %

III) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer bis Fälligkeit (Laufzeit 2 Jahre)

Dienstleistungskosten	140,00 €	0,70 % p.a.
Produktkosten	60,00 €	0,30 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	200,00 €	1,00 % p.a.
davon Zuwendungen an die Bank	100,00 €	0,50 % p.a.

Erläuterung: Bei einer Haltedauer bis zur Endfälligkeit fallen 200,00 EUR an Kosten und Gebühren an. Die Berechnung beruht auf der Annahme, dass das Produkt über die gesamte empfohlene Haltedauer gehalten wird. Die tatsächlichen Kosten können z. B. in Abhängigkeit der Haltedauer sowie der Wertentwicklung des Produktes variieren. Die Zahlen sind Schätzungen und können in der Zukunft anders ausfallen.

¹ auf den Kurswert

² Die Dienstleistungskosten (Depotentgelt) werden abhängig von der Höhe des Depotbestandes erhoben.

IV) Auswirkungen der Kosten auf die Rendite

Die Kosten reduzieren die Rendite der Anlage während der angenommenen Haltedauer wie folgt:

	1. Jahr	2. Jahr
Dienstleistungskosten		
Einstiegskosten	1,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a. ¹	0,20 %	0,20 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %
Produktkosten		
Einstiegskosten	0,60 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	0,00 %	0,00 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %
Fremdwährungskosten		
	0,00 %	0,00 %
Gesamtkosten	1,80 %	0,20 %

Erläuterung: Die obige Tabelle zeigt die Auswirkungen der Kosten auf die Rendite. Hierbei werden sowohl Kosten berücksichtigt, die direkt aus dem Produkt entnommen werden, als auch Kosten, die von der Bank in Rechnung gestellt werden:

- // Im ersten Jahr machen sich vor allem die Einstiegskosten bemerkbar, d.h. die Kosten für den Erwerb des Produkts.
- // Die laufenden Kosten fallen in jedem Jahr in gleicher Höhe an.

Die Darstellung beschränkt sich auf die Auswirkungen der Kosten und enthält keine Aussage über die Höhe der Rendite, da diese nicht prognostiziert werden kann.

¹Jährliches Depotentgelt in Höhe von 20,00 EUR. Umrechnung in % auf Basis des Anlagebetrages. Depotentgelt wird in Abhängigkeit vom Depotbestand erhoben, d.h. sofern weitere Produkte im Depot gebucht sind und höhere Depotvolumen erreicht werden, kann sich das Depotentgelt erhöhen. Eventuelle Mindestentgelte (z. B. bei den Depotgebühren) sind in der beispielhaften Darstellung nicht berücksichtigt.

Hinweis: Bei diesem Muster-Zertifikat handelt es sich um eine Aktienanleihe mit zweijähriger Laufzeit.

Exemplarischer Kostenausweis für ein Muster-OTC-Derivat Vermittlungsgeschäft

I) Auftragsdaten

Produkt	Zinsswap
Art des Geschäfts	Vermittlungsgeschäft
Nominal	400.000,00 EUR
Prämie (nicht relevant bei Zinsswaps)	0,00 EUR
Wechselwert (nicht relevant bei Zinsswaps)	-
Zahlung	Die Kosten werden über den anfänglichen negativen Marktwert abgegolten.

II) Aufstellung der Kostenpositionen und Vertriebsvergütungen (Zuwendungen und Margen)

Einstiegskosten (einmalig)		
Dienstleistungskosten	4.863,78 €	1,22 %
davon Zuwendungen an die Bank	4.863,78 €	1,22 %
Produktkosten	1.215,95 €	0,30 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Laufende Kosten (p.a.)		
Dienstleistungskosten	0,00 €	0,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %
Ausstiegskosten bei Fälligkeit (einmalig)		
Dienstleistungskosten	0,00 €	0,00 %
Produktkosten	0,00 €	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 %

III) Kostenzusammenfassung bei einer angenommenen Haltedauer von mindestens 5 Jahren

Dienstleistungskosten	4.863,78 €	0,24 % p.a.
Produktkosten	1.215,95 €	0,06 % p.a.
Fremdwährungskosten	0,00 €	0,00 % p.a.
Gesamtkosten	6.079,73 €	0,30 % p.a.
davon Zuwendungen an die Bank	4.863,78 €	0,24 % p.a.

IV) Auswirkungen der Kosten im Zeitverlauf

Die Kosten reduzieren die Rendite der Anlage während der angenommenen Haltedauer wie folgt:

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
Dienstleistungskosten					
Einstiegskosten	1,22 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Produktkosten					
Einstiegskosten	0,30 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Lfd. Kosten p.a.	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Ausstiegskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Fremdwährungskosten	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %
Gesamtkosten	1,52 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %	0,00 %

Erläuterung: Die Kosten müssen nicht bezahlt werden, jedoch startet der Vertrag mit einem anfänglichen negativen Marktwert. Während der Laufzeit fallen keine weiteren Kosten an.

Hinweis: Bei den angegebenen Kosten handelt es sich um eine bestmögliche Schätzung. Die tatsächlichen Kosten können aufgrund von Marktschwankungen abweichen. Wird das Geschäft vor Ende der Laufzeit terminiert (glattgestellt), können weitere Kosten für den Kunden anfallen.

Allgemeine Informationen für Kunden über Zuwendungen

Für Ihre Vermögensanlage in Wertpapieren und sonstigen Finanzinstrumenten bieten wir Ihnen eine umfassende Information und individuelle Beratung an. Insbesondere unterstützen wir Sie fachkundig, eine Anlageentscheidung unter Berücksichtigung Ihrer Kenntnisse und Erfahrung in Geschäften mit Finanzinstrumenten, Ihrer finanziellen Verhältnisse, Anlageziele und Ihrer Risikobereitschaft zu treffen. Auch im Nachgang Ihrer Anlagenentscheidung unterstützen wir Sie. Auf Wunsch überprüfen wir mit Ihnen im Rahmen eines Beratungsgesprächs, ob Ihre Finanzinstrumente weiterhin für Sie geeignet sind. Dieser Service ist für uns mit einem kostenintensiven personellen und organisatorischen Aufwand verbunden. Zur Deckung dieses Aufwandes erhalten wir **Vertriebsvergütung** in Form von **Zuwendungen** unserer Vertriebspartner oder **Margen**. Zuwendungen können in Form von **Geldzahlungen oder sonstigen geldwerten Vorteilen** gewährt werden. Werden **Zuwendungen in Form von Geldzahlungen** erbracht, ist zwischen einmaligen und laufenden Zahlungen zu unterscheiden. **Einmalige Zuwendungen** werden an uns von unseren Vertriebspartnern als einmalige, umsatzabhängige Vergütung geleistet. **Laufende Zuwendungen** werden an uns von unseren Vertriebspartnern als wiederkehrende, bestandsabhängige Vergütung geleistet. Zuwendungen in Form von geldwerten Vorteilen (teilweise auch nur als geringwertiger Vorteil) können wir von Produkt- und Dienstleistungsanbietern erhalten. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um:

// Mitarbeiterorientierte Sachleistungen, z. B.

- technische Unterstützungsleistungen,
- Informationsmaterial zu Produkten und Markt,
- allgemeine Vertriebsunterstützung.

// Mitarbeiterorientierte Dienstleistungen, z. B.

- Schulungsmaßnahmen,
- Vorträge, Fachtagungen;
- Beratungsleistungen.

// Kundenorientierte Sach- und Dienstleistungen,

z. B.

- Vertriebsmaterial,
- Kundenveranstaltungen und -vorträge,
- Give-aways.

Dabei stellen wir organisatorisch jeweils sicher, dass diese Zuwendungen Ihren Interessen als Kunde nicht entgegenstehen, sondern dafür eingesetzt werden, die Qualität der von uns erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebenleistungen aufrecht zu erhalten und weiter zu verbessern.

Unabhängig hiervon informieren wir Sie jeweils über die aktuellen Vertriebsvergütungen bzgl. empfohlener Finanzinstrumente, die wir von unseren Vertriebspartnern insbesondere

// beim Vertrieb von Anteilen an Investmentvermögen,

// beim Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen,

// beim Vertrieb verzinslicher Wertpapiere oder

// bei Zeichnung von Aktienneuemissionen

erhalten. Darüber hinaus finden Sie nachfolgend allgemeine Informationen zu Zuwendungsleistungen, mit denen wir eine größtmögliche Transparenz als Grundlage für Ihre Anlageentscheidung schaffen wollen.

1. Anteile an Investmentvermögen

Einmalige Zuwendung

Fondsgesellschaften erheben bei der Ausgabe von Fondsanteilen einen Ausgabeaufschlag, der uns bis zur Höhe des gesamten Ausgabeaufschlages als einmalige Zuwendungen zufließen kann. Die Höhe des Ausgabeaufschlages beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 5,5 % des Nettoinventarwerts des Anteils und bei Aktienfonds, offenen Immobilienfonds und Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 5,75 % des Nettoinventarwerts des Anteils.

Laufende Zuwendung

Bei Fonds ohne Ausgabeaufschlag wird kein Ausgabeaufschlag erhoben, sondern dem Fondsvermögen zur Verbesserung der Qualität unserer Dienstleistungserbringung eine laufende Zuwendung entnommen. Diese laufende Zuwendung erhalten wir für den Zeitraum, in dem Sie die Fondsanteile in Ihrem Depot verwahren lassen.

Teilweise erhalten wir auch bei Fonds mit Ausgabeaufschlag eine laufende Zuwendung, die typischerweise geringer ausfällt als bei Fonds ohne Ausgabeaufschlag. Die Höhe der laufenden Zuwendung beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 1,2 % p. a., bei Aktienfonds zwischen 0,1 und 1,5 % p. a., bei offenen Immobilienfonds zwischen 0,1 und 0,6 % p. a. und bei Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 1,7 % p. a.

2. Zertifikate oder strukturierte Anleihen

Einmalige Zuwendung

Wir erhalten für den Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen einmalige Zuwendungen vom Emittenten oder Vertriebspartner, deren Höhe je nach Produktausgestaltung (Bonus-Zertifikate, Express-Zertifikate, Alpha-Zertifikate, Zinsanleihen, Kapitalschutzzertifikate, usw.) und Laufzeit variiert und

in der Regel zwischen 0,1 und 5 % des Kurswerts oder des Nominalbetrags/Nennwerts beträgt.

Laufende Zuwendung

In Ausnahmefällen fallen auch im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen laufende Zuwendungen an, solange sich die entsprechenden Zertifikate in Ihrem Depot befinden. Sofern auch bei dem Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen laufende Zuwendungen gezahlt werden, beträgt die laufende Zuwendung in der Regel zwischen 0,1 und 1,5 % p. a.

3. Verzinsliche Wertpapiere

Wir erhalten beim Vertrieb verzinslicher Wertpapiere in Abhängigkeit von der Laufzeit des jeweiligen Wertpapiers einmalige Zuwendungen vom Emittenten oder Vertriebspartner, die in der Regel zwischen 0,1 und 3,5 % des Kurswerts oder des Nominalbetrags/Nennwerts betragen.

4. Aktienneuemissionen

Bei Zeichnung von Aktienneuemissionen erhalten wir in manchen Fällen vom Emittenten nach Zuteilung eine Vergütung auf die Gesamtzuteilungssumme (einmalige Zuwendung). Die Rahmenbedingungen werden vom Emittenten bzw. dem Emissionskonsortium festgelegt. Ob und in welcher Höhe Zuwendungen fließen, teilt Ihnen Ihr Kundenberater mit.

5. Andere Finanzinstrumente

Soweit wir Zuwendungen, die der Verbesserung der Qualität unserer Dienstleistungen dienen, bezüglich anderer Finanzinstrumente erhalten, werden wir Ihnen diese im Einzelfall gesondert mitteilen.

Stand: 03/2021

Bedingungen für Wertpapier-Sparpläne

1. Leistungsangebote

Die Bank bietet für bestimmte Wertpapiere („ansparplanfähige Anlagen“) die Möglichkeit an, Wertpapier-Sparpläne abzuschließen. Der Kunde beauftragt die Bank, Anteile in ansparplanfähigen Anlagen in zeitlich wiederkehrenden Abständen (Sparperiode) zum vereinbarten Ausführungstermin zu einem im Vorhinein vereinbarten Gegenwert (Sparrate) zu erwerben. Die Anlage kann nur in Verbindung mit einem bei der Bank geführten Depot erfolgen.

2. Zuführung zum Depot

(1) Ansparung

Die erworbenen Anteile und gegebenenfalls Bruchteile von Anteilen der ansparplanfähigen Anlage werden dem Depot des Kunden gutgeschrieben. Anteilsbruchteile werden bis zu vier Dezimalstellen errechnet und kaufmännisch gerundet.

(2) Zahlungsmodalitäten

Die Bank wird die vereinbarte Sparrate dem vom Kunden angegebenen Verrechnungskonto zum vereinbarten Ausführungstermin gemäß den Abwicklungsmodalitäten der ansparplanfähigen Anlage belasten. Diese wird im Falle eines bei einem Drittinstitut geführten Kontos von diesem durch Lastschrift eingezogen.

Der Kunde ist verpflichtet, zu jedem Ausführungstermin für eine ausreichende Deckung (Guthaben oder Verfügungsrahmen) auf dem Verrechnungskonto zu sorgen. Sollte nicht genügend Deckung auf dem Verrechnungskonto vorhanden sein, ist die Bank berechtigt, den Ausführungstermin unberücksichtigt zu lassen (Aussetzung oder Rückabwicklung).

(3) Umgang mit Ausschüttungen/Erträgen

Soweit die ansparplanfähigen Anlagen ausschütten und keine Vereinbarung zur Wiederanlage getroffen wurde, werden die nach Abzug etwaiger einzubehal-

tender Steuern und abgabenverbleibenden Ausschüttungen dem vom Kunden angegebenen Verrechnungskonto gutgeschrieben. Für Bruchteile erfolgt eine anteilige Gutschrift der Erträge. Im Rahmen eines Wertpapier-Sparplans kann der Kunde mit der Bank auch die Wiederanlage der Erträge, die nach Abzug etwaiger einzubehaltender Steuern und Abgaben verbleiben, vereinbaren. Exchange Traded Funds (ETFs) sind hiervon ausgenommen.

(4) Börsengehandelte Wertpapiere

Für Sparpläne in börsengehandelten Wertpapieren gelten die diesbezüglichen Ausführungsgrundsätze mit der Einschränkung, dass der Kunde keine Weisung erteilen kann.

3. Entnahmen aus dem Depot

(1) Verkauf/Teilverkauf

Der Kunde kann der Bank den Auftrag erteilen, die bereits angesparten Anteile teilweise oder vollständig zu verkaufen. Den Verkaufserlös wird die Bank nach Abzug etwaiger einzubehaltender Steuern und Abgaben und gegebenenfalls Ausführungskosten (gemäß Preis- und Leistungsverzeichnis) dem vom Kunden angegebenen Verrechnungskonto gutschreiben. Der Wertpapier-Sparplan bleibt von diesem Verkauf unberührt.

(2) Übertragung

Der Kunde kann die teilweise oder vollständige Übertragung der im Depot befindlichen ansparplanfähigen Anteile verlangen. Anteilsbruchteile, die im Rahmen des Wertpapier-Sparplans erworben wurden, können gegebenenfalls nicht übertragen werden und verbleibenden auf dem Depot des Kunden. Erfolgt die Übertragung aufgrund der Beendigung des Depotvertrags, ist die Bank berechtigt, die auf dem Depot verbleibenden Anteilsbruchteile zu veräußern. Die Regelung aus 3.(1) gilt entsprechend.

4. Aussetzung/Änderung/Kündigung des Wertpapier-Sparplans

(1) Aussetzung

Der Kunde kann den Wertpapier-Sparplan aussetzen. Die Bank kann eine Aussetzung des Wertpapier-Sparplans nur dann zum nächsten Ausführungstermin berücksichtigen, wenn ihr die Erklärung zur Aussetzung spätestens einen Geschäftstag¹ vor dem nächsten Ausführungstermin zugegangen ist.

Der Wertpapier-Sparplan bleibt trotz Aussetzung bestehen; der Kunde kann den Wertpapier-Sparplan jederzeit fortsetzen. Die ausgesetzten Sparraten werden nach Fortsetzung des Wertpapier-Sparplans nicht nachträglich investiert.

Die Bank hat das Recht, die Ausführung des Wertpapier-Sparplans auszusetzen, wenn der Erwerb von Anteilen der ansparplanfähigen Anlage aus Gründen, die die Bank nicht zu vertreten hat, nicht möglich ist (Beispiel: vorübergehende Fondsschließung). Die Bank wird den Wertpapier-Sparplan erst fortführen, sobald ein Erwerb von Anteilen der ansparplanfähigen Anlage wieder möglich ist.

(1.1) Börsengehandelte Wertpapiere

Sofern zum Zeitpunkt der Übermittlung der Order an den Ausführungsplatz am relevanten Ausführungsplatz (gemäß den jeweiligen Ausführungsgrundsätzen) für das an einer Wertpapierbörse gehandelte Wertpapier kein gültiger Kaufkurs (Beispiel: Vorübergehende Handels- oder Kursaussetzung) festgestellt werden kann, findet keine Ausführung zu diesem Ausführungstermin statt.

(2) Änderung

Der Kunde kann nach Maßgabe der von der Bank vorgegebenen Parameter die Sparrate des Wertpapier-Sparplans erhöhen oder reduzieren sowie die Sparperiode und den Ausführungstermin ändern. Die Bank kann den Auftrag zur Änderung des Wertpapier-Sparplans nur dann zum nächsten Ausführungstermin berücksichtigen, wenn ihr der Auftrag spätestens einen Geschäftstag vor dem nächsten Ausführungstermin zugegangen ist. Die Änderung wird ab der nächsten folgenden Sparrate berücksichtigt.

(3) Änderung von Gattungsmerkmalen bei Wertpapieren
Bei Fusionen von Investmentfonds oder Wertpapieremittenten, Umbenennung oder Änderung der Wertpapierkennnummer/ISIN von ansparplanfähigen Anlagen wird die Bank den Kunden unverzüglich nach Kenntniserlangen unterrichten. Der Wertpapier-Sparplan kann in diesem Fall in ansparplanfähigen Anlagen der bestehenden Wertpapierkennnummer/ISIN nicht mehr fortgeführt werden und wird daher gelöscht.

Sofern der Kunde den Wertpapier-Sparplan in ansparplanfähigen Anlagen mit einer neuen Wertpapierkennnummer/ISIN oder eines fusionierten Investmentfonds oder Wertpapiers fortsetzen möchte, so muss ein neuer Wertpapier-Sparplan hierüber abgeschlossen werden.

(4) Auflösung einer ansparplanfähigen Anlage

Ansparplanfähige Anlagen können aus unterschiedlichen Gründen enden (z. B. Zeitablauf, Liquidation). Endet eine ansparplanfähige Anlage, so ist die Sparkasse berechtigt, die Anteile oder Anteilsbruchteile der ansparplanfähigen Anlage am letzten Bewertungstag zu veräußern und den Gegenwert dem Verrechnungskonto gutzuschreiben, sofern keine gegenteilige Weisung des Kunden vorliegt.

(5) Kündigung

Der Kunde kann den Wertpapier-Sparplan jederzeit und ohne Angabe von Gründen kündigen. Der Auftrag zur Kündigung des Wertpapier-Sparplans muss der Bank spätestens einen Geschäftstag vor dem nächsten Ausführungstermin zugegangen sein. Andernfalls wird der Wertpapier-Sparplan zum nächsten Termin noch einmal ausgeführt und erst im Anschluss beendet. Die Bank wird nach dem rechtzeitigen Zugang der Kündigung die vereinbarte Sparrate nicht weiter belasten und nicht in die vertraglich vereinbarte ansparplanfähige Anlage investieren. Die bereits angesparten Anteile bleiben von der Kündigung unberührt.

¹ Die Geschäftstage der Bank ergeben sich aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis der Bank.

5. Besondere Regelungen zum Aktiensparplan

(1) Kapitalmaßnahmen

Weisungen für Kapitalmaßnahmen können nur für ganze Stücke und nicht für Bruchstücke erteilt werden. Erfolgt aus einer Kapitalmaßnahme eine monetäre Vergütung, werden hierbei anteilige Bruchstücke berücksichtigt.

(2) Stimmrechte aus Aktienbesitz

Stimmrechte für die Hauptversammlung können nur für ganze Stücke ausgeübt werden.

(3) Keine Übertragungsmöglichkeiten für Bruchstücke

Im Depot befindliche Bruchstücke an Aktien können nicht übertragen werden.

(4) Mitteilung über Ausführungen

Die Bank übermittelt dem Kunden schnellstmöglich, spätestens aber am ersten Geschäftstag nach der Ausführung des Auftrags auf einem dauerhaften Datenträger eine Mitteilung zur Bestätigung der Auftragsausführung.

6. Abrechnung

Die Bank unterrichtet den Kunden mindestens halbjährlich über die Ausführung regelmäßiger Anteilkäufe im Rahmen des Wertpapier-Sparplans.

7. Sonstige Regelungen

Im Übrigen gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Bedingungen für Wertpapiergeschäfte sowie das Preis- und Leistungsverzeichnis der Bank.

Stand: März 2021

Depotgeschäft – Schutz des Kundenvermögens

Die Verwahrung der Wertpapiere erfolgt gemäß den Bedingungen für Wertpapiergeschäfte.

Wertpapiere werden danach grundsätzlich, sofern sie zur Girosammelverwahrung zugelassen sind, bei der deutschen Wertpapiersammelbank (Clearstream Banking AG, Frankfurt) verwahrt. Die Wertpapiere der gleichen Gattung werden dabei entweder in Form einer Globalurkunde oder in Form eines zusammengefassten Bestandes von Einzelurkunden (Wertpapiersammelbestand) gehalten. Der Kunde erhält Miteigentum an diesem Wertpapiersammelbestand.

Zur Durchführung der Verwahrung und Abwicklung von Wertpapiertransaktionen unterhält die Bank oder ein von ihr beauftragter Zwischenverwahrer bei der deutschen Wertpapiersammelbank – wie vom Depotgesetz vorgesehen – ein Sammeldepot, in dem die Wertpapierbestände aller Kunden zusammen verbucht sind. Die gesetzlichen Regeln gewährleisten einen umfassenden Schutz des Kundenvermögens. Das Sammeldepot wird als Fremddepot geführt, so dass die darin verbuchten Wertpapiere nicht für Verbindlichkeiten der Bank oder des Zwischenverwahrers haften. Der Kunde wäre als (anteiliger) Miteigentümer im Fall der Insolvenz der Bank oder des Zwischenverwahrers unabhängig von anderen Kunden der Bank berechtigt, die Übertragung seiner Wertpapierbestände in das Depot bei einer anderen Bank zu verlangen (sog. „Aussonderung“ gemäß Insolvenzordnung).

Alternativ kann der Kunde bei der Bank beantragen, dass die Bank für seine Wertpapierbestände bei der deutschen Wertpapiersammelbank ein gesondertes Depot einrichtet und diese dort getrennt von den Beständen anderer Kunden verbuchen lässt (sog. „Einzelkunden-Kontentrennung“). Auch in diesem Fall erhält der Kunde anteiliges Miteigentum und könnte im Falle einer Insolvenz der Bank in gleicher Weise wie beim Sammeldepot die Aussonderung

seiner Wertpapierbestände verlangen. Die Einzelkunden-Kontentrennung ist mit zusätzlichen Kosten verbunden (vgl. Preis- und Leistungsverzeichnis) und kann in Einzelfällen zu längeren Bearbeitungszeiten führen.

Sonderbedingungen für das Wertpapiergeschäft

Stand: November 2018

Hinweis: Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sowie die besonderen Geschäftsbedingungen gem. Nr. 1 (2) der AGB der NORD/LB gelten für die Geschäftsbeziehung des Kunden mit der NORD/LB einschließlich ihrer teilrechtsfähigen Anstalt „Braunschweigische Landessparkasse“ (BLSK). Gemäß § 13 NORD/LB-Staatsvertrag sind im Namen der BLSK begründete Rechte und Pflichten solche der NORD/LB. Von der BLSK abgegebene oder empfangene Erklärungen wirken für und gegen die NORD/LB. Die NORD/LB einschließlich Ihrer teilrechtsfähigen Anstalt BLSK wird in den nachfolgenden Bedingungen als die „Bank“ bezeichnet.

Diese Sonderbedingungen gelten für den Kauf oder Verkauf sowie für die Verwahrung von Wertpapieren, und zwar auch dann, wenn die Rechte nicht in Urkunden verbrieft sind (nachstehend: „Wertpapiere“).

Geschäfte in Wertpapieren

1. Formen des Wertpapiergeschäfts / Verzicht des Kunden auf Herausgabe von Vertriebsvergütungen

(1) Kommissions-/Festpreisgeschäfte

Bank und Kunde schließen Wertpapiergeschäfte in Form von Kommissionsgeschäften (2) oder Festpreisgeschäften (3) ab.

(2) Kommissionsgeschäfte

Führt die Bank Aufträge ihres Kunden zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren als Kommissionärin aus, schließt sie für Rechnung des Kunden mit einem anderen Marktteilnehmer oder einer Zentralen Gegenpartei ein Kauf- oder Verkaufsgeschäft (Ausführungsgeschäft) ab, oder sie beauftragt einen anderen Kommissionär (Zwischenkommissionär), ein Ausführungsgeschäft abzuschließen. Im Rahmen des elektronischen Handels an einer Börse kann der Auftrag des Kunden auch gegen die Bank oder den Zwischenkommissionär unmittelbar ausgeführt werden, wenn die Bedingungen des Börsenhandels dies zulassen.

(3) Festpreisgeschäfte

Vereinbaren Bank und Kunde miteinander für das einzelne Geschäft einen festen oder bestimmbaren Preis (Festpreisgeschäft), so kommt ein Kaufvertrag

zustande; dementsprechend übernimmt die Bank vom Kunden die Wertpapiere als Käuferin, oder sie liefert die Wertpapiere an ihn als Verkäuferin. Die Bank berechnet dem Kunden den vereinbarten Preis, bei verzinslichen Schuldverschreibungen zuzüglich aufgelaufener Zinsen (Stückzinsen).

(4) Verzicht des Kunden auf Herausgabe von Vertriebsvergütungen

Die Bank erhält im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften, die sie mit Kunden über Anteile an Investmentvermögen, Zertifikate oder strukturierte Anleihen, verzinsliche Wertpapiere und andere Finanzinstrumente abschließt, umsatzabhängige Zahlungen von Dritten (z. B. Kapitalverwaltungsgesellschaften, EU-Verwaltungsgesellschaften, ausländischen Verwaltungsgesellschaften, Zertifikate- / Anleiheemittenten, anderen Wertpapierdienstleistungsunternehmen, einschließlich Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe), die diese an die Bank für den Vertrieb der Wertpapiere leisten („Vertriebsvergütungen“).

Vertriebsvergütungen werden als einmalige und als laufende Vertriebsvergütungen gezahlt. Einmalige

Vertriebsvergütungen fallen beim Vertrieb von Anteilen an Investmentvermögen, Zertifikaten oder strukturierten Anleihen und verzinslichen Wertpapieren an. Sie werden von dem Dritten als einmalige, umsatzabhängige Vergütung an die Bank geleistet. Die Höhe der einmaligen Vertriebsvergütung beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 5,5 % des Nettoinventarwerts des Anteils, bei Aktienfonds, offenen Immobilienfonds und Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 5,75 % des Nettoinventarwerts des Anteils, bei Zertifikaten und strukturierten Anleihen zwischen 0,1 und 5 % des Nennbetrages und bei verzinslichen Wertpapieren zwischen 0,1 und 3,5 % des Nennbetrages. Laufende Vertriebsvergütungen fallen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Anteilen an Investmentvermögen und in Ausnahmefällen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen und verzinslichen Wertpapieren an. Sie werden von dem Dritten als wiederkehrende, bestandsabhängige Vergütung an die Bank geleistet. Die Höhe der laufenden Vertriebsvergütung beträgt in der Regel beispielsweise bei Rentenfonds zwischen 0,1 und 1,2 % p. a., bei Aktienfonds zwischen 0,1 und 1,5 % p. a., bei offenen Immobilienfonds zwischen 0,1 und 0,6 % p. a. und bei Misch- bzw. Dachfonds zwischen 0,1 und 1,7 % p. a. Sofern auch bei dem Vertrieb von Zertifikaten oder strukturierten Anleihen und verzinslichen Wertpapieren laufende Vertriebsvergütungen gezahlt werden, beträgt die laufende Vertriebsvergütung in der Regel zwischen 0,1 und 1,5% p. a. Einzelheiten zu den Vertriebsvergütungen teilt die Bank dem Kunden jeweils vor dem Abschluss eines Wertpapiergeschäfts mit.

Der Kunde erklärt sich damit einverstanden, dass die Bank die von dem Dritten an sie geleisteten Vertriebsvergütungen behält, vorausgesetzt, dass die Bank die Vertriebsvergütungen nach den Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes (insbesondere § 70 WpHG) annehmen darf. Insoweit treffen der Kunde und die Bank die von der gesetzlichen Regelung des Rechts der Geschäftsbesorgung (§§ 675, 667 BGB, 384 HGB) abweichende Vereinbarung, dass ein Anspruch des Kunden gegen die Bank auf Herausgabe der Vertriebsvergütungen nicht entsteht. Ohne diese Vereinbarung müsste die Bank – die Anwendbarkeit des Rechts der Geschäftsbesorgung auf alle

zwischen der Bank und dem Kunden geschlossenen Wertpapiergeschäfte unterstellt – die Vertriebsvergütungen an den Kunden herausgeben.

2. Allgemeine Grundsätze der Auftragsausführung für Wertpapiergeschäfte

Die Bank führt Wertpapiergeschäfte nach ihren jeweils geltenden Ausführungsgrundsätzen aus. Die Ausführungsgrundsätze sind Bestandteil der Sonderbedingungen. Die Bank ist berechtigt, die Ausführungsgrundsätze entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu ändern. Über die Änderungen der Ausführungsgrundsätze wird die Bank den Kunden jeweils informieren.

Besondere Regelungen für das Kommissionsgeschäft

3. Usancen/Unterrichtung/ Preis

(1) Geltung von Rechtsvorschriften/Usancen/ Geschäftsbedingungen

Die Ausführungsgeschäfte unterliegen den für den Wertpapierhandel am Ausführungsplatz geltenden Rechtsvorschriften und Geschäftsbedingungen (Usancen); daneben gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Vertragspartners der Bank.

(2) Unterrichtung

Über die Ausführung des Auftrags wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Wurde der Auftrag des Kunden im elektronischen Handel an einer Börse gegen die Bank oder den Zwischenkommissionär unmittelbar ausgeführt, bedarf es keiner gesonderten Benachrichtigung.

(3) Preis des Ausführungsgeschäfts/Entgelt/ Auslagen

Die Bank rechnet gegenüber dem Kunden den Preis des Ausführungsgeschäfts ab. Sie ist berechtigt, ihr Entgelt in Rechnung zu stellen. Der Ersatz von Aufwendungen der Bank richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

4. Erfordernis eines ausreichenden Kontoguthabens/Depotbestandes

Die Bank ist zur Ausführung von Aufträgen oder zur Ausübung von Bezugsrechten nur insoweit verpflichtet,

tet, als das Guthaben des Kunden, ein für Wertpapiergeschäfte nutzbarer Kredit oder der Depotbestand des Kunden zur Ausführung ausreichen. Führt die Bank den Auftrag ganz oder teilweise nicht aus, so wird sie den Kunden unverzüglich unterrichten.

5. Festsetzung von Preisgrenzen

Der Kunde kann der Bank bei der Erteilung von Aufträgen Preisgrenzen für das Ausführungsgeschäft vorgeben (preislich limitierte Aufträge).

6. Gültigkeitsdauer von unbefristeten Kundenaufträgen

(1) Preislich unlimitierte Aufträge

Ein preislich unlimitierter Auftrag gilt entsprechend den Ausführungsgrundsätzen (Nr. 2) nur für einen Handelstag; ist der Auftrag für eine gleichtägige Ausführung nicht so rechtzeitig eingegangen, dass seine Berücksichtigung im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes möglich ist, so wird er für den nächsten Handelstag vorgemerkt. Wird der Auftrag nicht ausgeführt, so wird die Bank den Kunden hiervon unverzüglich benachrichtigen.

(2) Preislich limitierte Aufträge

Ein preislich limitierter Auftrag ist bis zum letzten Handelstag des laufenden Monats gültig (Monats-Ultimo). Ein am letzten Handelstag eines Monats eingehender Auftrag wird, sofern er nicht am selben Tag ausgeführt wird, entsprechend den Ausführungsgrundsätzen (Nr. 2) für den nächsten Monat vorgemerkt. Die Bank wird den Kunden über die Gültigkeitsdauer seines Auftrags unverzüglich unterrichten.

7. Gültigkeitsdauer von Aufträgen zum Kauf oder Verkauf von Bezugsrechten

Preislich unlimitierte Aufträge zum Kauf oder Verkauf von Bezugsrechten sind für die Dauer des Bezugsrechtshandels gültig. Preislich limitierte Aufträge zum Kauf oder Verkauf von Bezugsrechten erlöschen mit Ablauf des vorletzten Tages des Bezugsrechtshandels. Die Gültigkeitsdauer von Aufträgen zum Kauf oder Verkauf ausländischer Bezugsrechte bestimmt sich nach den maßgeblichen ausländischen Usancen. Für die Behandlung von Be-

zugsrechten, die am letzten Tag des Bezugsrechtshandels zum Depotbestand des Kunden gehören, gilt Nr. 15 Abs. 1.

8. Erlöschen laufender Aufträge

(1) Dividendenzahlungen, sonstige Ausschüttungen, Einräumung von Bezugsrechten, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln

Preislich limitierte Aufträge zum Kauf oder Verkauf von Aktien an inländischen Ausführungsplätzen erlöschen bei Dividendenzahlung, sonstigen Ausschüttungen, der Einräumung von Bezugsrechten oder einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln mit Ablauf des Handelstages, an dem die Aktien letztmalig einschließlich der vorgenannten Rechte gehandelt werden, sofern die jeweiligen Regelungen des Ausführungsplatzes ein Erlöschen vorsehen. Bei Veränderung der Einzahlungsquote teileingezahlter Aktien oder des Nennwertes von Aktien und im Falle des Aktiensplittings erlöschen preislich limitierte Aufträge mit Ablauf des Handelstages vor dem Tag, an dem die Aktien mit erhöhter Einzahlungsquote bzw. mit dem veränderten Nennwert bzw. gesplittet notiert werden.

(2) Kursaussetzung

Wenn an einem inländischen Ausführungsplatz die Preisfeststellung wegen besonderer Umstände im Bereich des Emittenten unterbleibt (Kursaussetzung), erlöschen sämtliche an diesem Ausführungsplatz auszuführenden Kundenaufträge für die betreffenden Wertpapiere, sofern die Bedingungen des Ausführungsplatzes dies vorsehen.

(3) Ausführung von Kundenaufträgen an ausländischen Ausführungsplätzen

Bei der Ausführung von Kundenaufträgen an ausländischen Ausführungsplätzen gelten insoweit die Usancen der ausländischen Ausführungsplätze.

(4) Benachrichtigung

Von dem Erlöschen eines Kundenauftrags wird die Bank den Kunden unverzüglich benachrichtigen.

9. Haftung der Bank bei Kommissionsgeschäften

Die Bank haftet für die ordnungsgemäße Erfüllung des Ausführungsgeschäfts durch ihren Vertrags-

partner oder den Vertragspartner des Zwischenkommissionärs. Bis zum Abschluss eines Ausführungsgeschäfts haftet die Bank bei der Beauftragung eines Zwischenkommissionärs nur für dessen sorgfältige Auswahl und Unterweisung.

Erfüllung der Wertpapiergeschäfte

10. Erfüllung im Inland als Regelfall

Die Bank erfüllt Wertpapiergeschäfte im Inland, soweit nicht die nachfolgenden Bedingungen oder eine anderweitige Vereinbarung die Anschaffung im Ausland vorsehen.

11. Anschaffung im Inland

Bei der Erfüllung im Inland verschafft die Bank dem Kunden, sofern die Wertpapiere zur Girosammelverwahrung bei der deutschen Wertpapiersammelbank (Clearstream Banking AG) zugelassen sind, Miteigentum an diesem Sammelbestand – Girosammel-Depotgutschrift – (GS-Gutschrift). Soweit Wertpapiere nicht zur Girosammelverwahrung zugelassen sind, wird dem Kunden Alleineigentum an Wertpapieren verschafft. Diese Wertpapiere verwahrt die Bank für den Kunden gesondert von ihren eigenen Beständen und von denen Dritter (Streifbandverwahrung).

12. Anschaffung im Ausland

(1) Anschaffungsvereinbarung

Die Bank schafft Wertpapiere im Ausland an, wenn

- // sie als Kommissionärin Kaufaufträge in in- oder ausländischen Wertpapieren im Ausland ausführt, oder
- // sie dem Kunden im Wege eines Festpreisgeschäftes ausländische Wertpapiere verkauft, die im Inland weder börslich noch außerbörslich gehandelt werden oder
- // sie als Kommissionärin Kaufaufträge in ausländischen Wertpapieren ausführt oder dem Kunden ausländische Wertpapiere im Wege eines Festpreisgeschäftes verkauft, die zwar im Inland börslich oder außerbörslich gehandelt, üblicherweise aber im Ausland angeschafft werden.

(2) Einschaltung von Zwischenverwahrern

Die Bank wird die im Ausland angeschafften Wertpapiere im Ausland verwahren lassen. Hiermit wird sie einen anderen in- oder ausländischen Verwahrer (z.

B. Clearstream Banking AG) beauftragen oder eine eigene ausländische Geschäftsstelle damit betrauen. Die Verwahrung der Wertpapiere unterliegt den Rechtsvorschriften und Usancen des Verwahrungsorts und den für den oder die ausländischen

Verwahrer geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

(3) Gutschrift in Wertpapierrechnung

Die Bank wird sich nach pflichtgemäßem Ermessen unter Wahrung der Interessen des Kunden das Eigentum oder Miteigentum an den Wertpapieren oder eine andere im Lagerland übliche, gleichwertige Rechtsstellung verschaffen und diese Rechtsstellung treuhänderisch für den Kunden halten. Hierüber erteilt sie dem Kunden Gutschrift in Wertpapierrechnung (WR-Gutschrift) unter Angabe des ausländischen Staates, in dem sich die Wertpapiere befinden (Lagerland).

(4) Deckungsbestand

Die Bank braucht die Auslieferungsansprüche des Kunden aus der ihm erteilten WR-Gutschrift nur aus dem von ihr im Ausland unterhaltenen Deckungsbestand zu erfüllen. Der Deckungsbestand besteht aus den im Lagerland für die Kunden und für die Bank verwahrten Wertpapieren derselben Gattung. Ein Kunde, dem eine WR-Gutschrift erteilt worden ist, trägt daher anteilig alle wirtschaftlichen und rechtlichen Nachteile und Schäden, die den Deckungsbestand als Folge von höherer Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignissen oder durch sonstige von der Bank nicht zu vertretende Zugriffe Dritter im Ausland oder im Zusammenhang mit Verfügungen von hoher Hand des In- oder Auslands treffen sollten.

(5) Behandlung der Gegenleistung

Hat ein Kunde nach Absatz 4 Nachteile und Schäden am Deckungsbestand zu tragen, so ist die Bank nicht verpflichtet, dem Kunden den Kaufpreis zurückzuerstatten.

Die Dienstleistungen im Rahmen der Verwahrung

13. Depotauszug

Die Bank erteilt mindestens einmal jährlich einen Depotauszug

14. Einlösung von Wertpapieren/ Bogen-erneuerung

(1) Inlandsverwahrte Wertpapiere

Bei im Inland verwahrten Wertpapieren sorgt die Bank für die Einlösung von Zins-, Gewinnanteil- und Ertragschein sowie von rückzahlbaren Wertpapieren bei deren Fälligkeit. Der Gegenwert von Zins-, Gewinnanteil- und Ertragschein sowie von fälligen Wertpapieren jeder Art wird unter dem Vorbehalt gutgeschrieben, dass die Bank den Betrag erhält, und zwar auch dann, wenn die Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Die Bank besorgt neue Zins-, Gewinnanteil- und Ertragscheinbogen (Bogenerneuerung).

(2) Auslandsverwahrte Wertpapiere

Diese Pflichten obliegen bei im Ausland verwahrten Wertpapieren dem ausländischen Verwahrer.

(3) Auslösung und Kündigung von Schuldverschreibungen

Bei im Inland verwahrten Schuldverschreibungen überwacht die Bank den Zeitpunkt der Rückzahlung infolge Auslösung und Kündigung anhand der Veröffentlichungen in den „Wertpapier-Mitteilungen“. Bei einer Auslösung von im Ausland verwahrten rückzahlbaren Schuldverschreibungen, die anhand deren Urkundenummern erfolgt (Nummernauslösung), wird die Bank nach ihrer Wahl den Kunden für die ihm in Wertpapierrechnung gutgeschriebenen Wertpapiere entweder Urkundenummern für die Auslösungszwecke zuordnen oder in einer internen Auslösung die Aufteilung des auf den Deckungsbestand entfallenden Betrages auf die Kunden vornehmen. Diese interne Auslösung wird unter Aufsicht einer neutralen Prüfungsstelle vorgenommen; sie kann stattdessen unter Einsatz einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage durchgeführt werden, sofern eine neutrale Auslösung gewährleistet ist.

(4) Einlösung in fremder Währung

Werden Zins-, Gewinnanteil- und Ertragschein sowie fällige Wertpapiere in ausländischer Währung oder Rechnungseinheiten eingelöst, wird die Bank den Einlösungsbetrag auf dem Konto des Kunden in dieser Währung gutschreiben, sofern der Kunde ein Konto in dieser Währung unterhält. Andernfalls wird sie dem Kunden hierüber eine Gutschrift in Euro erteilen, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist.

15. Behandlung von Bezugsrechten/ Optionscheinen/Wandelschuldverschreibungen

(1) Bezugsrechte

Über die Einräumung von Bezugsrechten wird die Bank den Kunden benachrichtigen, wenn hierüber eine Bekanntmachung in den „Wertpapier-Mitteilungen“ erschienen ist. Soweit die Bank bis zum Ablauf des vorletzten Tages des Bezugsrechtshandels keine andere Weisung des Kunden erhalten hat, wird sie sämtliche zum Depotbestand des Kunden gehörenden inländischen Bezugsrechte bestens verkaufen; ausländische Bezugsrechte darf die Bank gemäß den im Ausland geltenden Usancen bestens verwerten lassen.

(2) Options- und Wandlungsrechte

Über den Verfall von Rechten aus Optionsscheinen oder Wandlungsrechten aus Wandelschuldverschreibungen wird die Bank den Kunden mit der Bitte um Weisung benachrichtigen, wenn auf den Verfalltag in den „Wertpapier-Mitteilungen“ hingewiesen worden ist.

16. Weitergabe von Nachrichten

Werden in den „Wertpapier-Mitteilungen“ Informationen veröffentlicht, die die Wertpapiere des Kunden betreffen, oder werden der Bank solche Informationen vom Emittenten oder von ihrem ausländischen Verwahrer/Zwischenverwahrer übermittelt, so wird die Bank dem Kunden diese Informationen zur Kenntnis geben, soweit sich diese auf die Rechtsposition des Kunden erheblich auswirken können und die Benachrichtigung des Kunden zur Wahrung seiner Interessen erforderlich ist.

So wird sie insbesondere Informationen über
// gesetzliche Abfindungs- und Umtauschangebote,
// freiwillige Kauf- und Umtauschangebote,
// Sanierungsverfahren

zur Kenntnis geben. Eine Benachrichtigung kann unterbleiben, wenn die Information bei der Bank nicht rechtzeitig eingegangen ist oder die vom Kunden zu ergreifenden Maßnahmen wirtschaftlich nicht zu vertreten sind, weil die anfallenden Kosten in einem Missverhältnis zu den möglichen Ansprüchen des Kunden stehen.

17. Prüfungspflicht der Bank

Die Bank prüft anhand der Bekanntmachungen in den „Wertpapier-Mitteilungen“ einmalig bei der Einlieferung von Wertpapierurkunden, ob diese von Verlustmeldungen (Opposition), Zahlungssperren und dergleichen betroffen sind. Die Überprüfung auf Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung von Wertpapierurkunden erfolgt auch nach Einlieferung.

18. Umtausch sowie Ausbuchung und Vernichtung von Urkunden

(1) Urkundenumtausch

Die Bank darf ohne vorherige Benachrichtigung des Kunden einer in den „Wertpapier-Mitteilungen“ bekannt gemachten Aufforderung zur Einreichung von Wertpapierurkunden Folge leisten, wenn diese Einreichung offensichtlich im Kundeninteresse liegt und damit auch keine Anlageentscheidung verbunden ist (wie z. B. nach der Fusion der Emittentin mit einer anderen Gesellschaft oder bei inhaltlicher Unrichtigkeit der Wertpapierurkunden). Der Kunde wird hierüber unterrichtet.

(2) Ausbuchung und Vernichtung nach Verlust der Wertpapiereigenschaft

Verlieren die für den Kunden verwahrten Wertpapierurkunden ihre Wertpapiereigenschaft durch Erlöschen der darin verbrieften Rechte, so können sie zum Zwecke der Vernichtung aus dem Depot des Kunden ausgebucht werden. Im Inland verwahrte Urkunden werden, soweit möglich, dem Kunden auf Verlangen zur Verfügung gestellt. Der Kunde wird über die Ausbuchung, die Möglichkeit der Auslieferung und die mögliche Vernichtung unterrichtet. Erteilt er keine Weisung, so kann die Bank die Urkunden nach Ablauf einer Frist von zwei Monaten nach Absendung der Mitteilung an den Kunden vernichten.

19. Haftung

(1) Inlandsverwahrung

Bei der Verwahrung von Wertpapieren im Inland haftet die Bank für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit dem Kunden eine GS-Gutschrift erteilt wird, haftet die Bank auch für die Erfüllung der Pflichten der Clearstream Banking AG.

(2) Auslandsverwahrung

Bei der Verwahrung von Wertpapieren im Ausland beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des von ihr beauftragten ausländischen Verwahrers oder Zwischenverwahrers. Bei einer Zwischenverwahrung durch die Clearstream Banking AG oder einen anderen inländischen Zwischenverwahrer sowie einer Verwahrung durch eine eigene ausländische Geschäftsstelle haftet die Bank für deren Verschulden.

20. Sonstiges

(1) Auskunftersuchen

Ausländische Wertpapiere, die im Ausland angeschafft oder veräußert werden oder die ein Kunde von der Bank im Inland oder im Ausland verwahren lässt, unterliegen regelmäßig einer ausländischen Rechtsordnung. Rechte und Pflichten der Bank oder des Kunden bestimmen sich daher auch nach dieser Rechtsordnung, die auch die Offenlegung des Namens des Kunden vorsehen kann. Die Bank wird entsprechende Auskünfte an ausländische Stellen erteilen, soweit sie hierzu verpflichtet ist; sie wird den Kunden hierüber benachrichtigen.

(2) Einlieferung/Überträge

Diese Sonderbedingungen gelten auch, wenn der Kunde der Bank in- oder ausländische Wertpapiere zur Verwahrung effektiv einliefert oder Depotguthaben von einem anderen Verwahrer übertragen lässt. Verlangt der Kunde die Verwahrung im Ausland, wird ihm eine WR-Gutschrift nach Maßgabe dieser Sonderbedingungen erteilt.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Grundlagen der Geschäftsbeziehung zwischen Kunde und Bank

Fassung 27. April 2021

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sowie die besonderen Geschäftsbedingungen gem. Nr. 1 (2) der AGB der NORD/LB gelten für die Geschäftsbeziehung des Kunden mit der NORD/LB einschließlich ihrer teilrechtsfähigen Anstalt „Braunschweigische Landessparkasse“ (BLSK). Gemäß § 13 NORD/LB-Staatsvertrag sind im Namen der BLSK begründete Rechte und Pflichten solche der NORD/LB. Von der BLSK abgegebene oder empfangene Erklärungen wirken für und gegen die NORD/LB. Die NORD/LB einschließlich ihrer teilrechtsfähigen Anstalt BLSK wird in den nachfolgenden Bedingungen als „Bank“ bezeichnet.

Inhaltsverzeichnis nebst Hinweis auf die Schlichtungsstelle

Allgemeines

Nr. 1 Grundlagen der Geschäftsbeziehung

~~Nr. 2 Änderungen der Geschäftsbedingungen und von Zahlungsdienstleistungsverträgen~~

Nr. 3 Bankauskünfte

Nr. 4 Vertretungs- und Verfügungsbefugnisse

Nr. 5 Legitimationsurkunden

Nr. 6 Rechtswahl, Gerichtsstand, Erfüllungsort

Kontokorrentkonten und andere Geschäfte

Nr. 7 Kontokorrent, Rechnungsabschluss

Nr. 8 Korrektur fehlerhafter Gutschriften

Nr. 9 Gutschriften und Einlösung von Einzugspapieren

Nr. 10 Auftragsbestätigung vor Ausführung

Nr. 11 Aufrechnung durch den Kunden

Nr. 12 Konten in ausländischer Währung

Nr. 13 Leistungsbefreiung bei Geschäften in ausländischer Währung

Nr. 14 Geldeingang in ausländischer Währung

Nr. 15 Wechselkurs

Nr. 16 Einlagengeschäft

Entgelte und Auslagen

Nr. 17 Zinsen und Entgelte

Nr. 18 Ersatz von Aufwendungen

Pflichten und Haftung von Bank und Kunde

Nr. 19 Haftung der Bank

Nr. 20 Mitwirkungs- und Sorgfaltspflichten des Kunden

AGB-Pfandrecht, Nachsicherung, Sicherheitenfreigabe

Nr. 21 Pfandrecht, Sicherungsabtretung

Nr. 22 Nachsicherung und Freigabe

Einzugspapiere

Nr. 23 Inkasso im Einzugsgeschäft

Nr. 24 Vorlegungsfrist, Eilmittel

Nr. 25 Sicherungsrechte im Einzugsgeschäft

Auflösung der Geschäftsbeziehung

Nr. 26 Kündigungsrecht

Nr. 27 Weitergeltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Nr. 28 Schutz der Einlagen durch anerkanntes Einlagensicherungssystem

Allgemeines

Nr. 1 Grundlagen der Geschäftsbeziehung

(1) Geschäftsbeziehung als Vertrauensverhältnis

Die Geschäftsbeziehung zwischen dem Kunden und der Bank ist durch die Besonderheiten des Bankgeschäfts und ein besonderes Vertrauensverhältnis geprägt. Der Kunde kann sich darauf verlassen, dass die Bank seine Aufträge mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns ausführt und das Bankgeheimnis wahrt.

(2) Allgemeine und besondere Geschäftsbedingungen

Für die Geschäftsbeziehung gelten ergänzend zu den einzelvertraglichen Vereinbarungen diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Für einzelne Geschäftszweige gelten ergänzend oder abweichend besondere Bedingungen, z.B. für die Bereiche des Zahlungsverkehrs, des Sparverkehrs und der Wertpapiergeschäfte; diese werden beim Vertragsabschluss (etwa bei der Kontoeröffnung) oder bei der Erteilung von Aufträgen mit dem Kunden vereinbart.

Nr. 2 Änderungen der Geschäftsbedingungen und von Zahlungsdiensterahmenverträgen

(1) Angebot der Bank

Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, der besonderen Bedingungen oder von Zahlungsdiensterahmenverträgen sowie die Einführung zusätzlicher Bedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in der jeweils gesetzlich zugelassenen Form angeboten.

(2) Zustimmung zu Änderungen

Die Zustimmung des Kunden zum Angebot der Bank gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Die Bank wird dann die geänderte Fassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die geänderten besonderen Bedingungen, den geänderten Zahlungsdiensterahmenvertrag bzw. die zusätzlich eingeführten Bedingungen der weiteren Geschäftsbeziehung zugrunde legen.

(3) Sonderkündigungsrecht bei Änderungen von Bedingungen zu Zahlungsdiensten

Werden dem Kunden Änderungen von Bedingungen zu Zahlungsdiensten (z.B. Überweisungsbedingungen) oder von Zahlungsdiensterahmenverträgen angeboten, kann er den von den Änderungen betroffenen Zahlungsdiensterahmenvertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

(4) Abweichende Vereinbarungen

Das Änderungsverfahren gemäß Absatz 1 und Absatz 2 findet keine Anwendung, soweit abweichende Vereinbarungen getroffen sind. Satz 1 gilt nicht für Änderungen von Bedingungen zu Zahlungsdiensten oder von Zahlungsdiensterahmenverträgen.

Nr. 3 Bankauskünfte

(1) Inhalt von Bankauskünften

Bankauskünfte sind allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Kunden, deren Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.

(2) Voraussetzungen für die Auskunftserteilung

Die Bank darf Bankauskünfte über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute erteilen, sofern sich die Anfrage auf deren geschäftliche Tätigkeit bezieht und der Bank keine anderslautende Weisung des Kunden vorliegt. In allen anderen Fällen darf die Bank Bankauskünfte nur erteilen, wenn der Kunde dem allgemein oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt hat. Bankauskünfte erhalten nur eigene Kunden sowie andere Banken für deren eigene Zwecke und die ihrer Kunden; sie werden nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft darlegt.

(3) Schriftliche Bestätigung

Bei mündlichen Auskünften über Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit behält sich die Bank eine unverzügliche schriftliche Bestätigung vor, deren Inhalt von diesem Zeitpunkt an maßgeblich ist.

Nr. 4 Vertretungs- und Verfügungsbefugnisse

(1) Bekanntgabe

Der Bank bekannt gegebene Vertretungs- oder Verfügungsbefugnisse gelten, bis ihr eine Mitteilung über das Erlöschen oder eine Änderung zugeht, es sei denn, diese Umstände sind der Bank bekannt oder infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt. Dies gilt auch, wenn die Befugnisse in einem öffentlichen Register eingetragen sind und eine Änderung veröffentlicht ist.

(2) Mangel in der Geschäftsfähigkeit des Vertreters

Der Kunde trägt den Schaden, der daraus entstehen sollte, dass die Bank von einem eintretenden Mangel in der Geschäftsfähigkeit seines Vertreters unverschuldet keine Kenntnis erlangt.

Nr. 5 Legitimationsurkunden

(1) Erbnachweise

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung nachzuweisen.

(2) Leistungsbefugnis der Bank

Werden der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigten Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) sowie die Niederschrift über die zugehörige Eröffnungsverhandlung vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank die Unrichtigkeit oder Unwirksamkeit dieser Urkunden bekannt oder infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

(3) Sonstige ausländische Urkunden

Werden der Bank ausländische Urkunden als Ausweis der Person oder zum Nachweis einer Berechtigung vorgelegt, so wird sie prüfen, ob die Urkunden zum Nachweis geeignet sind. Sie haftet jedoch für deren Eignung, Wirksamkeit und Vollständigkeit sowie

für deren richtige Übersetzung und Auslegung nur bei Fahrlässigkeit oder wenn die Urkunde insgesamt gefälscht ist. Im vorstehenden Rahmen kann die Bank die in den Urkunden als Berechtigte bezeichneten Personen als berechtigt ansehen, insbesondere sie verfügen lassen und mit befreiender Wirkung an sie leisten.

Nr. 6 Rechtswahl, Gerichtsstand, Erfüllungsort

(1) Deutsches Recht

Auf die Geschäftsbeziehung findet deutsches Recht Anwendung, sofern dem nicht zwingende gesetzliche Regelungen entgegenstehen.

(2) Erfüllungsort

Erfüllungsort für die Bank und den Kunden ist der Sitz der Bank.

(3) Gerichtsstand

Ist der Kunde ein Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, kann die Bank an ihrem allgemeinen Gerichtsstand klagen und nur an diesem Gerichtsstand verklagt werden.

Kontokorrentkonten und andere Geschäfte

Nr. 7 Kontokorrent, Rechnungsabschluss

(1) Kontokorrent

Die Bank führt ein Konto zur Abwicklung des laufenden Geschäfts- und Zahlungsverkehrs (Girokonto) als Kontokorrent im Sinne des § 355 des Handelsgesetzbuches (Konto in laufender Rechnung).

(2) Rechnungsabschluss

Soweit nichts anderes vereinbart ist, erteilt die Bank jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss. Bei Vorliegen eines berechtigten Interesses einer der Vertragsparteien wird der Rechnungsabschluss auch zu sonstigen Terminen erteilt.

(3) Einwendungen gegen den Rechnungsabschluss

Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse müssen der Bank zugehen. Unbeschadet der Verpflichtung, Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse unverzüglich zu erheben (Nr. 20 Absatz 1 Buchst. g), gelten diese als genehmigt, wenn ihnen nicht vor Ablauf

von sechs Wochen nach Zugang des Rechnungsabschlusses widersprochen wird. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung. Die Bank wird den Kunden bei Erteilung des Rechnungsabschlusses auf diese Folgen besonders hinweisen. Stellt sich nachträglich die Unrichtigkeit heraus, so können sowohl der Kunde als auch die Bank eine Richtigstellung aufgrund gesetzlicher Ansprüche verlangen.

Nr. 8 Korrektur fehlerhafter Gutschriften

(1) Stornobuchung vor Rechnungsabschluss

Gutschriften, die ohne einen verpflichtenden Auftrag gebucht werden (z. B. wegen Irrtums, Schreibfehlers), darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch einfache Buchung rückgängig machen (Stornobuchung) soweit ihr ein Rückforderungsanspruch gegen den Kunden zusteht.

(2) Korrekturbuchung nach Rechnungsabschluss

Den Rückforderungsanspruch nach Absatz 1 kann die Bank auch noch nach Rechnungsabschluss durch Korrekturbuchung geltend machen, wenn sie die fehlerhafte Gutschrift nicht mehr rechtzeitig vor diesem Zeitpunkt festgestellt hat. Bei Widerspruch des Kunden wird die Bank die Korrekturbuchung rückgängig und ihren Anspruch anderweitig geltend machen.

(3) Kennzeichnung

Storno- und Korrekturbuchungen werden im Kontoauszug gekennzeichnet.

Nr. 9 Gutschriften und Einlösung von Einzugspapieren

(1) Gutschriften „Eingang vorbehalten“

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapieren schon vor ihrer Einlösung gut, so geschieht dies unter dem Vorbehalt der Einlösung und des Einganges des Gegenwertes (E.v.-Gutschrift). Das gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften oder anderen Einzugspapiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder geht der Bank der Gegenwert aus einem Einzugspapier nicht zu, so macht sie die Gutschrift gemäß Nr. 23 Absatz 2 dieser AGB rückgängig, und zwar auch nach einem zwischenzeitlich erfolgten Rechnungsabschluss.

(2) Einlösung

Schecks und andere Einzugspapiere sind erst eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht bis zum Ablauf des übernächsten Bankarbeitstages¹ rückgängig gemacht wird. Sie sind auch eingelöst, wenn die Bank ihren Einlösungswillen schon vorher Dritten gegenüber erkennbar bekundet hat (z. B. durch Bezahlmeldung). Für Lastschriften gelten die Einlösungsregeln in den hierfür vereinbarten besonderen Bedingungen. Über die Abrechnungsstelle der Deutschen Bundesbank eingezogene Schecks sind eingelöst, wenn sie nach deren Geschäftsbedingungen nicht mehr zurückgegeben werden können. Barschecks sind mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst.

Nr. 10 Auftragsbestätigung vor Ausführung

Bei telefonischen oder auf anderen technischen Wegen erteilten sowie bei nicht unterschriebenen Aufträgen behält sich die Bank die unverzügliche Einholung einer Bestätigung vor Auftragsausführung vor.

Nr. 11 Aufrechnung durch den Kunden

Ist der Kunde kein Verbraucher, kann er gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Satz 1 gilt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 513 BGB (Existenzgründer) vorliegen. Gesetzliche Aufrechnungsverbote bleiben unberührt.

Nr. 12 Konten in ausländischer Währung

Konten in ausländischer Währung dienen ausschließlich zur bargeldlosen Abwicklung von Zahlungen an den Kunden und von Verfügungen des Kunden in ausländischer Währung.

Nr. 13 Leistungsbefreiung bei Geschäften in ausländischer Währung

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Guthabens in ausländischer Währung oder zur Erfüllung einer Verbindlichkeit in ausländischer Währung ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Guthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Guthabens in ausländischer Währung ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn die Bank diese vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

Nr. 14 Geldeingang in ausländischer Währung

Geldbeträge in ausländischer Währung darf die Bank mangels ausdrücklicher gegenteiliger Weisung des Kunden in Euro gutschreiben, sofern sie nicht für den Kunden ein Konto in der betreffenden Währung führt.

Nr. 15 Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Geschäften in ausländischer Währung ergibt sich aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

Nr. 16 Einlagengeschäft

Mangels abweichender Vereinbarungen sind Einlagen ohne Kündigung fällig (täglich fällige Gelder). Die jeweils gültigen Zinssätze für täglich fällige Gelder werden durch Aushang bekannt gemacht. Für die Zinsberechnung bei Einlagen wird jeder Monat zu 30 Tagen gerechnet.

Entgelte und Auslagen

Nr. 17 Zinsen und Entgelte

(1) Zinsen und Entgelte im Geschäftsverkehr mit Verbrauchern

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die im Geschäftsverkehr mit Verbrauchern üblichen Kredite und Leistungen ergibt sich aus dem Preisaushang und ergänzend aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis. Wenn ein Verbraucher einen dort aufgeführten Kredit oder eine dort aufgeführte Leistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im Preisaushang oder Preis- und Leistungsverzeichnis angegebenen Zinsen und Entgelte.

(2) Zinsen und Entgelte außerhalb des Geschäftsverkehrs mit Verbrauchern

Außerhalb des Geschäftsverkehrs mit Verbrauchern bestimmen sich die Zinsen und Entgelte für in Anspruch genommene Kredite und Leistungen nach der getroffenen Vereinbarung, ergänzend nach dem Preis- und Leistungsverzeichnis in der zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Fassung.

(3) Entgelte für sonstige Leistungen

Für Leistungen, die nicht Gegenstand einer Vereinbarung oder im Preisaushang bzw. im Preis- und Leistungsverzeichnis aufgeführt sind und die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann die Bank ein nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen angemessenes Entgelt verlangen.

(4) Nicht entgeltpflichtige Tätigkeiten

Für Tätigkeiten, zu deren Erbringung die Bank bereits gesetzlich oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse erbringt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen erhoben.

(5) Änderung von Zinsen, Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarungen mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Eine Kündigung des Kunden gilt als nicht erfolgt, wenn er den geschuldeten Betrag nicht binnen zweier Wochen nach Wirksamwerden der Kündigung zurückzahlt.

(6) Änderung von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen

Änderungen von Entgelten für Hauptleistungen, die vom Kunden im Rahmen der Geschäftsbeziehung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (z. B. Depotführung), oder Änderungen von Entgelten im Rahmen von Zahlungsdiensterahmenverträgen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Werden dem Kunden Änderungen angeboten, kann er den von den Änderungen betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Kündigt der Kunde, wird das geänderte Entgelt für die gekündigte Geschäftsbeziehung nicht zugrunde gelegt.

(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen

Bei Verbraucherdarlehensverträgen richten sich die Zinsen und Entgelte nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften.

~~*(8) Besonderheiten bei Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern*~~

~~Bei Zahlungsdiensteverträgen mit Verbrauchern richten sich die Entgelte nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen und besonderen Bedingungen. Soweit dort keine Regelung getroffen ist, gelten die Absätze 1 und 4 sowie – für die Änderung jeglicher Entgelte bei Zahlungsdiensterahmenverträgen (z. B. Girovertrag) – Absatz 6.~~

Nr. 18 Ersatz von Aufwendungen

Der Ersatz von Aufwendungen der Bank richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Pflichten und Haftung von Bank und Kunde

Nr. 19 Haftung der Bank

(1) Haftung für Verschulden

Die Bank haftet für eigenes Verschulden sowie das Verschulden von Personen, derer sie sich zur Erfüllung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Kunden bedient, soweit sich nicht aus den folgenden Absätzen, den besonderen Bedingungen oder aus einzelvertraglichen Regelungen etwas Abweichendes ergibt. Haftet die Bank und ist ein Schaden nicht ausschließlich von der Bank verursacht oder verschuldet, so richtet sich die Verpflichtung zum Schadensersatz nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, § 254 Bürgerliches Gesetzbuch.

(2) Haftung für Dritte

Die Bank darf Aufträge bei Fehlen einer gegenteiligen Weisung ganz oder teilweise auf Dritte zur selbstständigen Erledigung übertragen, soweit dies unter Berücksichtigung der Art des Auftrages und der Interessen von Bank und Kunde erforderlich erscheint. In diesen Fällen beschränken sich die Verpflichtung und Haftung der Bank auf die Weiterleitung des Auftrags einschließlich sorgfältiger Auswahl und Unterweisung des Dritten.

(3) Haftung bei höherer Gewalt

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch Störung ihres Betriebs (z. B. Bombendrohung, Banküberfall), insbesondere infolge von höherer Gewalt (z.B. von Kriegs- und Naturereignissen) sowie infolge von sonstigen, von ihr nicht zu vertretenden Vorkommnissen (z. B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung) verursacht sind oder die durch Verfügungen von hoher Hand des In- und Auslands eintreten.

Nr. 20 Mitwirkungs- und Sorgfaltspflichten des Kunden

(1) Grundsatz

Die Bank führt die Aufträge des Kunden mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aus. Für den Kunden bestehen seinerseits besondere Mitwirkungs- und sonstige Sorgfaltspflichten, insbesondere folgende Pflichten:

a) Mitteilung wesentlicher Angaben und Änderungen
Der Bank sind unverzüglich alle für die Geschäftsbeziehung wesentlichen Tatsachen anzuzeigen, insbesondere Änderungen des Namens, der Anschrift, des Personenstandes, der Verfügungs- oder Verpflichtungsfähigkeit des Kunden (z. B. Eheschließung, Eingehung einer Lebenspartnerschaft, Änderung des Güterstandes) oder der für ihn zeichnungsberechtigten Personen (z. B. nachträglich eingetretene Geschäftsunfähigkeit eines Vertreters oder Bevollmächtigten) sowie Änderungen des wirtschaftlich Berechtigten oder der der Bank bekannt gegebenen Vertretungs- oder Verfügungsbefugnisse (z. B. Vollmachten, Prokura). Die Anzeigepflicht besteht auch dann, wenn die Tatsachen in öffentlichen Registern eingetragen und veröffentlicht werden. Die Namen der für den Kunden vertretungs- oder verfügungsbezugten Personen sind der Bank mit eigenhändigen Unterschriftenproben auf den Vordrucken der Bank bekannt zu geben. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz ergeben.

b) Eindeutige Angaben bei Aufträgen und Weisungen
Aufträge und Weisungen jeder Art müssen den Inhalt des Geschäfts zweifelsfrei erkennen lassen. Abänderungen und Bestätigungen müssen als solche gekennzeichnet sein. Bei Zahlungsaufträgen hat der

Kunde insbesondere auf richtige, vollständige, unmissverständliche und leserliche Angaben, vor allem der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN2 und BIC3 zu achten.

c) Sorgfalt bei besonderer Auftragsübermittlung
Bei telefonischen oder auf anderen technischen Wegen erteilten Aufträgen oder Weisungen hat der Kunde dafür zu sorgen, dass sich keine Übermittlungsfehler, Missverständnisse, Missbräuche und Irrtümer ergeben.

d) weggefallen

e) Ausdrücklicher Hinweis bei besonderer Weisung
Besondere Weisungen für die Ausführung von Aufträgen hat der Kunde der Bank gesondert mitzuteilen, bei formularmäßig erteilten Aufträgen außerhalb des Formulars. Dies gilt insbesondere, wenn Zahlungen auf bestimmte Forderungen der Bank verrechnet werden sollen.

f) Hinweis auf Fristen und Termine
Der Kunde hat entsprechend Buchst. e) besonders darauf hinzuweisen, wenn Aufträge innerhalb bestimmter Fristen oder zu bestimmten Terminen ausgeführt sein sollen oder wenn bei nicht ordnungsgemäßer, insbesondere nicht fristgemäßer Ausführung von Aufträgen außergewöhnliche Schäden drohen. Auf die besondere Hinweispflicht bei knappen Scheckvorlegungsfristen nach Nr. 24 wird verwiesen.

g) Unverzügliche Reklamation
Einwendungen gegen Rechnungsabschlüsse, Lastschriften, Kontoauszüge, Wertpapieraufstellungen oder sonstige Mitteilungen der Bank sowie Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit von der Bank gelieferter Wertpapiere oder sonstiger Werte müssen unverzüglich erhoben werden. Falls Rechnungsabschlüsse oder Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Anzeigen, Mitteilungen oder Sendungen, deren Eingang der Kunde erwarten oder mit deren Eingang er rechnen muss.

h) Kontrolle von Bestätigungen der Bank
Soweit Bestätigungen der Bank von Aufträgen oder Weisungen des Kunden abweichen, hat er dies unverzüglich zu beanstanden.

(2) Haftung bei Pflichtverletzungen

Schäden und Nachteile aus einer schuldhaften Verletzung von Mitwirkungs- und sonstigen Sorgfaltspflichten gehen zulasten des Kunden. Bei schuldhafter Mitverursachung des Schadens durch die Bank richtet sich die Haftung nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, § 254 Bürgerliches Gesetzbuch.

AGB-Pfandrecht, Nachsicherung, Sicherheitenfreigabe

Nr. 21 Pfandrecht, Sicherungsabtretung

(1) Umfang

Der Kunde räumt hiermit der Bank ein Pfandrecht ein an Werten jeder Art, die im bankmäßigen Geschäftsverkehr durch den Kunden oder durch Dritte für seine Rechnung in ihren Besitz oder ihre sonstige Verfügungsmacht gelangen. Zu den erfassten Werten zählen sämtliche Sachen und Rechte jeder Art (Beispiele: Waren, Devisen, Wertpapiere einschließlich der Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine, Sammeldepotanteile, Bezugsrechte, Schecks, Wechsel, Konnossemente, Lager- und Ladescheine). Erfasst werden auch Ansprüche des Kunden gegen die Bank (z. B. aus Guthaben). Forderungen des Kunden gegen Dritte sind an die Bank abgetreten, wenn über die Forderungen ausgestellte Urkunden im bankmäßigen Geschäftsverkehr in die Verfügungsmacht der Bank gelangen.

(2) Ausnahmen

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung für eine bestimmte Verwendung in die Verfügungsmacht der Bank (z. B. Bareinzahlung zur Einlösung eines Schecks, Wechsels oder Ausführung einer bestimmten Überweisung), so erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Im Ausland verwahrte Wertpapiere unterliegen – vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung – nicht dem Pfandrecht. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussscheine und für Ansprüche des Kunden aus

nachrangigem Haftkapital (z. B. nachrangig haftende Inhaberschuldverschreibung).

(3) Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht sichert alle bestehenden und künftigen, auch bedingten oder befristeten, auch gesetzlichen Ansprüche der Bank gegen den Kunden, die sie im Zusammenhang mit der Geschäftsverbindung erwirbt. Ansprüche gegen Kunden aus von diesen für Dritte übernommenen Bürgschaften werden erst ab deren Fälligkeit gesichert.

(4) Geltendmachung des Pfandrechts

Die Bank darf die dem AGB-Pfandrecht unterliegenden Werte nur bei einem berechtigten Sicherungsinteresse zurückhalten. Ein solches besteht insbesondere unter den Voraussetzungen des Nachsicherungsrechts gemäß Nr. 22.

(5) Verwertung

Die Bank ist zur Verwertung dieser Werte berechtigt, wenn der Kunde seinen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit und trotz Mahnung mit angemessener Nachfrist und einer Androhung der Verwertung entsprechend § 1234 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch nicht nachkommt. Unter mehreren Sicherheiten hat die Bank die Wahl. Bei der Auswahl und Verwertung wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Die Bank hat das Recht, Verwertungserlöse, die nicht zur Befriedigung sämtlicher Forderungen ausreichen, nach ihrem billigen Ermessen zu verrechnen. Die Bank wird dem Kunden erteilte Gutschriften über Verwertungserlöse so gestalten, dass sie als Rechnungen im Sinne des Umsatzsteuerrechts anzusehen sind.

Nr. 22 Nachsicherung und Freigabe

(1) Nachsicherungsrecht

Die Bank kann vom Kunden die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten für seine Verbindlichkeiten verlangen, wenn sich aufgrund nachträglich eingetretener oder bekannt gewordener Umstände, z. B. aufgrund einer Verschlechterung oder drohenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, eines Mithaftenden oder Bürgen oder des Werts bestehender Sicherheiten, eine Veränderung der Risikolage ergibt.

Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht ein Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettokreditbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn in einem vor dem 21. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehensvertrag oder in einem ab dem 21. März 2016 abgeschlossenen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließenden Angaben über Sicherheiten enthalten sind.

(2) Freigabe-Verpflichtung

Die Bank ist auf Verlangen zur Freigabe von Sicherheiten nach ihrer Wahl verpflichtet, soweit der realisierbare Wert aller Sicherheiten den Gesamtbetrag aller Forderungen der Bank nicht nur vorübergehend um mehr als 10 v. H. übersteigt. Diese Deckungsgrenze erhöht sich um den jeweils aktuellen Umsatzsteuersatz, soweit die Bank im Verwertungsfall mit der Abführung der Umsatzsteuer aus Verwertungserlösen belastet ist. Die Bank wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

Einzugspapiere

Nr. 23 Inkasso im Einzugsgeschäft

(1) Inkasso-Vereinbarung

Schecks, Wechsel, Lastschriften oder sonstige Einzugspapiere werden von der Bank nur zum Einzug (Inkasso) hereingenommen, soweit nichts anderes vereinbart ist.

(2) Rückbelastung

Hat die Bank den Gegenwert von Einzugspapieren schon vor Eingang gutgeschrieben, so kann sie den Gegenwert bei Nichteinlösung der Papiere rückbelasten, und zwar auch nach einem zwischenzeitlichen Rechnungsabschluss. Das Gleiche gilt, wenn

- // ihr der Gegenwert nicht zugeht oder
- // die freie Verfügung über den Gegenwert durch Gesetz oder behördliche Maßnahmen beschränkt ist oder
- // die Papiere infolge unüberwindlicher Hindernisse nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt werden können oder

// der Einzug mit im Zeitpunkt der Hereinnahme nicht bekannten unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden ist oder

// in dem Land, in dem die Papiere einzulösen sind, ein Moratorium ergangen ist.

Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Bank Einzugspapiere auch schon vor Fälligkeit zurückgeben. Die Rückbelastung ist auch zulässig, wenn die Papiere nicht zurückgegeben werden können. Ist dies von der Bank zu vertreten, so trägt sie einen sich hieraus ergebenden Schaden des Kunden.

Nr. 24 Vorlegungsfrist, Eilmittel

Wenn Schecks, die am Bankplatz der Bank zahlbar sind, nicht spätestens am dritten Geschäftstag, Schecks auf auswärtige Bankplätze nicht spätestens am vierten Geschäftstag vor Ablauf der Vorlegungsfrist (Artikel 29 Scheckgesetz) eingereicht werden bzw. bei Übersendung nicht innerhalb dieser Fristen vor Geschäftsschluss bei der Bank eingehen, so hat der Kunde auf den Ablauf der Vorlegungsfrist und die eventuelle Anwendung von Eilmitteln gesondert hinzuweisen.

Nr. 25 Sicherungsrechte im Einzugsgeschäft

(1) Sicherungseigentum

Mit der Einreichung von Schecks und Wechseln zum Einzug überträgt der Kunde der Bank das Sicherungseigentum an den Papieren für den Fall, dass das Einzugspapier nicht eingelöst wird und der Bank aufgrund von Vorausverfügungen des Kunden im Hinblick auf das Einzugsgeschäft Ansprüche gegen den Kunden zustehen, und zwar bis zum Ausgleich dieser Ansprüche. Mit dem Erwerb des Sicherungseigentums gehen auch die zugrundeliegenden Forderungen auf die Bank über.

(2) Sicherungsabtretung

Werden andere Papiere zum Einzug eingereicht (z. B. Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere), so gehen die zugrundeliegenden Forderungen unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 auf die Bank über.

Auflösung der Geschäftsbeziehung

Nr. 26 Kündigungsrecht

(1) Ordentliche Kündigung

Soweit weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart sind, können der Kunde und bei Vorliegen eines sachgerechten Grundes auch die Bank die gesamte Geschäftsbeziehung oder einzelne Geschäftszweige jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Kündigt die Bank, so wird sie den berechtigten Belangen des Kunden angemessen Rechnung tragen, insbesondere nicht zur Unzeit kündigen.

Für die Kündigung eines Zahlungsdienstervertrages (z. B. Girovertrag oder Kartenvertrag) durch die Bank beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund

Ungeachtet anderweitiger Vereinbarungen können sowohl der Kunde als auch die Bank die gesamte Geschäftsbeziehung oder einzelne Geschäftszweige jederzeit fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, aufgrund dessen dem Kündigenden die Fortsetzung der Geschäftsbeziehung nicht zugemutet werden kann. Dabei sind die berechtigten Belange des anderen Vertragspartners zu berücksichtigen. Für die Bank ist ein solcher Kündigungsgrund insbesondere gegeben, wenn aufgrund der nachfolgend beispielhaft aufgeführten Umstände die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen des Kunden oder die Durchsetzbarkeit der Ansprüche der Bank – auch unter Verwertung etwaiger Sicherheiten – gefährdet wird:

a) wenn eine wesentliche Verschlechterung oder eine erhebliche Gefährdung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder in der Werthaltigkeit der für ein Darlehen gestellten Sicherheiten eintritt, insbesondere wenn der Kunde die Zahlungen einstellt oder erklärt, sie einstellen zu wollen, oder wenn von dem Kunden angenommene Wechsel zu Protest gehen;

b) wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder zur Verstärkung von Sicherheiten (Nr. 22 Absatz 1) nach Aufforderung durch die Bank nicht innerhalb angemessener Frist nachkommt;

c) wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat;

d) wenn gegen den Kunden eine Zwangsvollstreckung eingeleitet wird;

e) wenn sich die Vermögensverhältnisse eines Mitverpflichteten oder des persönlich haftenden Gesellschafters wesentlich verschlechtert haben oder erheblich gefährdet sind, sowie bei Tod oder Wechsel des persönlich haftenden Gesellschafters.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Etwas anderes gilt nur, wenn der Kunde die Leistung ernsthaft und endgültig verweigert, er die Leistung zu einem im Vertrag bestimmten Termin oder innerhalb einer bestimmten Frist nicht bewirkt, obwohl die Bank den Fortbestand seines Leistungsinteresses vertraglich an die Rechtzeitigkeit der Leistung gebunden hat, oder wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine sofortige Kündigung rechtfertigen.

(3) Kündigung bei Verbraucherdarlehensverträgen

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch zwingende Sonderregelungen für die Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(4) Rechtsfolgen bei Kündigung

Mit der Auflösung der gesamten Geschäftsbeziehung oder einzelner Geschäftszweige werden die auf den betroffenen Konten geschuldeten Beträge sofort fällig. Der Kunde ist außerdem verpflichtet, die Bank insoweit von allen für ihn oder in seinem Auftrag übernommenen Verpflichtungen zu befreien. Die Bank ist berechtigt, die für den Kunden oder in seinem Auftrag übernommenen Verpflichtungen zu kündigen und sonstige Verpflichtungen, insbesondere solche in fremder Währung, mit Wirkung gegen den Kunden auszugleichen sowie hereingenommene Wechsel und Schecks sofort zurückzubelasten;

die wechsel- oder scheckrechtlichen Ansprüche gegen den Kunden und jeden aus dem Papier Verpflichteten auf Zahlung des vollen Betrages der Wechsel und Schecks mit Nebenforderungen verbleiben der Bank jedoch bis zur Abdeckung eines etwaigen Schuldsaldos.

Nr. 27 Weitergeltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Auch nach Auflösung der gesamten Geschäftsbeziehung oder einzelner Geschäftszweige gelten für die Abwicklung und in dem Abwicklungsverhältnis entsprechenden Umfang die Allgemeinen Geschäftsbedingungen weiter.

Nr. 28 Schutz der Einlagen durch anerkanntes Einlagensicherungssystem

(1) Freiwillige Institutssicherung

Die Bank gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an. Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch die Einlagen der Kunden. Hierzu zählen im Wesentlichen Spareinlagen, Termineinlagen, Sichteinlagen und Schuldverschreibungen.

(2) Gesetzliche Einlagensicherung

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Sollte entgegen Absatz 1 ausnahmsweise die Institutssicherung nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen im Sinne des § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen des § 8 EinSiG.

Nicht entschädigungsfähig nach § 6 EinSiG sind unter anderem Einlagen, die im Zusammenhang mit Geldwäschetransaktionen entstanden sind, sowie Inhaberschuldverschreibungen der Bank und Verbindlichkeiten aus eigenen Akzepten und Solawechseln.

(3) Informationsbefugnisse

Die Bank ist befugt, dem Sicherungssystem oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

(4) Forderungsübergang

Soweit das Sicherungssystem oder ein von ihm Beauftragter Zahlungen an den Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf das Sicherungssystem über.

1 Bankarbeitstage sind alle Werktage, außer Sonnabende und 24. und 31. Dezember.

2 International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

3 Business Identifier Code (Bank-Identifizierungs-Code).



Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Friedrichswall 10
30159 Hannover
USt-IdNr. DE 115 646 025

Hinweis auf die Schlichtungsstelle

Bei Streitigkeiten mit der Bank besteht die Möglichkeit, sich an die Schlichtungsstelle beim Bundesverband öffentlicher Banken Deutschland (VÖB) zu wenden.

Das Anliegen ist in Textform an folgende Adresse zu richten:

Verbraucherschlichtungsstelle beim
Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)
Postfach 11 02 72
10832 Berlin
E-Mail: ombudsmann@voeb-kbs.de
Internet: <http://www.voeb.de/de/verband/ombudsmann>

Näheres regelt die Verfahrensordnung für die Schlichtung von Beschwerden im Bereich des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird.

Die
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

nimmt am Streitbeilegungsverfahren vor dieser anerkannten Verbraucherschlichtungsstelle teil.

Es besteht ferner die Möglichkeit, eine zivilrechtliche Klage einzureichen.

Allgemeine Grundsätze der Auftragsausführung

Stand: ab 01. Januar 2018

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale einschließlich ihrer teilrechtsfähigen Anstalt „Braunschweigische Landessparkasse“ (die „Bank“) ist verpflichtet, Aufträge ihrer Kunden über den Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten i.S.d. § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bis 3 WpHG nach einem schriftlich fixierten Verfahren auszuführen, das organisatorisch sicherstellt das bestmögliche Ergebnis für unsere Kunden zur erzielen.

Es kommt dabei nicht darauf an, ob bei der Ausführung des einzelnen Auftrages tatsächlich das beste Ergebnis erzielt wird. Entscheidend ist, dass das angewandte Verfahren typischerweise zum bestmöglichen Ergebnis für unsere Kunden führt.

Wir ermöglichen die Ausführung eines Kaufs- oder Verkaufsauftrages von Finanzinstrumenten (Wertpapiere und Finanzinstrumente) nach folgenden Grundsätzen:

I. Geltungsbereich

Die vorliegenden Ausführungsgrundsätze beschreiben das generelle Vorgehen der Bank für Privatkunden und professionelle Kunden (insgesamt der „Kunde“) im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes („WpHG“).

Diese Ausführungsgrundsätze sind Bestandteil der Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte und gelten für die Ausführung eines Kauf- oder Verkaufsauftrages über ein den Anforderungen des § 82 WpHG unterfallendes Finanzinstrumentes, soweit der Auftrag eines Kunden im Rahmen eines Finanzkommissionsgeschäftes, eines Eigenhandelsgeschäftes, einer Abschlussvermittlung, Wertpapierfinanzierungsgeschäften oder im Rahmen einer Finanzportfolioverwaltung („Vermögensverwaltung“) durch die Bank ausgeführt wird.

II. Vorrang von Kundenweisungen

(1) Eine Weisung des Kunden ist stets vorrangig. Bei der Ausführung eines Kauf- oder Verkaufsauftrages wird die Bank einer Weisung des Kunden Folge leisten.

(2) Führt die Bank einen Auftrag gemäß einer ausdrücklichen Kundenweisung aus, gilt die Pflicht zur Erzielung des bestmöglichen Ergebnisses entsprechend dem Umfang der Weisung als erfüllt. Die

Grundsätze in der Ziffer III Abs. 1 bis 8 finden keine Anwendung.

(3) Kundenweisungen können auch nur auf die Art und Weise der Ausführung bezogen sein, ohne die Vorgabe eines konkreten Ausführungsplatzes zu beinhalten. Dies betrifft insbesondere interessewahrende Wertpapieraufträge („IW-Order“). Diese zeichnen sich dadurch aus, dass die Bank vom Kunden die Anweisung erhält, die Abwicklung des Wertpapierauftrages der Marktsituation entsprechend in mehreren Schritten vorzunehmen. Für IW-Orders gelten die Usancen für die Auftragsausführung unter Börsenteilnehmern.

Weist der Kunde gegenüber der Bank die Ausführung eines Auftrages ausdrücklich als IW-Order an, so beinhaltet dieser Auftrag auch die Weisung an die Bank, den Ausführungsplatz nach eigenem Ermessen im bestmöglichen Interesse des Kunden im Einzelfall auszuwählen, ohne dass in diesem Fall die Grundsätze der Ziffern III Abs. 1 bis 8 Anwendung finden. Dabei kann die Ausführung des Auftrags sowohl börslich als auch außerbörslich im In- oder Ausland, ggf. auch durch Weiterleitung an ausgewählte Intermediäre erfolgen. Die Bank wird bei Ausübung ihres Ermessens im Rahmen der IW-Order im Einzelfall die Preisqualität, die Kosten, die durch die Ausführung an einem Ausführungsplatz entstehen, die

Ausführungsgeschwindigkeit, die Wahrscheinlichkeit der Ausführung und die Abwicklung des Auftrags sowie den Umfang des Auftrags berücksichtigen.

Der Kunde wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch bei einer auf die Art und Weise der Ausführung bezogenen Weisung, insbesondere bei einer IW-Order, eine Kundenweisung vorliegt (siehe Ziffer II Abs. 1 und 2) und eine Auftragsausführung außerhalb eines organisierten Marktes (Börse) und außerhalb eines multilateralen Handelssystems im Sinne des § 2 Abs. 3 Nr. 8 WpHG möglich ist (siehe Ziffer V).

III. Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung von Finanzinstrumenten

(1) Die Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung gelten abhängig von den Wertpapiergattungen für unterstellte typische Auftragsgrößen eines Privatkunden. Soweit professionelle Kunden vor diesem Hintergrund im Einzelfall von der Ausführung eines Auftrages an dem auf dieser Grundlage ermittelten Ausführungsplatz abweichen wollen, ist dies gemäß Ziffer II durch Erteilung einer stets vorrangigen Weisung möglich.

(2) Der bestmögliche Ausführungsplatz wird unter Annahme des für das jeweilige Finanzinstrument gültigen Standardabwicklungsweges ermittelt. Weichen Lagerstelle und/oder Verwahrart des Depotbestandes von der Lagerstelle und/oder Verwahrart des Ausführungsplatzes ab, so ist die Erteilung einer entsprechenden Kundenweisung erforderlich.

(3) Auf Basis der gesetzlichen Grundlage sind Ausgabe und Rücknahme von Investmentfondsanteilen nicht Gegenstand der Ausführungsgrundsätze. Die Ausgabe oder Rücknahme erfolgt über die Kapitalanlagegesellschaft oder die Verwahrstelle. Möchte der Kunde einen Kauf- oder Verkaufsauftrag an einem organisierten Markt (Börse) oder an einem multilateralen Handelssystem im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 8 WpHG tätigen, so erteilt er der Bank eine entsprechende Weisung.

(4) Für Aufträge in Genussscheinen und Genussrechten ist die Erteilung einer Kundenweisung erforderlich. Für Aufträge in Bezugs- und Nebenrechten ist eine Kundenweisung grundsätzlich erforderlich. Wird keine Weisung erteilt, so erfolgt der automatische Verkauf bestens im Interesse des Kunden am

letzten Handelstag gem. Ziffer 15 der Sonderbedingungen für Wertpapiergeschäfte.

(5) Aufträge über Finanzinstrumente inländischer Emittenten (inländische Finanzinstrumente), die an einem organisierten Markt (Börse) oder an einem multilateralen Handelssystem im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 8 WpHG im Inland gehandelt werden, werden an einen inländischen Ausführungsplatz weitergeleitet.

(6) Soweit Finanzinstrumente ausländischer Emittenten (ausländische Finanzinstrumente) an einem organisierten Markt (Börse) oder an einem multilateralen Handelssystem im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 8 WpHG im Inland gehandelt werden, werden die Aufträge gleichfalls an einen inländischen Ausführungsplatz weitergeleitet.

(7) Wird ein Finanzinstrument nicht im Inland gehandelt, bedarf es für die Auswahl eines Ausführungsplatzes einer Einzelweisung des Kunden.

(8) Die festzustellende Ausführungsqualität orientiert sich vorrangig nach dem Gesamtentgelt, das sich aus dem Preis für das Finanzinstrument und sämtlichen mit der Auftragsausführung verbundenen Kosten zusammensetzt, die durch die Ausführung an einem Ausführungsplatz entstehen. Zudem werden weitere Faktoren wie Ausführungsgeschwindigkeit, Ausführungswahrscheinlichkeit sowie als qualitativer Faktor Abwicklungssicherheit in die Bewertung mit einbezogen. Bieten mehrere Ausführungsplätze eine gleich gute Ausführungsqualität, trifft die Bank nach pflichtgemäßem Ermessen eine Auswahl. Die Auswahl der bestmöglichen Ausführungsplätze wird dem Kunden in der Anlage zu diesen Grundsätzen mitgeteilt.

IV. Besondere Hinweise zu Festpreisgeschäften in Finanzinstrumenten

Die Bank und der Kunde können für jedes einzelne Geschäft einen festen Preis („Festpreisgeschäft“) vereinbaren. In diesem Fall wird das Geschäft nicht an einem Ausführungsplatz zur Ausführung gebracht, sondern es kommt ein Kaufvertrag zwischen der Bank und dem Kunden zustande; dementsprechend übernimmt die Bank vom Kunden das jeweilige Finanzinstrument als Käuferin oder sie liefert das jeweilige Finanzinstrument an ihn als Verkäuferin. Die Bank berechnet dem Kunden den vereinbarten Preis, bei verzinslichen Schuldverschreibungen zuzüglich

aufgelaufener Zinsen („Stückzinsen“), und wird dabei die Marktlage berücksichtigen.

Es ist zu beachten, dass bei Eingehung eines Festpreisgeschäftes zugleich eine Weisung des Kunden gem. § 82 Abs. 4 WpHG vorliegt, die zur Nichtanwendung der Grundsätze in der Ziffer III Abs. 1 bis 8 führt, die die Bank entwickelt hat, um bei der Orderausführung an einem organisierten Markt (Börse) bzw. an einem multilateralen Handelssystem gleich bleibend bestmögliche Ergebnisse zu erzielen. Soweit für an Börsen notierte Finanzinstrumente ein Festpreisgeschäft vereinbart wird, wird der Kunde hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alternativ zur Eingehung eines Festpreisgeschäftes auch eine Ausführung an den in dem Anhang genannten Ausführungsplätzen möglich ist.

Sind wir Emittentin der Finanzinstrumente, so erfolgen Kauf- und Verkaufsaufträge des Kunden zu diesen Finanzinstrumenten grundsätzlich als Festpreisgeschäfte. Auf Wunsch des Kunden ist eine Ausführung an einem anderen Ausführungsplatz möglich, soweit diese Finanzinstrumente dort gehandelt werden.

V. Grundsätze zur bestmöglichen Ausführung in sonstigen Finanzinstrumenten

Wird ein Finanzinstrument entsprechend dem Anhang außerbörslich gehandelt („Over the Counter Geschäft“), so stellen wir organisatorisch sicher und überprüfen, dass dieses Finanzinstrument als Festpreisgeschäft gemäß Ziffer IV zu marktgerechten Konditionen ausgeführt wird. Aufträge in sonstigen, nicht im Anhang genannten Finanzinstrumenten nimmt die Bank aufgrund der meist individuellen Ausgestaltung der Produkte nur mit Weisung entgegen.

Bei OTC Derivaten erfolgt ein Geschäftsabschluss unmittelbar zwischen dem Kunden und der Bank. Der Kunde trägt in diesem Fall das Gegenparteiisiko mit der Bank.

VI. Vermögensverwaltung

Führt die Bank im Rahmen eines zwischen dem Kunden und ihr bestehenden Vermögensverwaltungsvertrages Geschäfte bis zu den unterstellten typischen Ordergrößen selbst aus, so gelten auch in

diesen Fällen grundsätzlich die vorstehend unter Ziffern III Abs. 1 bis 6 genannten Grundsätze der bestmöglichen Ausführung. Zur Wahrung des Kundeninteresses und entsprechend des Zwecks des Vermögensverwaltungsvertrages kann die Bank in Einzelfällen Aufträge abweichend von den unter Ziffer III Abs. 1 bis 6 genannten Grundsätzen ausführen. Ergänzend gelten die Regelungen des Vermögensverwaltungsvertrages. Soweit die Regelungen des Vermögensverwaltungsvertrages von Bestimmungen dieser Ausführungsgrundsätze abweichen, gehen die Regelungen des Vermögensverwaltungsvertrages diesen Ausführungsgrundsätzen vor.

VII. Überprüfung der Grundsätze

Die nach diesen Grundsätzen erfolgte Auswahl von Ausführungsplätzen wird die Bank mindestens jährlich überprüfen. Die regelmäßige Überprüfung der Ausführungsgrundsätze berücksichtigt insbesondere Informationen zu den Top 5 Reporting bzw. der multilateralen Handelssystem im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 8 WpHG. Eine Überprüfung der Auftragsgrundsätze wird die Bank zudem immer dann vornehmen, wenn eine wesentliche Veränderung eintritt, die dazu führt, dass an den von den Ausführungsgrundsätzen umfassten Ausführungsplätzen eine Ausführung von Aufträgen nicht mehr gleich bleibend im bestmöglichen Interesse des Kunden gewährleistet ist. Die Bank überwacht die Wirksamkeit ihrer Ausführungsgrundsätze regelmäßig, um sie ggf. zu aktualisieren und wird dem Kunden nach Anpassung die aktualisierten Ausführungsgrundsätze in geeigneter Form mitteilen. Die Aktualisierung der Ausführungsgrundsätze gilt nicht als Änderung der Geschäftsbedingungen im Sinne des Nr. 2 AGB.

Anhang

Anhänge und Erläuterungen zu den Allgemeinen Grundsätzen der Auftragsausführung.

Anhänge und Erläuterungen zu den Allgemeinen Grundsätzen der Auftragsausführung

I. Berücksichtigte Faktoren bei der Ermittlung des bestmöglichen Ausführungsplatzes

Gemäß §82 WpHG ist für die Ausführung von Aufträgen eines Privatkunden das Gesamtentgelt als maßgeblicher Faktor zur Bewertung der Ausführungsplätze heranzuziehen. Zudem werden weitere Faktoren wie Ausführungsgeschwindigkeit und Ausführungswahrscheinlichkeit bewertet. Die Abwicklungssicherheit wird als allgemeiner Faktor mit in die Untersuchung herangezogen.

(1) Preis

Die Möglichkeit, den bestmöglichen Preis zu erzielen, hängt unter anderem vom festgeschriebenen Preisfeststellungsmechanismus ab, welcher in den Regelwerken der Ausführungsplätze verankert ist. Hier ist beispielsweise festgelegt, ob die Preisfeststellung nach dem Auktionsverfahren stattfindet (sog. Order driven market) oder ob ein neutraler Marktteilnehmer (Skontroführer oder Market Maker) zwischengeschaltet ist (sog. Quote driven markets). Weitere wichtige Einflussfaktoren auf den erzielbaren Preis sind neben der Liquidität des Ausführungsplatzes auch die Einbeziehung von Referenzmärkten, Quotierungsverpflichtungen und die Festschreibung einer maximalen Spanne zwischen An- und Verkaufskursen in den Börsenregularien.

(2) Kosten

Der Faktor Kosten besteht grundsätzlich aus den beiden Bestandteilen Fremdkosten und eigene Gebühren. In einem ersten Schritt zur Ermittlung der bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen sind nach § 82 WpHG lediglich Fremdkosten zu betrachten.

(2.1) Die entstehenden Fremdkosten ergeben sich aus den anfallenden Transaktionskosten (z.B. Courtage, Transaktionsentgelt) und den Abwicklungskosten (z.B. Clearinggebühr, Liefergebühr). Diese Kosten

können sich je Marktsegment und Ausführungsplatz unterscheiden. Entstehende Teilausführungen haben Einfluss auf die entstehenden Fremdkosten und sind entsprechend in der Untersuchung zu berücksichtigen.

(2.2) Bei mehreren als gleichwertig erkannten Ausführungsplätzen sind eigene Gebühren und Provisionen in die Bewertung einzubeziehen.

(3) Ausführungsgeschwindigkeit

Unter der Ausführungsgeschwindigkeit wird jene Zeitspanne verstanden, die zwischen dem Vorliegen eines ausführbaren Auftrages und der Auftragszuteilung liegt. Für die schnellstmögliche Ausführung von Kundenaufträgen ist neben den jeweiligen Börsenöffnungszeiten auch die fortschreitende technische Unterstützung durch automatisiertes Matching, sog. Limit Control Systeme, und dem Festschreiben von maximalen Ausführungszeiten in den Regelwerken der relevanten Ausführungsplätze maßgeblich.

(4) Ausführungswahrscheinlichkeit

Die Ausführungswahrscheinlichkeit eines Kundenauftrages hängt maßgeblich von der Liquidität am jeweiligen Ausführungsplatz ab. Hierbei ist es unerheblich, ob es sich um natürliche Liquidität handelt oder ob ein Skontroführer bzw. Market Maker Liquidität auf Anfrage bereitstellt. Durch die Einbeziehung von Referenzmärkten in die Kursfeststellung und die Festschreibung von Ausführungsverpflichtungen in den Regelwerken der relevanten Ausführungsplätze ergibt sich eine hohe Ausführungswahrscheinlichkeit.

(5) Abwicklungssicherheit

Unter dem Begriff der Abwicklungssicherheit subsumieren sich jene Faktoren, welche einen maximalen Anlegererschutz sicherstellen.

- // Öffentlich-rechtliche Organisation der Börse und Überwachung durch die jeweilige Börsenaufsichtsbehörde
- // Handelsüberwachungsstelle als unabhängiges Börsenorgan. Diese überwacht vorrangig
 - die Börsenpreisfeststellungen
 - die Einhaltung von Ausführungsgarantien (z. B. Best-Price-Prinzip)
 - die Einhaltung der Regelwerke
 - die Einhaltung börsenrechtlicher Vorschriften und Anordnungen
- // Sanktionsausschuss als unabhängiges Börsenorgan
- // Informationsdienstleistungen des jeweiligen Ausführungsplatzes
- // Mistrade-Regelungen des jeweiligen Ausführungsplatzes
- // Ausführungsgarantien im Regelwerk des Ausführungsplatzes (z. B. Best-Price-Prinzip)
- // Anlegerschutzmechanismen im Regelwerk des Ausführungsplatzes
- // Operationelle Risiken der Belieferung

II. Gewichtung der Faktoren zur Ermittlung des bestmöglichen Ausführungsplatzes

Die Ausführungsgrundsätze für Privatkunden orientieren sich gemäß § 82 WpHG am Gesamtentgelt.

Die Berechnung des Gesamtentgeltes erfolgt anhand der Bewertung der Faktoren Preis und Kosten. Hierbei werden nicht nur Fremdkosten betrachtet, sondern auch eigene Kosten und Provisionen. Zudem Gesamtentgelt werden aber auch die Faktoren Ausführungsgeschwindigkeit und Ausführungswahrscheinlichkeit betrachtet. Den gesetzlichen Bestimmungen folgend orientiert sich das bestmögliche Ergebnis überwiegend am Gesamtentgelt. Der Ausführungsgeschwindigkeit und der Ausführungswahrscheinlichkeit wird eine gleichrangige prozentuale Stellung zugesprochen. Als allgemeiner Faktor betrachten wir die Abwicklungssicherheit.

III. Ergebnis des Bewertungsverfahrens und der bestmöglichen Ausführungsplätze je Wertpapiergruppe

Zur Berechnung des Gesamtentgeltes werden je Wertpapiergruppe durchschnittliche Ordergrößen bzw. verschiedene Kundenvolumina berücksichtigt. Hierzu werden Order-, Markt- und Börsendaten sowie zukünftige Berichte über die Ausführungsqualität,

die von den Ausführungsplätzen in regelmäßiger Form der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden, unter Berücksichtigung der unter Kapitel I genannten Faktoren analysiert und entsprechend der unter Kapitel II genannten Gewichtung bewertet. Dieses Verfahren führt im Regelfall zu einer eindeutigen Zuordnung eines Ausführungsplatzes einer Wertpapiergruppe. Dieser stellt die gleichbleibend bestmögliche Ausführung von Kundenaufträgen für den relativ größten Anteil der jeweils enthaltenen Wertpapiere/Finanzinstrumente sicher. Bieten mehrere Ausführungsplätze eine gleichwertige bestmögliche Orderqualität, trifft die Bank nach pflichtgemäßem Ermessen eine Auswahl. Berücksichtigung finden nur die zum Orderzeitpunkt verfügbaren Ausführungsplätze (siehe Ziffer IV Übersicht der relevanten Ausführungsplätze). Ist kein relevanter Ausführungsplatz verfügbar, so wird der zuerst erreichbare Ausführungsplatz gemäß Ziffer IV herangezogen.

IV. Übersicht der relevanten Ausführungsplätze

Bei den in der Tabelle genannten inländischen Ausführungsplätzen handelt es sich um einen der folgenden Ausführungsplätze, die aus Sicht der Bank grundsätzlich als mögliche Ausführungsplätze (organisierte Märkte, Freiverkehrsegmente und multilaterale Handelssysteme im Sinne des § 2 Abs. 8 Nr. 8 WpHG) in Betracht kommen, um gleichbleibend die bestmöglichen Ergebnisse bei der Ausführung von Kundenaufträgen erzielen zu können:

- // Börse Berlin
- // Börse Düsseldorf
 - Börse Düsseldorf
 - Quotrix
- // Deutsche Börse AG
 - Börse Frankfurt
 - XETRA
- // Börse Hamburg
- // Börse Hannover
- // Börse München
- // Börse Stuttgart
- // Tradegate Exchange

Bei der Zuordnung der Ausführungsplätze finden die allgemeinen Börsenöffnungszeiten Berücksichtigung.

Anlage zu den Allgemeinen Grundsätzen der Auftragsausführung

Asset-Klasse	Wertpapier-Gruppe	Wertpapier-Gruppe	Wertpapier-Gruppe	Wertpapier-Gruppe	Wertpapier-Gruppe	Wertpapier-Gruppe
Eigenkapitalinstrumente – Aktien und Hinterlegungsscheine	Aktien des DAX® 30	Sonstige DAX® Aktien (TECDAX®, MDAX®, SDAX®)	Sonstige inländische Aktien	Aktien des DJ EuroSTOXX50, DJ STOXX50, DJ Industrial Average, NASDAQ 100	Sonstige ausländische Aktien mit inländischer Notiz	Sonstige ausländische Aktien mit ausländischer Notiz
Ausführungsplatz*	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich
Schuldtitle	Anleihen öffentlicher Emittenten des EWR und ausgewählter supranationaler Emittenten	Anleihen deutscher Emittenten	Sonstige Anleihen (EWR Europäischer Wirtschaftsraum und NON-EWR)			
Ausführungsplatz*	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis			
Optionsscheine und Zertifikate	Verbriefte Derivate (Hebel- und Anlageprodukte)					
Ausführungsplatz*	Inländischer Ausführungsplatz gemäß Bewertungsergebnis					
Sonstige Wertpapiere	Genussrechte/ Genussscheine	Sonstige inländische Wertpapiere	Sonstige ausländische Wertpapiere	Nebenrechte/ Bezugsrechte		
Ausführungsplatz*	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich		
Sonstige Finanzinstrumente	Standard Derivate (börsennotiert)	Sonstige Derivate (OTC)	Devisentermin-geschäfte	Warentermin-geschäfte/-derivate		
Ausführungsplatz*	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich	Auftragserteilung nur mit Weisung möglich		

* Inländische Ausführungsplätze sind (in alphabetischer Reihenfolge): Börse Berlin, Börse Düsseldorf, Börse Frankfurt, Börse Hamburg, Börse Hannover, Börse München, Quotrix, Börse Stuttgart, Tradegate Exchange und XETRA (elektronische Handelsplattform der deutschen Börse AG)

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Information on NORD/LB and its services

In accordance with the provisions of Section 47 para. 1 of the Commission Delegated Regulation (EU) 2017/565 and Section 83(5) of the German Securities Trading Act (WpHG) we hereby provide the following information about ourselves and our securities services.

1. Information on the financial institution

Norddeutsche Landesbank Girozentrale including "Braunschweigische Landessparkasse", an institution incorporated under public law with partial legal capacity
Friedrichswall 10
30159 Hannover
Deutschland – Germany
Telefon: +49 511/361-0
Telefax: +49 511/361-2502
E-Mail: info@nordlb.de

Tied Agents

In providing our services we can use tied agents who are registered in the Federal Republic of Germany.

Banking licence and the responsible supervisory authority

We have a banking licence pursuant to Section 32 of the German Banking Act (KWG).

The responsible supervisory authority is the European Central Bank
Sonnemannstraße 20
60314 Frankfurt am Main
(Internet: www.ecb.europa.eu)

The responsible supervisory authority for consumer protection is:

the Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (German Federal Financial Supervisory Authority)
Graurheindorfer Strasse 108

53117 Bonn and Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt am Main
(Internet: www.bafin.de)

Communication media and language

You can communicate with us in German/English in person, by telephone, in writing, or electronically. Client orders can be issued in German/English in person, by telephone, by letter or via the online brokerage.

Recording of telephone conversations and electronic communications

Due to statutory obligations we have to record telephone conversations and electronic communications that relate to the acceptance, transmission and execution of orders for financial instruments or securities services and additional securities services and retain these records for five years, or up to seven years if required to do so by the regulator. During this period, upon request, we can provide you with a copy of the recordings. If you do not wish to be recorded, then please notify us. In such a case these types of communication will be excluded. Should an authorised agent work for you then the regulations that relate to telephone conversations and electronic communications shall likewise apply to him.

Notification of executed orders

You will receive a contract note from us for each executed trade. You will receive once a year a statement of the holdings in your securities account.

Information on the deposit guarantee scheme

We are a member of the Institutional Protection Scheme of the Sparkassen-Finanzgruppe (German Savings Banks Financial Group) ("protection scheme").

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

1.1 Voluntary institution protection

The primary objective of the protection scheme resides in protecting the included institutions themselves and in averting any economic difficulties they may be experiencing or threatened by. In this way a case of deposit guarantee scheme should be avoided and the business relationship to the customer can be continued permanently without restriction.

1.2 Statutory deposit protection

The protection scheme is officially recognized as a deposit guarantee scheme within the meaning of the German Act on Deposit Protection (GADP) (“Einlagen-sicherungsgesetz”). In exceptional cases where the protection scheme should not be effective, contrary to section 1, concerned customers have a claim against the protection scheme to reimbursement of their deposits within the meaning of GADP sections 2.3 to 2.5 up to the upper limits defined in GADP section 8. Not eligible for compensation as per GADP section 6 are deposits brought about in connection with money laundering transactions, bearer bonds of the bank, and liabilities from own acceptances and promissory notes, amongst others.

More information is available at www.dsgv.de/sicherungssystem. Ever since the establishment of the Savings Banks Financial Group's protection schemes, no customer of a member institution has ever suffered a loss of his or her deposits.

2. Procedures applied in the event of conflicts of interest

We have incorporated provisions so that any possible conflicts of interest between us, our management, our employees and contractually bound intermediaries and other persons linked to us directly or indirectly through the exercise of control and you or between the customers themselves do not impact the interests of the customers. Details of these can be found in the measures applied by NORD/LB to manage conflicts of interest.

3. Information on services

We conduct all customary banking activities (in particular lending, account management, deposits, securities and safe custody, payment transactions

amongst other things), provided there are no restrictions under the legal regulations for savings banks/central savings banks.

Investment advice

As part of our investment advice, we will make a recommendation to you with respect to specific financial instruments that would be appropriate for you. We will base this recommendation on a review of your personal circumstances.

In order to ensure that we provide high-grade investment advice that enhances the quality of the service for you and takes in account, in the best possible manner, your interests as a customer, we include a wide variety of products from various issuers (companies from within the Sparkassen-Finanzgruppe (Savings Banks Financial Group) and third party providers) in our range. In the course of this, from the vast range of products now offered from all over the world by innumerable issuers, the Bank prefers to offer its own financial instruments and those offered by companies belonging to the Sparkassen-Finanzgruppe (in particular, from DekaBank and the Landesbank).

Your adviser will be glad to provide you with details and information on the relevant product. Likewise, prospectuses published in accordance with the German Securities Prospectus Law as well as, if required, essential information for investors on investment assets (funds) and product information leaflets / basic information leaflets may also be found on the issuers' websites. We would like to point out that in the case of investment advice - as well as execution-only services - monitoring the performance of a portfolio and the individual financial instruments is not carried out by us. However, this does not preclude us from, for example, approaching you with investment ideas when an investment matures.

Execution-only transactions

With execution-only transactions you make your investment decision independently of a personal investment recommendation on our part.

In such a case we would obtain only the required information about our knowledge and experience; this would not include information about your investment goals and financial circumstances.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Asset management

As part of asset management, assets invested in financial instruments are managed.

The asset manager also makes investment decisions for his clients at his own discretion.

The asset manager strictly adheres to the investment strategy agreed with you.

4. Information about the types of investment advice

Investment services companies who provide investment advice are obligated to inform their customers as to whether or not the investment advice is being provided as so-called “independent fee-based investment advice” (cf. § 64(1) no. 1 WpHG, Art. 52 of the Commission Delegate Regulation (EU) 2017/565).

We would therefore like to inform you that, as already up to now, the investment advice that we provide is not fee-based investment advice but commission-based advice. This means that we do not charge a separate fee for our investment advice. However, in accordance with § 70 WpHG we may receive inducements from our sales partners in connection with investment advice. We use the inducements that we receive to maintain and improve the quality of the securities services or additional securities services that we provide. Moreover, providing investment advice on a commission basis has no impact on the independence of our advisory services.

5. Inclusion of sustainability risks in investment advice

By selecting the financial instruments that we recommend as suitable for you in our investment advice, we include sustainability risks in our investment advice. Therefore we work closely with our product partners and research partners (companies in the Sparkassen-Finanzgruppe and third party providers). We understand sustainability risk to be an event or condition in the environmental, social or corporate governance area, the occurrence of which could actually or potentially have essential negative effects on the value of our customers' investments.

For sustainable financial instruments that we recommend to our customers with a preference for sustainable investments, we incorporate sustainability risks as follows: On the one hand, we orient

ourselves to the specifications of our product providers. Due to Regulatory requirements or industry standards, they are generally obliged to take sustainability aspects into account in their investment decisions (for investment funds) or when selecting the underlying assets (for certificates). On the other hand, certain sustainable financial instruments (so-called ESG strategy products) take into account so-called minimum exclusions based on a recognized industry standard. This means that with the investment fund will not invest in specific companies that have particularly high sustainability risks. In the case of certificates, these are not used as the underlying.

Alternatively for this, we also select financial instruments for investment advice that have a positive impact on one or more of the sustainability goals formulated in the Sustainable Development Goals (SDGs) of the United Nations (so-called impact products). In the case of investment funds, which we particularly recommend to our customers without a sustainability preference, the capital management companies are obliged by regulatory requirements to take sustainability risks into account in their investment decisions.

We have published our strategy for including sustainability risks in investment advisory activities on our website.

6. Information on the legal regulations for the reorganization and liquidation of banks (“bail-in”)

We would like to inform you, that bank shares, bonds of banks and savings banks as well as other receivables from banks and savings banks are across Europe subject to special regulations in the case of a threat to the continued existence of these financial institutions. Legal regulations for the reorganization and liquidation of banks which should apply in a case of winding down such a company is the background. These regulations (for example the so called “Bail-in”) may have negative impact on the investor or contractual partner in the case of liquidation of the financial institution. For further information which financial instruments are affected, see: www.bafin.de (under the search item “Haftungskaskade”).

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

7. Costs and ancillary costs

Information on costs and ancillary costs is set out in our price schedule. For a better understanding of these, on the following pages, there are examples of cost calculations for common business transactions.

8. Information on the target market for a product

A target market will be defined for securities and other financial instruments. The target market describes the customer groups that constitute the focus of the product. As part of the advisory service or order placement process, upon request, the adviser would be pleased to inform you about the target market of the product that has been recommended, or that you would like. In the case of execution-only orders we would check the target market only with respect to the target market criteria of “customer category” as well as “knowledge and experience”.

9. Data protection legal notice

For securities and other financial services, we process your personal data required for these services. Purposes are the fulfillment of the contracts concluded with you (e.g. consulting contracts, custody agreements) and the fulfillment of our legal obligations (eg from the German Securities Trading Act).

10. Information on tax withholding for capital income without inflow of liquidity

If we can not deduct the withholding tax from an inflow of liquidity (eg in the case of advance payments for investment funds or when booking bonus shares), we are authorized by law to charge the resulting capital gains tax to an account held with us. The burden of an unused overdraft facility (granted overdraft) is excluded if you object to the utilization of the overdraft facility before the inflow of investment income. If the available balance, including any available current account credit, does not cover the tax amount or does not cover it completely, we are legally obliged to report the full capital profit to the tax office.

11. General terms and conditions/ Conditions for securities transactions/ Conditions for securities savings plan

At the start of the contractual relationship the conditions for securities transactions, the conditions for

securities savings plan and the general terms and conditions shall apply (please see next page).

12. Information for shareholders

With regard to the dispatch of documents for general meetings of stock corporations, we would like to inform you about the following procedure:

Documents for the Annual General Meeting can be sent by post or electronically.

If the stock corporation has decided on electronic communication, we can also send the documents to the shareholders in this way. The documents will then no longer be sent by post. We now use this electronic transmission with the electronic mailbox for the section "General Meetings" around. The mailbox is used for the electronic transmission of general meeting documents and provides the legally required documents with dates and details of the general meeting. The messages can be viewed, printed out and saved on your PC easily, quickly and securely at any time with a click of the mouse. You can also use the electronic mailbox for information about the “General Meetings” area. This ensures that you are always up-to-date, comprehensively and punctually informed in the event that information is passed on exclusively electronically by the issuer.

Please contact your customer advisor if you would like to use the mailbox.

In the case of stock corporations that no longer provide for postal transmission, we will otherwise only provide you with the documents in the future on individual request.

13. Information about arbitration services and the European online dispute resolution platform as well as complaints management

In cases of disputes with the Bank there is the possibility for you to contact the arbitration service of the Association of German Public Banks (*Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB*).

We have adopted further regulations for handling customer complaints and these are described in our Complaints Management Principles. These Principles have been published on our website.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Measures applied by NORD/LB to manage conflicts of interest that can arise in the course of the provision of securities services and additional securities services

1. Preamble

As Norddeutsche Landesbank Girozentrale (“NORD/LB”) we depend on the confidence of our customers, our employees and the public in the performance and integrity of our company.

This confidence principally depends on the behaviour of our employees, management and members of the board (“employees”) and how they use their skills to the benefit of our customers and the company. As a customer of our Bank you should always be able to rely upon the fact that our employees will provide services with the highest possible degree of specialist knowledge, care and conscientiousness protecting the best interests of our customers. We have to this end set ourselves high standards of conduct which further cement our customer’s trust and make the observance of the statutory and supervisory framework an integral part of our business activities.

2. Conflicts of interest in the case of services in connection with financial instruments

We put these principles into practice with the measures applied to manage conflicts of interest that arise from the provision of securities services and additional securities services (“securities transactions”). Conflicts of interest may arise in a securities transaction if a customer issues an order to us in circumstances where his expectations concerning the proper provision of the relevant service conflict with contrary interests of market participants.

In a full-service bank such as NORD/LB it cannot be excluded that there may be different expectations, since we not only wish to assist our customers in securities transactions but also with regard to all other banking services. Conflicts of interests may, however, cast doubt upon the professional style and reputation of our bank. We have therefore taken reasonable precautions to ensure that we are able to identify

such circumstances as quickly as possible and take the correct action.

By means of the principles indicated below, which represent a binding and permanent minimum standard for all the employees of NORD/LB, we would like to inform you, with reference to the German Securities Trading Act (Wertpapierhandelsgesetz), of the manner in which we deal with possible conflicts of interest. In doing so, we also take into account such conflicts of interest, which result from the structure or business of other companies within the NORD/LB Group and of which we are or should be aware.

Basically, conflicts of interest can also arise when principles or goals are established that directly or indirectly affect the sales, business volume or income of the transactions recommended as part of investment advice (sales objectives). We would however also like to point out that appropriate organisational precautions ensure that the customer’s interest always have priority and are strictly monitored.

3. Management of conflicts of interest through compliance

The management board of NORD/LB has established under its direct responsibility a so-called compliance body and permanently charged it with the management of conflicts of interest. It is independent from the trading, banking business and processing departments of the Bank and may therefore conduct its duties in a neutral manner and free of instruction. Compliance is required (a) to identify conflicts of interest and (b) to introduce appropriate and effective precautions in order to resolve conflicts with the precept that the interests of the customer must be protected. However, should it be impossible to exclude

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

the risk of considerable prejudice to customer interests, compliance shall ensure that (c) you as a customer or business partner of NORD/LB are informed of the general nature of the conflict prior to the utilization of the service.

a) Identification of conflicts of interest

Conflicts of interest might principally arise in connection with our securities transactions in the areas of: issue and placement transactions, securities trading, asset management, the holding of mandates, investment consulting, corporate finance and financial analysis.

In security transactions it is conceivable that different parties may have different interests with regard to the financial nature or result of a service or executed transaction. Competition may exist in a particular business area; financial benefits may lead to the improper unequal treatment of customers or groups of customers or excessive inducements may lead to a situation which is not in the interests of the customer. We therefore supervise business activities and/or information flows, inter alia, if:

- // Relationships exist between our bank and the issuer of financial instruments because, for example, we look after a financial instrument belonging to the issuer, or we look after the issuer itself, on the capital market, or because we recently participated in the management of a syndicate with regard to an issue by this issuer; it is also conceivable that NORD/LB may hold a not insignificant participation in an issuer or in a service provider;
- // Employees have been appointed on behalf of our bank to the supervisory board or to another board of an issuer or service provider and thus personal relationships exist;
- // Business activities undertaken by other divisions of our bank, such as for example in the case of the bank's own account trading, conflict with the customers' orders;
- // Opposing strategies are pursued within the framework of the management of assets or frequent transactions are generated, which are not in the customer's interests;
- // Information exists which is not publicly known;

// NORD/LB receives or grants inducements, particularly payments, from third parties or to third parties;

// Our employees are given benefits to place their own interests above those of the customer in order to achieve the greatest possible turnover or to offer products of one specific supplier in preference to another.

b) Methods and procedures for the avoidance of conflicts of interest

In order to avoid the possibility that improper interests might influence e. g. objective investment advice, order execution, asset management or financial analysis, our employees have been trained to, and are obliged to, report to Compliance circumstances which might lead to significant conflicts of interest. Compliance shall consolidate sensitive information available in the Bank on a confidential basis and shall decide whether the information flows and the business activities of the Bank and its employees should merely be observed in order to ensure further conduct in conformity with the market and regulations or if they should be managed in a targeted manner or blocked.

Business divisions which might regularly have access to sensitive customer and business data shall be classified as confidential areas by Compliance. Confidential areas shall be separated from other areas and from their information and reporting channels either functionally, spatially or through the provision of different IT access rights. Through these measures we shall ensure that persons with contrary interests cannot exercise undue influence upon the activities of employees engaged in the securities business.

All employees are forbidden from the transfer without authorisation of sensitive information or insider information from a confidential area to another area of the Bank or to external third parties. Exceptional cases must receive prior approval from Compliance. This procedure ensures targeted control of this information and precise knowledge of the persons involved.

In order to avoid conflicts of interest, employees must observe the prohibition against insider trading.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Furthermore, they are prohibited from influencing market prices through misleading market activities or other deceitful acts and may not create an irregular market situation through false information or the unlawful nondisclosure of information.

The remuneration of our employees shall not be tied to the success of other business divisions with potentially conflicting interests. In particular, the financial analysts employed by our bank shall be paid remunerated independently from the results of our own-account trading. Customer service officers shall not receive any payments for the conclusion of securities transactions. Our employees are prohibited from accepting personal benefits.

Compliance supervises and evaluates the appropriateness and effectiveness of these precautions and any measures adopted in order to address deficiencies. Thus, for example all the trading transactions of the bank and all the securities transactions conducted by employees are checked on a daily basis for dishonest conduct. Compliance is itself audited by internal auditors and an external accountant. The management board and supervisory board receive a report on the policies, methods and procedures introduced by Compliance for the purpose of the observance of the relevant regulations at least once a year; they are thus able to fulfil their responsibility for the management of the Bank and/or its supervision of the management of conflicts of interest.

c) The disclosure of unavoidable conflicts of interest

If a risk of considerable prejudice to our customer's interests cannot, however, be excluded with sufficient certainty, we shall inform you of the general nature of the conflict prior to the utilization of the relevant service. By these means we wish to ensure that you are always able to make your decision on an informed basis.

Insofar as our Bank accepts from, or pays to, third parties, commissions, charges or other payments in money or money's worth in the course of securities transactions, we would like to explain the following matters to you:

In individual cases NORD/LB receives benefits in connection with the sale of financial instruments from

investment management and security issuing houses. Thus, for example, investment management companies pay sales trail commission for the sale of investment share certificates from the management fees which they collect. Also, transactions with certificates and comparable bonds may result in similar payments; NORD/LB also receives sales commissions in certain cases. Offering premiums are also retained by our bank if we charge them in connection with the sale of securities. These payments serve to constantly adapt the existing high-quality system for the acquisition of information, the preparation of the financial analysis of possible investment products, and the completion of financial instrument transactions on our customer's behalf, to changing framework conditions. At the same time, they allow us to provide comprehensive advice to customers and to offer them products which have been tailored to their needs and legal requirements.

Insofar as we should receive gratuitous benefits from other service providers, such as information material, training, or technical services and equipment, which enable access to information in connection with our securities business, the acceptance of such benefits is not directly connected with the services provided to our customers.

We shall, however, use these benefits in order to provide services which meet the high standards of quality demanded by you and develop these further.

Finally, we would like to advise you that we shall keep you constantly informed of potential conflicts of interest if we forward financial analyses to you or disclose these to the public.

4. Additional information

If you have more detailed questions regarding how we deal with conflicts of interest in securities transactions, our customer advisor or our in-house compliance office are happy to assist you. Further information on this can be found in the Guideline on the Procedures applied in the event of conflicts of interest that can arise in the provision of securities services and additional securities services. This is available upon request from the Compliance office at NORD/LB.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

List of charges and services for securities

Status: 01 April 2019

Deposit facilities

Deposit facilities	Classic - management of securities deposit account by the adviser, online or at the Customer Service Centre**	Direct - online management of securities deposit account
Deposit facilities		
Base fee p. a. per deposit	20.00 €	10.00 €
Volume dependent securities deposit account fee (p. a. of the market/ nominal value of the account balance, for zero coupon bonds this fee applies to the final amount, NORD/LB bonds and SIP-Fonds are free of charge)	0.150 %	0.150 %
Other securities (closed-end real estate funds and types without market value, per drawing p. a.)	6.00 €	6.00 €
Statement of account and debiting	quarterly	quarterly
Special services on request of the customer		
Transfer of registered shares (per transfer)	25.00 €	25.00 €
Refund request (foreign withholding tax on dividends or other withholding tax per request)		
- manual procedure, min. 50.00 € refundable amount	25.00 €	25.00 €
- automated procedure, possible for certain countries	per request 50.00 € per item plus 5.00 €	per request 50.00 € per item plus 5.00 €
Duplicates (per bond)*	25.00 €	25.00 €
Deposit statement issued during the course of the year (per item and statement)*	1.00 €, min. 25.00 €	1.00 €, min. 25.00 €
Individual Segregation (only for business customers)		

In addition, with reference to further information on the protection of customer assets (cf. the following chapter) we also offer "Individual Client Account Segregation".

Setting up individual client account segregation requires joint planning and coordination of the process steps (negotiation of the respective adjustments to IT systems, etc.). Against this background,

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

a potential onboarding process has to be individually tailored to the segregation requirements that you need. The duration and costs of the on-boarding are determined by these requirements.

We determine the expenses associated with on-going costs using a proprietary turnover and account management fee based on your transactions. We would be happy to put together a tailor-made proposal to meet your requirements.

	Classic - management of securities deposit account by the adviser, online or at the Customer Service Centre**	Direct - online management of securities deposit account
Deposit transfer	third party costs only	third party costs only
Actual securities		
Deposit (per type)	100.00 €	100.00 €
Subsequent realization of subscription rights (per transaction)	100.00 €	100.00 €
Redemption of coupons pertaining to interest and dividends (of the gross amount, per presentation)	1.00 %, min. 50.00 €, max. 300.00 €	1.00 %, min. 50.00 €, max. 300.00 €
Redemption of matured securities (per nominal value and presentation)	1.00 %, min. 50.00 €, max. 300.00 €	1.00 %, min. 50.00 €, max. 300.00 €
Coupon renewal (coupons pertaining to interest, profit share and revenue)	100.00 €	100.00 €
Procurement of replacement titles, per transaction*	100.00 €	100.00 €
Exchange of actual securities (NORD/LB issues are free of charge)	100.00 €	100.00 €

Compensation of disbursements

The compensation of disbursements goes by statutory regulations.

Individual Segregation

(for private and commercial customers)

In addition, with reference to further information on the protection of customer assets (cf. the following chapter) we also offer "Individual Client Account Segregation".

The implementation of the Eurex Individual Clearing Model requires joint planning and coordination of the process steps (Negotiation of corresponding contracts, implementation and adaptation of IT systems, etc.) With that said, a potential on-boarding process is individually to the segregation requirements needed for your institution. The duration and costs of the on-boarding are determined by these requirements.

We determine the expenses associated with on-going costs using a proprietary turnover and account management fee based on your transactions. We would be happy to put together a tailor-made proposal to meet your requirements.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Transaction services	Classic - management of securities deposit account by the adviser, online or at the Customer Service Centre**	Direct - online management of securities deposit account
Advisers		
Purchase and sale of securities		
Postage and other expenses are not included in the following rates		
Shares, certificates, stock warrants, listed investment funds	1.00 %, min. 29.90 €	
Commission (of the market value, per transaction)		
Fixed-interest securities	0.50 %, min. 29.90 €	
Commission (of the nominal value, per transaction)		
For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds is free of charge		
For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds and SIP-Fonds is free of charge		
Purchase	At the relevant issue price	
Sale	At the relevant return price	
Other domestic and foreign investment certificates		
Purchase	At the relevant issue price	
Sale	At the relevant return price, minus 1 % commission, min. 29.90 €	
Transaction services	Classic - management of securities deposit account by the adviser, online or at the Customer Service Centre	Direct - online management of securities deposit account
Access method of telephone orders service		
(does not apply to the branches Bremen and Oldenburg)		
Purchase and sale of securities		
Postage and other expenses are not included in the following rates		
Shares, certificates, stock warrants, listed investment funds	0.75 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 29.90 €
Commission (of the market value, per transaction)		
Fixed-interest securities	0.50 %, min. 19.90 €	0.50 %, min. 29.90 €
Commission (of the nominal value, per transaction)		

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds is free of charge

For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds and SIP-Fonds is free of charge

Purchase	At the relevant issue price	At the relevant issue price
Sale	At the relevant return price	At the relevant return price

Other domestic and foreign investment certificates

Purchase	At the relevant issue price	At the relevant issue price
Sale	At the relevant return price, minus 1 % commission, min. 29.90 €	At the relevant return price, minus 1 % commission, min. 29.90 €

Transaction services
Online access method

Classic - management of securities deposit account by the adviser, online or at the Customer Service Centre**

Direct - online management of securities deposit account

Purchase and sale of securities

Postage and other expenses are not included in the following rates

Shares, certificates, stock warrants, listed investment funds	0.50 %, min. 19.90 €	0.35 %, min. 14.90 €
Commission (of the market value, per transaction)		

Fixed-interest securities	0.25 %, min. 19.90 €	0.25 %, min. 14.90 €
Commission (of the nominal value, per transaction)		
For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds is free of charge		

For Zero Coupon Bonds pertaining to the final amount; the initial purchase of NORD/LB bonds and SIP-Fonds is free of charge

Purchase	At the relevant issue price	At the relevant issue price
Sale	At the relevant return price	At the relevant return price

Other domestic and foreign investment certificates

Purchase	At the relevant issue price	At the relevant issue price
Sale	At the relevant return price, minus 0,50 % commission, min. 19.90 €	At the relevant return price, minus 0,50 % commission, min. 14.90 €

Capital transactions

Subscription right/partial right, commission (of the market value), min. nominal value 50 €	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
---	----------------------	---------------------

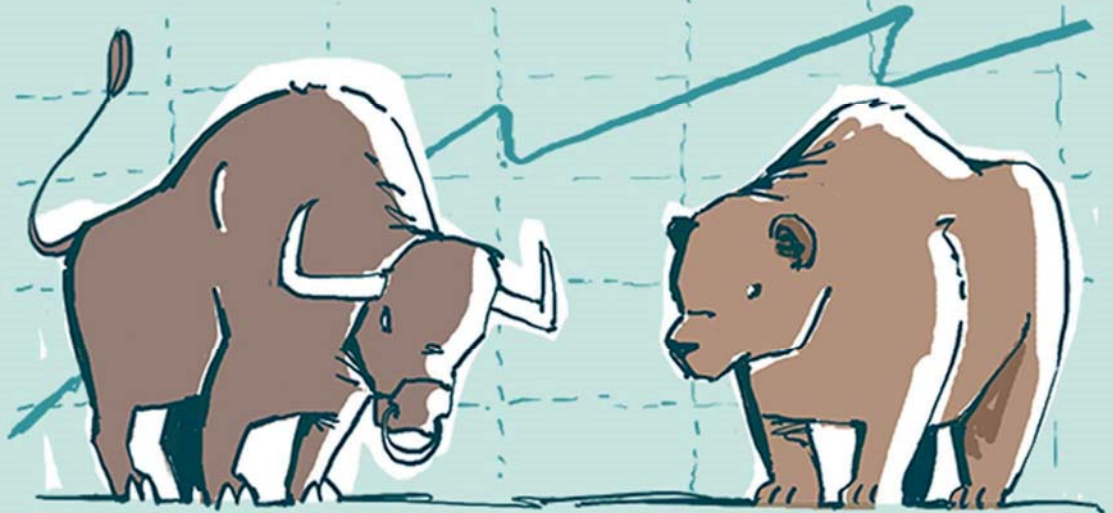
PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Subscription of new shares, commission (of the market value)	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Subscription of convertible debentures, commission (of the market value)	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Exercising right to exchange convertible bonds into shares (of the nominal value, plus supplement)	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Exercising stock warrants in shares (of the option price)	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Liquidation proceeds, commission (of the market value)	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Acquiring shares in the context of an optional dividend	1.00 %, min. 19.90 €	1.00 %, min. 9.90 €
Miscellaneous:		
Limits		
Setting up / changing an end-of-month / daily limit	Each time 10.00 €	Each time 5.00 €
Assessment fee	If the sale took place in a depository which is different from the depository where the customer's portfolio is booked, an assessment fee will be charged. The amount depends on the depository.	If the sale took place in a depository which is different from the depository where the customer's portfolio is booked, an assessment fee will be charged. The amount depends on the depository.
Third-party costs of domestic and foreign stock exchanges and other trading venues	Different fees, costs or taxes apply at the respective trading venue. Depending on the stock exchange and / or security type, different calculation bases or flat-rate prices may apply in particular to the trading venue fee (brokerage fees). Detailed information on the amount of external costs for your individual securities order can be obtained from your securities advisor.	
Compensation of disbursements		
The compensation of disbursements goes by statutory regulations.		

* where caused by circumstances within the responsibility of the customer

** Customer Service Centre: does not apply to the branches Bremen and Oldenburg

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.



Examples of cost calculations

For a better understanding of the costs, below please find some example cost calculations for common business transactions.

Here, you should take into account that these cost calculations are provided by way of example.

The costs that are shown will not necessarily correspond to the costs that would be incurred for your desired transactions.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for the purchase of a sample share - commission-based business

I) Order information

Product	Sample share	
Type of transaction	Purchase	Commission-based business
Number of shares	100.00	
Price on previous day (closing price)	EUR 100.00	
Market value	EUR 10,000.00	

II) Breakdown of cost items and distribution fees (inducements)

Entry charges (one-off)		
Service charges ¹	€ 100.00	1.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Ongoing charges (p.a.)		
Service charges ²	€ 23.80	0.24 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Exit charges		
Service charges ¹	€ 100.00	1.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary for an assumed holding period of 5 years

Service charges ¹	€ 319.00	0.64 % p.a.
Product costs	€ 0.00	0.00 % p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 319.00	0.64 % p.a.
thereof inducements for the Bank	€ 0.00	0.00 % p.a.

Explanation: For a holding period of 5 years, charges and fees of EUR 275.00 would be incurred. The calculation is based on the assumption that the product would be held for 5 years. Actual costs may vary depending on, e.g., the holding period as well as the performance of the product. The figures are estimates and could turn out to be different in the future.

¹ If executed via domestic or foreign stock exchanges or other trading venues, third-party costs may be incurred in the form of various fees (for example brokerage commissions), costs or taxes as specified by the stock exchange / trading venue

² The amount of the service charges (securities account fees) that are levied depends on the level of the balance of the securities account.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

IV) Impact of costs on the return

The costs reduce the return from the investment during the assumed holding period as follows:

	Year 1	Year 2	Year 3	Year 4	Year 5
Service charges					
Entry charges	1.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a. ¹	0.24 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	1.00 %
Product costs					
Entry charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Foreign currency charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Total costs	1.24 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %	1.24 %

Explanation: The above table shows the impact of the costs on the return. The costs that have been taken into account here are both the costs that are taken directly from the product as well as the costs that are charged by the Bank.

// In the first year, the entry charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the purchase of the product.

// In the final year, the exit charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the sale of the product.

// The ongoing charges are incurred in the same amount in each year.

The presentation is limited to the effects of the costs and does not contain any assertions about the level of the return as this cannot be predicted.

¹ Annual fee for securities account in the amount of EUR 23.80. Converted into % based on the amount invested. The charges for the securities account depend on the value of the holdings in your account, i.e. if other products are posted to your account and a higher securities account volume is achieved, then the charges for the account may increase. Any minimum charges (e.g. for securities account fees) have not been taken into account in the example presentation.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for the purchase of a sample bond Commission-based business

I) Order information

Product	Sample bond	
Type of transaction	Purchase	Commission-based business
Nominal	EUR 10,000,00	
Price on previous day (closing price)	100.00 %	
Market value	EUR 10,000.00	

II) Breakdown of cost items and distribution fees (inducements and margins)

Entry charges (one-off)		
Service charges ¹	€ 50.00	0.50 %
Product costs ²	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Ongoing charges (p.a.)		
Service charges ³	€ 23.80	0.24 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Exit charges		
Service charges ¹	€ 50.00	0.50 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary for an assumed holding period of 5 years

Service charges ¹	€ 219.00	0.44 % p.a.
Product costs	€ 0.00	0.00 % p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 219.00	0.44 % p.a.
thereof inducements for the Bank	€ 0.00	0.00 % p.a.

Explanation: For a holding period of 5 years, charges and fees of EUR 219.00 would be incurred. The calculation is based on the assumption that the product would be held for 5 years. Actual costs may vary depending on, e.g., the holding period as well as the performance of the product. The figures are estimates and could turn out to be different in the future.

¹ If executed via domestic or foreign stock exchanges or other trading venues, third-party costs may be incurred in the form of various fees (for example brokerage commissions), costs or taxes as specified by the stock exchange / trading venue

² on the market value

³ The level of the service charge (securities account charges) depends on the value of the holdings in the securities account.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

IV) Impact of costs on the return

The costs reduce the return from the investment during the assumed holding period as follows:

	Year 1	Year 2	Year 3	Year 4	Year 5
Service charges					
Entry charges	0.50 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a. ¹	0.24 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.50 %
Product costs					
Entry charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Foreign currency charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Total costs	0.74 %	0.24 %	0.24 %	0.24 %	0.74 %

Explanation: The above table shows the impact of the costs on the return. The costs that have been taken into account here are both the costs that are taken directly from the product as well as the costs that are charged by the Bank.

// In the first year, the entry charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the purchase of the product.

// In the final year, the exit charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the sale of the product.

// The ongoing charges are incurred in the same amount in each year.

The presentation is limited to the effects of the costs and does not contain any assertions about the level of the return as this cannot be predicted.

¹ Annual fee for securities account in the amount of EUR 23.80. Converted into % based on the amount invested. The charges for the securities account depend on the value of the holdings in your account, i.e. if other products are posted to your account and a higher securities account volume is achieved, then the charges for the account may increase. Any minimum charges (e.g. for securities account fees) have not been taken into account in the example presentation.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for the sale of a sample share¹

I) Order information

Product	Sample share	
Type of transaction	Sale	Commission-based business
Number of shares	200.00	
Price on previous day (closing price)	50.00 EUR	
Market value	EUR 10,000,00	

II) Breakdown of cost items

Exit charges (one-off upon sale)

Service charges ¹	€ 100.00	1.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary

Service charges	€ 100.00	1.00% p.a.
Product costs	€ 0.00	0.00 % p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 100.00	1.00% p.a.

¹ The example cost calculation relates to the sale of a share. Different service charges can be incurred for other product categories.

² If executed via domestic or foreign stock exchanges or other trading venues, third-party costs may be incurred in the form of various fees (for example brokerage commissions), costs or taxes as specified by the stock exchange / trading venue

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for the purchase of a sample fund brokering transaction

I) Order information

Product	Sample fund	
Type of transaction	Purchase	Brokering business
Issuing premium (of issuing price)	3.614 %	
Settlement amount	EUR 10,000.00	

II) Breakdown of cost items and distribution fees (inducements and margins)

Entry charges (one-off)		
Service charges¹	€ 361.40	3.61 %
<i>thereof inducement for the Bank</i>	€ 361.40	3.61 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Ongoing charges (p.a.)		
Service charges^{1,2}	€ 57.69	0.58 %
<i>thereof inducement for the Bank</i>	€ 42.22	0.42 %
Product costs	€ 125.49	1.25 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Exit charges (return to issuer)		
Service charges	€ 0.00	0.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary for an assumed holding period of 5 years

Service charges	€ 649.85	1.30% p.a.
Product costs	€ 627.45	1.25% p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 1,277.30	2.55% p.a.
thereof inducements for the Bank	€ 572.50	1.15% p.a.

Explanation: For a holding period of 5 years, charges and fees of EUR 1,277.30 would be incurred. The calculation is based on the assumption that the product would be held for 5 years. Actual costs may vary depending on, e.g., the holding period as well as the performance of the product. The figures are estimates and could turn out to be different in the future.

¹ on the settlement amount

² The custody fee included in the service costs is charged depending on the amount of the custody account.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

IV) Impact of costs on the return

The costs reduce the return from the investment during the assumed holding period as follows:

	Year 1	Year 2	Year 3	Year 4	Year 5
Service charges					
Entry charges	3.61 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a. ¹	0.58 %	0.58 %	0.58 %	0.58 %	0.58 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Product costs					
Entry charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	1.25 %	1.25 %	1.25 %	1.25 %	1.25 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Foreign currency charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Total costs	5.44 %	1.83 %	1.83 %	1.83 %	1.83 %

Explanation: The above table shows the impact of the costs on the return. The costs that have been taken into account here are both the costs that are taken directly from the product as well as the costs that are charged by the Bank.

// In the first year, the entry charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the purchase of the product.

// The ongoing charges are incurred in the same amount in each year.

The presentation is limited to the effects of the costs and does not contain any assertions about the level of the return as this cannot be predicted.

¹ In the ongoing charges p.a. an annual charges for securities of EUR 15,47 is included. The charges for the securities account depend on the value of the holdings in your account, i.e. if other products are posted to your account and a higher securities account volume is achieved, then the charges for the account may increase. Any minimum charges (e.g. for securities account fees) have not been taken into account in the example presentation.

Note: This sample fund is a share fund

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for the purchase of a sample certificate - commission-based business

I) Order information

Product	Sample certificate	
Type of transaction	Purchase	Commission-based business (subscription phase)
Nominal	EUR 10,000.00	
Price	100.00 %	
Market value	EUR 10,000.00	

II) Breakdown of cost items and distribution fees (inducements and margins)

Entry charges (one-off)		
Service charges¹	€ 100.00	1.00 %
<i>thereof inducement for the Bank</i>	€ 100.00	1.00 %
Product costs	€ 60.00	0.60 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Ongoing charges (p.a.)		
Service charges²	€ 20.00	0.20 %
<i>thereof inducement for the Bank</i>	€ 0.00	0.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Exit charges (return to issuer)		
Service charges	€ 0.00	0.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary for an assumed holding period to maturity (term of 2 years)

Service charges	€ 140.00	0.70 % p.a.
Product costs	€ 60.00	0.30 % p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 200.00	1.00 % p.a.
thereof inducements for the Bank	€ 100.00	0.50 % p.a.

Explanation: For a holding period to maturity, charges and fees of EUR 200.00 would be incurred. The calculation is based on the assumption that the product will be held for the whole of the recommended holding period. Actual costs may vary depending on, e.g., the holding period as well as the performance of the product. The figures are estimates and could turn out to be different in the future.

¹ on the market value

² The level of the service charge (securities account charges) depends on the value of the holdings in the securities account.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

IV) Impact of costs on the return

The costs reduce the return from the investment during the assumed holding period as follows:

	Year 1	Year 2
Service charges		
Entry charges	1.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a. ¹	0.20 %	0.20 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %
Product costs		
Entry charges	0.60 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	0.00 %	0.00 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %
Foreign currency charges		
	0.00 %	0.00 %
Total costs	1.80 %	0.20 %

Explanation: The above table shows the impact of the costs on the return. The costs that have been taken into account here are both the costs that are taken directly from the product as well as the costs that are charged by the Bank.

// In the first year, the entry charges have a particular impact, i.e. the costs connected with the purchase of the product.

// The ongoing charges are incurred in the same amount in each year.

The presentation is limited to the effects of the costs and does not contain any assertions about the level of the return as this cannot be predicted.

¹ Annual charges for securities account in the amount of EUR 20.00. Converted into % based on the amount invested. The charges for the securities account depend on the value of the holdings in your account, i.e. if other products are posted to your account and a higher securities account volume is achieved, then the charges for the account may increase. Any minimum charges (e.g. for securities account fees) have not been taken into account in the example presentation.

Note: This sample certificate is an equity-linked bond with a two-year term.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Example of a statement of costs for a sample OTC derivative brokering transaction**I) Order information**

Product	Interest-rate swap
Type of transaction	Brokering business
Nominal	EUR 400,000.00
Premium (not relevant for interest rate swaps)	EUR 0.00
Exchange value (not relevant for interest rate swaps)	–
Payment	The costs will be compensated by the initial negative market value.

II) Breakdown of cost items and distribution fees (inducements and margins)

Entry charges (one-off)		
Service charges	€ 4,863.78	1.22 %
thereof inducement for the Bank	€ 4,863.78	1.22 %
Product costs	€ 1,215.95	0.30 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Ongoing charges (p.a.)		
Service charges	€ 0.00	0.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %
Exit charges when due (unique)		
Service charges	€ 0.00	0.00 %
Product costs	€ 0.00	0.00 %
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 %

III) Cost summary for an assumed holding period of at least 5 years

Service charges	€ 4,863.78	0.24 % p.a.
Product costs	€ 1,215.95	0.06 % p.a.
Foreign currency charges	€ 0.00	0.00 % p.a.
Total costs	€ 6,079.73	0.30% p.a.
thereof inducement for the Bank	€ 4,863.78	0.24% p.a.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

IV) Impact of costs over time

The costs reduce the return from the investment during the assumed holding period as follows:

	Year 1	Year 2	Year 3	Year 4	Year 5
Service charges					
Entry charges	1.22 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Product costs					
Entry charges	0.30 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Ongoing charges p.a.	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Exit charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Foreign currency charges	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %
Total costs	1.52 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %	0.00 %

Explanation: The costs do not have to be paid, nevertheless, the contract commences with an initial negative market value. Over the term of the product no further costs are incurred.

Note: The specified costs are best estimates. Actual costs may differ due to market fluctuations. If the transaction is cancelled before the end of the term (closed) then the customer could incur further costs.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

General information for customers on inducements

We offer comprehensive information and personalised advice for your investments in securities and other financial instruments. In particular, we provide highly competent support in helping you make an investment decision based on your knowledge and experience in transactions with financial instrument, your financial circumstances, investment objectives and your willingness to accept risk. Following your investment decision, we will continue to provide you with support. Upon request, together with you and within the scope of an advisory meeting, we can check to see if your financial instruments are still appropriate for you. Such service entails cost-intensive organisation and staffing on our part. To cover this expenditure, we receive **distribution fees** in the form of **inducements** from our distribution partners, or **margins**. Inducements can take the form of **cash payments or other benefits with a monetary value**.

If **inducements take the form of cash payments**, then a distinction has to be made between one-off and ongoing payments. **One-off inducements** from our distribution partners are received as one-off revenue-based remuneration. **Ongoing inducements** are paid to us by our distribution partners as recurring, asset-based remuneration. We can receive benefits in the form of pecuniary benefits (sometimes only as minor benefits) from product and service providers.

Essentially, these are:

- // Employee-oriented benefits in kind, e.g.
 - technical support services,
 - Information material on products and the market,
 - general sales support.
- // Employee-oriented services, e.g.
 - training measures,
 - Lectures, specialist conferences;
 - Consulting services.
- // Customer-oriented goods and services, e.g.
 - sales material,
 - customer events and lectures,
 - Give-aways.

Through organisational arrangements, we are thus always able to ensure that these inducements do not conflict with your interests as a client, but are used instead to maintain and further enhance the quality of the securities services and additional securities services that we provide.

That notwithstanding, we always inform you of the current distribution remuneration we receive from our distribution partners in respect of financial instruments we recommend, in particular

- // for the distribution of units in investment funds,
- // for the distribution of certificates or structured bonds,
- // for the distribution of interest-bearing securities or
- // for the subscription of new equity issues

In addition, please find below the following general information on inducements. With this we intend to create the greatest possible transparency as a basis on which to make your investment decision.

1. Units in investment funds

One-off inducements

Investment companies apply a front-end load when issuing fund shares that can accrue to us, on a one-off basis, up to the amount of the total front-end load. The level of the front-end load is generally, for example, for bond funds between 0.1 to 5.5% of the net asset value of the share and for equity funds, open-ended property funds, umbrella funds and/or mixed funds between 0.1 to 5.75% of the net asset value of the share.

Ongoing inducements

In the case of "No-Load Funds", as they are known, no front-end load is applied, but instead an ongoing inducement is withdrawn from the fund's assets to improve the quality of our service provision. We receive these ongoing inducements for the period during which you keep your fund shares in your securities account.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

In some cases, we also receive an ongoing inducement for funds with a front-end load; this typically turn out to be lower than for funds with no front-end load. The level of the ongoing inducement is generally, for example, for bond funds between 0.1 to 1.2% p.a., for equity funds between 0.1 and 1.5% p.a., open-ended property funds between 0.1 and 0.6% p.a. and for mixed or umbrella funds between 0.1 to 1.7% p.a.

2. Certificates or structured bonds

One-off inducements

For the distribution of certificates or structured bonds we receive one-off inducements from issuers or distribution partners, the level of which varies depending on the structure of the product (Bonus Certificates, Express Certificates, Alpha Certificates, interest-bearing bonds, Capital Protection Certificates, etc.) and the term of the product; these inducements are usually between 0.1 and 5% of the market value or the nominal amount/nominal value.

Ongoing inducements

In exceptional cases, ongoing inducements also apply in connection with the distribution of certificates or structured bonds, for as long as the corresponding certificates are held in your securities deposit account. If ongoing inducements are also paid for the distribution of certificates or structured bonds, then the ongoing inducement is usually between 0.1 and 1.5% p.a.

3. Interest-bearing securities

For the distribution of interest-bearing securities, we receive, depending on the term of the respective security, one-off inducements from the issuer or distribution partner that usually amount to between 0.1 and 3.5% of the market value or the nominal amount/nominal value.

4. New equity issues

For subscriptions to new equity issues, in some cases, we receive a fee from the issuer after the allocation based on the total allocation sum (one-off inducement). The framework conditions are determined by the issuer and/or issuing syndicate. Your client adviser will inform you as to whether and to what extent we receive inducements.

5. Other financial instruments

If we accept inducements aimed at improving the quality of our services in respect of other financial instruments, we will inform you separately in the individual case.

Status: 03/2021

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Conditions for a securities savings plans

1. Service ranges

The Bank offers the possibility of setting up a securities savings plan for specific securities (“eligible savings plan investments”). Customers instruct the Bank to purchase units in eligible savings plan investments at regular time intervals (savings period) for the agreed execution dates and for a counter value agreed in advance (savings installment). The investment can only be made in conjunction with a securities account that is managed at the Bank.

2. Allocation to the securities account

(1) Saving

The purchased units and, if applicable, fractional units of the eligible savings plan investments will be credited to the securities accounts of the customers. Fractional units will be calculated to up to four decimal places and rounded up or down to two decimal places.

(2) Payment modalities

The Bank will debit the agreed savings installment amount from the customer’s specified settlement account as at the agreed execution date in accordance with the clearing modalities of the eligible savings plan investment. In the case of an account held with a third-party institution, this is collected by direct debit from the latter.

The customer is obliged to ensure that there are sufficient funds (credit balance or credit line) in the settlement account on each execution date. If there are not sufficient funds available in the settlement account, then the Bank is entitled to disregard the execution date (suspension or reversal).

(3) Dealing with profit distributions/income

To the extent that the eligible savings plan investments distribute profits, after the deduction of any taxes and duties that have to be withheld the remaining profit distribution will be credited to the customer’s specified settlement account.

For fractions, the income is credited pro rata.

As part of a securities savings plan, the customer can also agree with the bank on the reinvestment of the income that remains after deduction of any taxes and duties to be withheld.

Exchange Traded Funds (ETFs) are excluded from this.

(4) Exchange-traded securities

For savings plans in exchange-traded securities, the relevant execution principles apply with the restriction that the customer cannot issue any instructions.

3. Withdrawals from the securities account

(1) Sale/partial sale

Customers can also place an order with the Bank to sell all or some of the units that have already been saved up. The Bank will credit the proceeds from the sale, after withholding any taxes and duties and, if applicable, execution costs (according to the list of prices and services), to the customer’s specified settlement account. The securities savings plan will remain unaffected by such a sale.

(2) Transfers

Customers can request the transfer of some or all of the eligible savings plan units that are in their securities accounts. It might not be possible to transfer fractional units, which were purchased as part of the securities savings plan, and these will remain in the customers’ securities accounts.

If a transfer is carried out due to the termination of the securities account agreement, then the Bank would be entitled to sell the fractional units that have remained in the securities account. The regulation from 3.(1) applies accordingly.

4. Suspension/modification/cancellation of the securities savings plan

(1) Suspension

The customer can suspend the securities savings plan. The Bank can only take the suspension of the

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

securities savings plan into account on the next execution date if it receives an explanation for the suspension by one business day² before the next execution date at the very latest.

Despite the suspension, the securities savings plan shall remain in force; the customer will be able resume the securities savings plan at any time. Once the securities savings plan has been resumed the suspended savings installments will not be invested retroactively.

The Bank has the right to suspend the execution of the securities savings plan if it is not possible to purchase units in the eligible savings plan investment due to circumstances beyond the Bank's control (for example: temporary fund closure).

The Bank will only resume the securities saving plan as soon as it is possible, once again, to purchase units in the eligible savings plan investment.

(1.1) Listed Securities

If no valid purchase price (example: temporary trading or price suspension) can be determined for the security traded on a stock exchange at the time the order is transmitted to the execution venue at the relevant execution venue (in accordance with the respective execution principles), no execution will take place on this execution date.

(2) Changes

The customer may increase or reduce the savings installment payments for the securities savings plan, in accordance with the parameters specified by the Bank, and the customer may also change the execution date. The Bank can only take the request to change the securities savings plan into account on the next execution date if it receives request by one business day before the next execution date at the very latest. The change will be taken into account as of the next subsequent savings installment payment.

(3) Change of generic characteristics for securities

In the case of mergers of investment funds, renaming or a change in the securities identification number/ISIN of eligible savings plan investments, the

Bank will promptly notify customers following receipt of such knowledge. In this case, the securities savings plan can be converted into savings plan Investments with the existing securities identification number / ISIN will no longer be continued and will therefore be deleted.

If the customer would like to continue the securities savings plan in investments that are eligible for a savings plan with a new securities identification number / ISIN or a merged investment fund or security, a new securities savings plan must be concluded for this.

(4) Unwinding an eligible savings plan investment

Investments that are eligible for savings plans can end for various reasons (e.g. expiry of time, liquidation).

If a savings plan-compatible investment ends, the Sparkasse is entitled to sell the shares or fractions of shares of the savings-plan-compatible investment on the last valuation day and credit the equivalent value to the clearing account, unless otherwise instructed by the customer.

(5) Cancellation

The customer can cancel the securities savings plan at any time and without giving reasons. The request to cancel the securities savings plan has to be received by the Bank one business day prior to the next execution date at the very latest. Otherwise the securities savings plan will be executed once again as at the next execution date and only subsequently terminated. Upon the timely receipt of the cancellation, the Bank will cease to debit the savings installment payment and to invest in the contractually agreed eligible savings plan investment. The units that have already been saved will remain unaffected by the cancellation.

5. Special regulations for the share savings plan

(1) Corporate Actions

Instructions for corporate actions can only be issued for whole pieces and not for fragments.

² The bank's business days are based on the bank's list of charges and services

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

If a monetary remuneration results from a corporate action, proportionate fractions are taken into account.

(2) Voting rights from share ownership

Voting rights for the general meeting can only be exercised for whole pieces.

(3) No transfer options for fragments

Fractions of shares in the custody account cannot be transferred.

(4) Communication of statements

The bank will notify the customer as soon as possible, but no later than the first business day after the execution of the order

a message on a permanent data carrier confirming the execution of the order.

6. Statements

The Bank will notify the customer at least at half yearly intervals about the execution of regular purchases of units as part of the securities savings plan.

7. Other provisions

In addition, the general terms and conditions, the conditions for securities transactions as well as the list of the Bank's prices and services shall apply.

Status: March 2021

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Safe custody accounts – Protection of assets held by customers

Securities will be held in safe custody in accordance with the conditions for securities transactions. According to them, if the securities are eligible for collective safe custody then they will generally be held with the German central depository (Clearstream Banking AG, Frankfurt). In this case, the same type of securities will be held either in the form of a global certificate, or in the form of a pooled portfolio of individual certificates (collective holdings of securities). The customer will be given co-ownership of this collective holding of securities.

For the implementation of the safe custody and settlement of securities transactions the Bank, or one of its mandated intermediate depositories at the German central depository - as provided by the German Safe Custody Act - maintains a collective deposit account to which the securities holdings of all the customers are posted together. The statutory rules provide for the comprehensive protection of customer assets. The collective deposit account is managed like an external account so that the securities posted to it do not guarantee the liabilities of the Bank or those of the intermediate depository. In the event of the insolvency of the Bank or of the intermediate depository, the customer, as a (proportional) co-owner of the collective deposit account, - independently of other customers, - would be entitled to demand the transfer of his securities holdings to a securities account at another bank (the so-called "selection right" (Aussonderung) in accordance with the German Insolvency Code).

Alternatively, the customer can request the Bank to set up a separate deposit account at the German central depository for his securities holdings and to post these there separately from the holdings of other customers (so-called "Individual Client Account Segregation"). In such a case, too, the client will have pro-

portional co-ownership and in the event of an insolvency would be able to claim a selection right for his securities holdings, in the same way as for a collective deposit account. Individual Client Account Segregation entails additional costs (cf. list of prices and services) and, in individual cases, may result in longer processing times.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Special Conditions for Dealings Securities

Status: November 2018

Note: The General Terms of Business (ToBs) and the Specific Terms of Business pursuant to clause 1 (2) of the ToBs of NORD/LB apply to the business relationship between the customer and NORD/LB including its institution incorporated under public law with partial legal capacity "Braunschweigische Landessparkasse" (BLSK). Pursuant to §13 NORD/LB State Treaty, rights and obligations established in the name of BLSK are equally such of NORD/LB. Declarations delivered or received by BLSK shall be effective for and against NORD/LB. NORD / LB including their legally authorized institution BLSK is referred to in the following terms as the "Bank".

These Special Conditions shall govern the purchase or sale as well as the safe custody of securities, even if the corresponding rights are not represented by certificates (hereinafter: "securities").

Securities transactions

1. Forms of securities transactions / Client's waiver of surrender of distribution fees

(1) Commission transactions/fixed-price transactions

The Bank and the customer shall conclude securities transactions in the form of commission transactions (2) or fixed-price transactions (3).

(2) Commission transactions

If the Bank executes orders placed by its customer for the purchase or sale of securities in the capacity of a commission agent, it shall conclude for the customer's account a purchase or sale transaction with another market participant or a Central Counterparty (execution transaction) or it shall engage another commission agent (intermediate commission agent) to conclude an execution transaction. In electronic trading on an exchange, the customer's order may also be executed directly against the Bank or the intermediate commission agent if the terms and conditions for trading on the exchange permit this.

(3) Fixed-price transactions

in a purchase contract; the Bank shall accordingly take delivery of the securities as purchaser from the customer or it shall deliver the securities as seller to the customer. The Bank shall charge the customer

the agreed price plus where interest bearing bonds are concerned accrued interest.

(4) Client's waiver of surrender of distribution fees

The bank receives in connection with securities transactions that it concludes with clients on units in investment funds, certificates or structured bonds, interest-bearing securities and other financial instruments revenue-related payments from third parties (e.g. capital management companies, EU management companies, foreign management companies, certificate/bond issuers, other investment service companies, including those in the Sparkassen-Finanzgruppe [German Savings Bank Financial Group]), which the latter pay to the bank for distribution of the securities ("distribution fees")

Distribution fees are paid as one-off and as regular distribution fees. One-off distribution fees apply for the distribution of units in investment funds, certificates or structured bonds and interest-bearing securities. These are paid to the bank by third parties as a one-off, revenue-based fee.

The level of the one-off distribution fees is generally, for example, for bond fund between 0.1 and 5.5% of

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

the net asset value of the share, for equity funds, open-ended property funds and mixed and/or umbrella funds between 0.1 to 5.75% of the net asset value of the share, for certificates and structured bonds between 0.1 and 5% of the nominal amount and for interest-bearing securities between 0.1 to 3.5% of the nominal amount. Regular distribution fees apply in connection with the distribution of units in investment funds and, in exceptional cases, in connection with the distribution of certificates or structured bonds and interest-bearing securities. These are paid to the bank by the third party as recurring, asset-based fees. The level of the regular distribution fee is generally, for example, for bond funds between 0.1 to 1.2% p.a., for equity funds between 0.1 and 1.5% p.a., open-ended property funds between 0.1 and 0.6% p.a. and for mixed or umbrella funds between 0.1 to 1.7% p.a. If regular distribution fees are paid also for the distribution of certificates or structured bonds and interest-bearing securities, then the regular distribution fee is usually between 0.1 and 1.5% p.a. Details of the distribution fees will be provided by the bank to the client prior to entering into a securities transaction.

The client consents to the bank retaining the distribution fees paid to it by the third party, provided the bank is permitted to accept the distribution fees under the provisions of the Wertpapierhandelsgesetz WpHG [German Securities Trading Act] (in particular § 70 WpHG). To this effect, the client and the bank reach an agreement in deviation from the legal provisions on the right to management services (§§ 675, 667 BGB [German Civil Code], 384 HGB [German Commercial Code]), whereby the client derives no claim against the bank for the surrender of the distribution fees.

Without this agreement, the bank - with all securities transactions concluded between the bank and the client subject to the applicability of the right to management services - would have to surrender the distribution fees to the client.

2. General principles of order execution for securities transactions

The Bank shall execute securities transactions on the basis of its execution policy applicable at the time. The execution policy shall form part of the Special Conditions. The Bank shall be authorised to amend the execution policy in accordance with supervisory requirements. The Bank shall inform the customer of any amendments to the execution policy.

Special rules for commission-based transactions

3. Practices/notification/price

(1) Validity of legal provisions/practices/terms and conditions

Execution transactions shall be subject to the legal provisions and business conditions (practices) for securities trading applicable at the execution venue; in addition, the General Business Conditions of the Bank's contracting party shall apply.

(2) Notification

The Bank shall notify the customer without undue delay of the execution of the order. If the customer's order was executed directly against the Bank or the intermediate commission agent in electronic trading on an exchange, this need not be notified separately.

(3) Price of the execution transaction/remuneration/expenses

The Bank shall charge the customer the price of the execution transaction. It shall be entitled to charge its remuneration. The compensation of the bank's disbursements goes by statutory regulations.

4. Requirement of an adequate credit balance /securities holding

The Bank shall be required to execute orders or to exercise subscription rights only to the extent that the customer's credit balance, a loan available for securities trading, or the customer's securities holding are adequate for execution. If the Bank does not execute all or part of the order, it shall advise the customer thereof without undue delay.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

5. Fixing of price limits

The customer may, when placing orders, stipulate to the Bank price limits for the execution transaction (orders with price limits).

6. Period of validity of customer orders unlimited in time

(1) Orders without price limits

An order without price limits shall be valid in accordance with the execution policy (section 2) for one trading day only; if the order for same day execution is not received in time to allow it to be dealt with in the normal course of business, it shall be valid for the next trading day. If the order is not executed, the Bank shall advise the customer thereof without undue delay.

(2) Orders with price limits

An order with price limits shall be valid until the last trading day of the current month (month-end). Unless it is executed on the same day, an order received on the last trading day of a particular month shall be valid in accordance with the execution policy (section 2) for the next month. The Bank shall advise the customer without undue delay of the period of validity of the customer's order.

7. Period of validity of orders for the purchase or sale of subscription rights

Orders without price limits for the purchase or sale of subscription rights shall be valid for the duration of trading in such subscription rights. Orders with price limits for the purchase or sale of subscription rights shall become void upon expiry of the penultimate day of trading in such subscription rights. The period of validity of orders for the purchase or sale of foreign subscription rights shall be determined according to the relevant foreign practices. The handling of subscription rights belonging to the customer's securities holding on the last day of trading in subscription rights shall be governed by section 15 (1).

8. Expiration of pending orders

(1) Dividend payments, other distributions, granting of subscription rights, capital increase from the issuer's funds.

In the event of dividend payments, other distributions, the granting of subscription rights or a capital increase from the issuer's funds, orders with price limits for the purchase or sale of shares at German execution venues shall expire at the close of business on the trading day on which the shares, including the aforementioned rights, are last traded if the rules and regulations of the execution venue provide for expiration. In the event of a change in the portion of paid in capital of partly-paid shares or in the nominal value of shares or in the event of a share split, orders with price limits shall expire at the close of business on the trading day preceding the day as of which such shares are quoted with an increased portion of paid-in capital or with the changed nominal value or with a share split.

(2) Suspension of the quotation

In the event that price determination does not take place at a German execution venue due to special circumstances affecting the issuer (suspension of the quotation), all customer orders for the securities concerned for execution at this execution venue shall expire if the terms and conditions of the execution venue provide therefore.

(3) Execution of customer orders at foreign execution venues

The execution of customer orders at foreign execution venues shall be governed in this respect by the customs and practices of the foreign execution venues.

(4) Notification

The Bank shall notify the customer without undue delay of the expiration of a customer order.

9. Liability of the Bank in commission transactions

The Bank shall be liable for the proper settlement of the execution transaction by its contracting party or

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

the contracting party of the intermediate commission agent. If the Bank engages an intermediate commission agent, it shall be liable, until the conclusion of an execution transaction, only for the exercise of due care in the selection and instruction of such agent.

Settlement of securities transactions

10. Settlement in Germany as a general rule

The Bank shall settle securities transactions in Germany, unless the following conditions or an agreement to the contrary provide for acquisition of the securities abroad.

11. Acquisition in Germany

When settling a securities transaction in Germany, the Bank shall, if the securities are eligible for collective safe custody with the German central depository (Clearstream Banking AG), provide the customer with co-ownership of these collective securities deposits – collective securities account credit (GS-Gutschrift). If securities are not eligible for collective safe custody, the customer shall be provided with sole ownership of the securities. The Bank shall keep these securities for the physically segregated from its own holdings and from those of third parties (Streifbandverwahrung).

12. Acquisition abroad

(1) Acquisition agreement

The Bank acquires securities abroad if

- // it executes abroad purchase orders in domestic or foreign securities in the capacity of a commission agent, or
- // it sells the customer by way of a fixed price transaction foreign securities which are not traded in Germany either on or off-exchange, or
- // it executes purchase orders in foreign securities in the capacity of a commission agent or sells the customer by way of a fixed-price transaction foreign securities which, although traded on or off-exchange in Germany, are customarily acquired abroad.

(2) Engagement of intermediate depositories

The Bank shall arrange for securities acquired abroad to be held in safe custody abroad. It shall engage another domestic or foreign depository (e. g. Clearstream Banking AG) or shall entrust one of its offices abroad with such safe custody. The safe custody of the securities shall be subject to the legal provisions and practices of the place of deposit as well as the General Business Conditions applying to the foreign depository or depositories.

(3) Crediting on current securities account

The Bank shall in the proper exercise of its discretion and with due regard to the customer's interests secure the ownership or the co-ownership of the securities or any other equivalent legal position as customary in the country of deposit and hold this legal position in a fiduciary capacity for the customer. It shall credit the customer in this respect on current securities account (WR-Gutschrift), indicating the foreign country in which the securities are located (country of deposit).

(4) Cover holding

The Bank need only fulfil the customer's delivery claims arising from the customer's credit on current securities account from the cover holding maintained by the Bank abroad. The cover holding shall comprise the securities of the same type held in safe custody for customers and the Bank in the country of deposit. A customer who has been credited on current securities account shall therefore bear proportionally any financial or legal prejudice, loss or damage affecting the cover holding caused by force majeure, riots, war, natural events or by reason of other interference by third parties abroad for which the Bank is not responsible or in connection with acts of domestic or foreign authorities.

(5) Treatment of consideration

If, according to subsection (4), a customer has to bear any prejudice, loss or damage in respect of the cover holding, the Bank shall not be required to refund the purchase price to the customer.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Safe custody services

13. Securities account statement

The Bank shall issue a securities account statement at least once a year.

14. Redemption of securities/ renewal of coupon sheets

(1) Securities held in safe custody in Germany

In the case of securities held in safe custody in Germany, the Bank shall attend to the redemption of interest and dividend coupons and redeemable securities upon their maturity. The counter value of interest and dividend coupons and of matured securities of any kind shall be credited subject to actual receipt by the Bank, even if the instruments are payable at the Bank itself. The Bank shall procure new sheets of interest and dividend coupons (renewal of coupon sheets).

(2) Securities held in safe custody abroad

In the case of securities held in safe custody abroad, the duties referred to above shall be the responsibility of the foreign depository.

(3) Drawing and notice of repayment of bonds

In the case of bonds held in safe custody in Germany, the Bank shall monitor the date of redemption resulting from drawings and notices of repayment on the basis of the information published in the "Wertpapier-Mitteilungen". If bonds held in safe custody abroad are redeemable by a drawing made on the basis of their certificate numbers (number drawing), to the customers in respect of the securities credited to them on current securities account certificate numbers for drawing purposes or distribute the amount falling to the cover holding among the customers by an internal drawing. This internal drawing shall be made under the supervision of an independent controller; alternatively, it may be made by utilising the services of a computer, provided an impartial drawing is assured.

(4) Redemption in foreign currency

If interest and dividend coupons as well as matured securities are redeemed in foreign currency or in

units of account, the Bank shall credit the amount collected to the customer's account in such currency, provided the customer has an account in such currency. Otherwise the Bank shall credit the customer accordingly in euros, unless an agreement to the contrary has been made.

15. Treatment of subscription rights/warrants/convertible bonds

(1) Subscription rights

The Bank shall notify the customer of the granting of subscription rights if an announcement to this effect has appeared in the "Wertpapier-Mitteilungen". Provided the Bank has not received any other instructions from the customer by expiry of the penultimate day of trading in such subscription rights, it shall sell at best all domestic subscription rights customer belonging to the customer's securities holding; the Bank may arrange for foreign subscription rights to be realised at best in accordance with the practices applying abroad.

(2) Option and conversion rights

The Bank shall notify the customer of the expiry of rights deriving from warrants or of conversion rights deriving from convertible bonds, requesting instructions, if the expiry date has been announced in the "Wertpapier-Mitteilungen".

16. Communication of information

If information concerning the customer's securities is published in the "Wertpapier-Mitteilungen" or if the Bank is provided with such information by the issuer or by its foreign depository/intermediate depository, the Bank shall inform the customer thereof, to the extent that such information may materially affect the customer's legal position and notification of the customer is necessary in order to safeguard the customer's interests. Thus, the Bank shall in particular make known information on

- // statutory compensation and exchange offers,
- // voluntary purchase and exchange offers,
- // restructuring proceedings

The customer does not need to be notified if the Bank does not receive the information in time or the

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

measures to be taken by the customer are financially unreasonable because the costs incurred are out of proportion to the customer's possible claims.

17. Duty to verify on the part of the Bank

The Bank shall, on the basis of the publications in the "Wertpapier-Mitteilungen" perform a one-off check at the time of lodgement of the securities certificates as to whether or not they are affected by notices of loss (stops), suspensions of payment and the like.

Verification by the Bank as to whether securities certificates are the subject of invalidation proceedings by public notice shall also be conducted after lodgement.

18. Exchange as well as removal and destruction of certificates

(1) Exchange of certificates

The Bank may, without prior notice to the customer, comply with a call for surrender of securities certificates announced in the "Wertpapier-Mitteilungen", provided such surrender is manifestly in the customer's interests and does not involve an investment decision (e. g. following the merger of the issuer with another company or if the securities certificates are incorrect in content). The customer shall be advised thereof.

(2) Removal and destruction following loss of securities status

If the securities certificates held in safe custody for the customer lose their status as securities following extinction of the rights they represent, they may be removed from the customer's securities account for destruction. Certificates held in safe custody in Germany shall, where possible, be placed at the customer's disposal if so requested. The customer shall be advised of the removal, possible delivery and possible destruction of the certificates. If the customer fails to give any instructions, the Bank may destroy the certificates after expiry of a period of two months after dispatch of such advice to the customer.

19. Liability

(1) Safe custody in Germany

If securities are held in safe custody in Germany, the Bank shall be liable for any fault on the part of its employees and the persons it engages in the fulfilment of its duties. If the customer has been credited on collective securities account, the Bank shall also be liable for fulfilment of the duties of the Clearstream Banking AG.

(2) Safe custody abroad

If securities are held in safe custody abroad, the Bank's liability is limited to the exercise of due care in the selection and instruction of the foreign depository or intermediate depository engaged by it. In the case of intermediate safe custody by the Clearstream Banking AG or another domestic intermediate depository as well as safe custody by one of its own offices abroad, the Bank shall be liable for any fault on their part.

20. Miscellaneous

(1) Requests for information

Foreign securities which are acquired or sold abroad or which a customer entrusts to the Bank for safe custody in Germany or abroad are usually subject to foreign law. Rights and duties of the Bank or the customer are therefore also determined by this law, which may also provide for disclosure of the customer's name. The Bank shall furnish corresponding information to foreign authorities and other offices where it is obligated to do so; it shall advise the customer thereof.

(2) Lodgement/Transfer

These Special Conditions shall also apply if the customer physically lodges domestic or foreign securities with the Bank for safe custody or arranges to have securities account credit balances transferred from another depository. If the customer requests safe custody abroad, the customer shall be credited on current securities account as provided for in these Special Conditions.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

General terms and conditions

Basis of the business relationship between the customer and the bank

Version April 27, 2021

The General Terms of Business (ToBs) and the Specific Terms of Business pursuant to clause 1 (2) of the ToBs of NORD/LB apply to the business relationship between the customer and NORD/LB including its institution incorporated under public law with partial legal capacity "Braunschweigische Landessparkasse" (BLSK). Pursuant to §13 NORD/LB State Treaty, rights and obligations established in the name of BLSK are equally such of NORD/LB. Declarations delivered or received by BLSK shall be effective for and against NORD/LB. NORD / LB including their legally authorized institution BLSK is referred to in the following terms as the "Bank".

Content with reference to the Information on the Arbitration Service

General

No. 1 Basis of the business relationship

No. 2 ~~Amendments to the terms and conditions and to the payment service master agreements~~

No. 3 Banking information

No. 4 Powers of representation and disposition

No. 5 Documents proving identity or title

No. 6 Choice of law, jurisdiction, place of performance

Current accounts and other transactions

No. 7 Current account, statement of account

No. 8 Rectification of incorrect credit entries

No. 9 Credit and payment of items for collection

No. 10 Confirmation of order prior to execution

No. 11 Offsetting by the customer

No. 12 Accounts in foreign currency

No. 13 Discharge from performance of transactions in foreign currencies

No. 14 Receipt of monies in foreign currency

No. 15 Exchange rate

No. 16 Deposit-taking

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Charges and disbursements

No. 17 Interest and charges

No. 18 Compensation of disbursements

Duties and liability of the bank and the customer

No. 19 Liability of the bank

No. 20 The customer's duties of co-operation and care

Lien under the general terms and conditions, further security, release of security

No. 21 Lien, assignment by way of security

No. 22 Further security and release of security

Items for collection

No. 23 Collection in the collecting business

No. 24 Period allowed for presentation, urgent action

No. 25 Security interest in the collecting business

Termination of the business relationship

No. 26 Termination right

No. 27 Continuing validity of the general terms and conditions

No. 28 Deposit protection by means of a recognized deposit protection scheme

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

General Information

No. 1 Basis of the business relationship

(1) Business relationship based on mutual trust

The business relationship between the customer and the bank is determined by the specific features of the banking business and a special relationship of mutual trust. The customer may rely upon the bank to carry out his instructions with the diligence of a prudent businessman and to maintain banking secrecy.

(2) General and special terms and conditions

The general terms and conditions apply to the business relationship in addition to any supplements and agreements made by individual contract. Supplemental and deferring special conditions apply in addition or instead of the general terms and conditions to particular business sectors, e.g. transfer of funds, savings business and securities transactions. These terms and conditions are agreed with the customer at the time of concluding the agreement (e.g. when opening an account) or when orders are issued.

No. 2 Amendments to the terms and conditions and to payment service master agreements

(1) Conditions proposed by the bank

Changes to be applied to the general terms and conditions or special terms and conditions or payment service master agreements shall be offered to the customer in the form permitted by law at least two months prior to the proposed date they are to come into effect.

(2) Acceptance of changes

The customer shall be deemed to have accepted the bank's offer if no indication of rejection is communicated before the proposed date the changes are due to come into effect. The offer from the bank shall clearly indicate the impact of this tacit agreement. The bank shall then use the altered version of the general terms and conditions, amended special conditions or additional conditions, amended payment service master agreement as basis for the continued business relationship.

(3) Special cancellation rights applying in the event of changes to the conditions for payment services

If the bank offers the customer changes in the conditions for payment services (e.g. credit transfer conditions) or for payment service master agreements, the customer shall be at liberty to terminate the payment service framework agreement (Zahlungsdienstrahmenvertrag) to which the changes are to apply prior to the proposed date they are to come into effect; this cancellation shall be free of charge and effective immediately. The offer from the bank shall clearly indicate the right to terminate the agreement.

(4) Deviating agreements

The change procedure outlined in paragraphs 1 and 2 shall not apply if deviating agreements have been concluded. Sentence 1 shall not apply to changes in the conditions for payment services or for payment service master agreements.

No. 3 Banking information

(1) Content of banking information

Banking information means general statements and comments concerning the financial situation of customers, their creditworthiness and solvency. Information as to the amounts of balances held in accounts, of saving deposits, of assets kept in safe custody or of other assets entrusted to the bank or of any credit utilised will not be disclosed.

(2) Requirements for disclosure of banking information

The bank may provide banking information on legal entities and merchants recorded in the Commercial Register provided that the enquiry relates to their business activities, unless an instruction to the contrary has been received from the customer. In any other case the bank may only provide banking information if the customer has, in general or in the particular case, expressly agreed thereto. Banking information is only provided to the bank's own customers and to other banks for their own purposes and those

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

of their customers; such information is only provided if the person requesting it substantiates a credible legitimate interest in the information requested.

(3) Written confirmation

If banking information on credit-worthiness and solvency is given verbally, the bank reserves the right to promptly send a written confirmation, the contents of which shall prevail from that moment on.

No. 4 Powers of representation and disposition

(1) Notification

Any powers of representation or disposition notified to the bank shall be deemed valid until receipt by the bank of a notice of their revocation or amendment, unless these circumstances are known to the bank or are not known to it due to its own negligence. This also applies if such powers are recorded in a public register and an amendment has been published.

(2) Defect in the legal capacity of the representative

The customer shall bear any loss resulting from any defect occurring in the legal capacity of the customer's representative which without the fault of the bank did not come to its knowledge.

No. 5 Documents proving identity or title

(1) Documents proving inheritance

Upon the death of the customer any person who claims to be the legal successor of the customer is obliged to prove its legal entitlement as an heir to the bank.

(2) Authority of the credit institution to make payment or delivery

If a copy or a certified copy of the testamentary disposition (testament, testamentary contract) together with the record of the corresponding hearing opening probate will be presented to the Bank, the bank is allowed those who is designated therein as a heir or an executor in documents to regard as a person entitled and to allow such person to dispose of any assets and to make payment or delivery to him, by way of discharge in full. This shall not apply if the bank is

aware of the inaccuracy or invalidity of such documents or if the bank has not become aware of this as a result of its negligence.

(3) Other foreign documents

If foreign documents are submitted to the bank as proof of identity of a person or proof of any entitlement, it shall check whether such documents are suitable as proof. It shall, however, only be liable for their suitability, validity and completeness and for their correct translation and interpretation in the event of negligence or if the document as a whole has been falsified. To the above extent, the bank may regard the persons designated as entitled as being actually entitled and, in particular, permit them to dispose of any assets and may make payment or delivery to them, by way of discharge in full.

No. 6 Choice of law, jurisdiction, place of performance

(1) German law

German law shall be applicable to the business relationship, unless it is in conflict with compulsory statutory provisions.

(2) Place of performance

The place of performance for the bank and the customer shall be the locality of the registered office of the bank.

(3) Jurisdiction

If the customer is a person carrying on a trade or business or a public authority or a state-funded corporation, the bank may sue in its place of general jurisdiction and may only be sued in that jurisdiction.

Current accounts and other transactions

No. 7 Current account, statement of account

(1) Current account

The bank maintains an account for processing regular business and payment transactions as a current account within the meaning of Article 355 of the German Commercial Code.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

(2) Statement of account

Unless otherwise agreed, the bank shall issue statements of account at the end of the calendar quarter. If a legitimate interest of one of the parties exists, statements of account will be issued on other dates as well.

(3) Objections to statement of account

Any objections to statements of account must be made to the bank. Notwithstanding the obligation to raise objections to statements of account immediately (clause 20 paragraph 1, letter (g)), such statements shall be deemed approved if objections thereto are not raised within six weeks after receipt of the statement of account. Despatch of the objection within this period is sufficient to comply with the time limit. The bank will draw the customer's attention to these consequences at the commencement of the time period. If any inaccuracy is subsequently discovered, both the customer and the bank may demand rectification based on statutory claims.

No. 8 Rectification of incorrect credit entries

(1) Reversal of entries prior to statement of account issuance

Where credit entries are made without any binding authority having been given (e.g. due to a mistake, clerical error), the bank may reverse them by simple entry (reversal entry) until the next statement of account, provided that the bank has a claim for repayment against the customer.

(2) Rectifying entry after issue of statement of account

The bank may be means of a rectifying entry claim repayment under paragraph 1 even after having issued a statement of account if it has failed to ascertain the incorrect credit entry prior to such time. If the customer objects, the bank will reverse the rectifying entry and reclaim by other means.

(3) Identification

Reversal and rectifying entries shall be identified as such in the statement of account.

No. 9 Credit and payment of items for collection

If the bank credits the countervalue of cheques, direct debits or other bills for collection prior to their payment, this is done subject to collection and receipt of their countervalue (credit "subject to collection"). This also applies if the cheque, direct debit or other bill for collection are payable at the bank itself. If the cheque or direct debit is not paid or if the bank does not obtain its countervalue, the bank will reverse the credit entry in accordance with clause 23, paragraph 2 of these general terms and conditions, even after any statement of account which may have been issued in the meantime.

(2) Payment

Cheques and other items for collection shall only be effectively paid if the debit entry has not been reversed by the end of the second bank working day¹ after it was made. Such items shall also be effectively paid if the bank has previously expressly stated to third parties that it wishes to pay the items (e.g. by sending a payment advice). The rules on payments in the special conditions agreed therefor apply to direct debits stemming from other schemes. Cheques collected through a Deutsche Bundesbank clearing agency are effectively paid if they can no longer be returned in accordance with its general terms and conditions. Uncrossed cheques are effectively paid once payment has been made to the presenter.

No. 10 Confirmation of order prior to execution

In the case of orders given by telephone or by other mechanical means and also in the case of unsigned orders the bank reserves the right to require immediate confirmation prior to carrying out the order.

No. 11 Offsetting by the customer

If the customer is not a consumer, he may only offset against claims of the bank if his claims are undisputed or have been established as final and absolute. Sentence 1 shall not apply if the prerequisites of § 513 BGB (German Civil Code) (business start-ups) are met. Statutory set-off prohibitions remain unaffected.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

No. 12 Accounts in foreign currency

The exclusive purpose of a foreign currency account is to effect the settlement of noncash payments to the customer or withdrawal orders by the customer in a foreign currency.

No. 13 Discharge from performance of transactions in foreign currencies

The obligation of the bank to execute a disposal to the debit of a deposit in a foreign currency or to satisfy a liability in a foreign currency is suspended until and to the extent the bank is not able or has only limited ability to effect such a disposal in the currency in which the deposit or the liability is denominated, due to political measures or incidents in the country of such currency. Until and to the extent such measures or incidents persist, the bank shall also not be obligated to effect the disposal at a place outside the country of such currency or in a different currency (also not in euro) or by purchasing cash. The obligation to effect a disposal to the debit of a deposit in a foreign currency shall not be suspended if it can be carried out by the bank entirely within its own organisation. Notwithstanding any of the foregoing provisions the customer and the bank shall retain the right to set off matured reciprocal claims in the same currency.

No. 14 Receipt of monies in foreign currency

Sums of money in a foreign currency may in the absence of express instructions to the contrary from the customer, be credited by the bank in euro if the bank does not maintain an account for the customer in the relevant foreign currency.

No. 15 Exchange rate

The exchange rate for transactions in a foreign currency shall be determined in accordance with the List of Prices and Services (Preis- und Leistungsverzeichnis). Payment services shall in addition be subject to the payment service framework agreement.

No. 16 Deposit-taking

In the absence of any agreement to the contrary, deposits are due without notice of termination (demand deposits). The respectively current interest

rate for demand deposits will be published by means of a displayed notice. For the purpose of calculating interest each month shall be deemed to have 30 days.

Charges and disbursements

No. 17 Interest and charges

(1) Interest and charges in business dealings with consumers

The levels of interest and charges applicable to the standard loans and services featured in business with consumers are displayed on the Notice of Charges (Preisaushang) and in addition on the List of Prices and Services (Preis- und Leistungsverzeichnis). When a consumer applies for a loan or service detailed therein and for which no deviating agreement has been made, the interest and charges stated at this point in the Notice of Charges (Preisaushang) or List of Prices and Services (Preis- und Leistungsverzeichnis) shall apply.

(2) Interest and charges in other business

In other business not with consumers the interest and charges applying to loans and services shall be determined according to the agreement made, and in addition according to the List of Prices and Services (Preis- und Leistungsverzeichnis) in the version as amended and in force at the time the loans or services are used.

(3) Charges for other services rendered

For services that are not part of an agreement or displayed on the Notice of Charges (Preisaushang) or List of Prices and Services (Preis- und Leistungsverzeichnis) and are rendered on behalf of the customer or are assumed to be in the customer's interests and which, judging by the circumstances, are only to be expected in return for payment, the bank may impose a reasonable charge in accordance with the statutory provisions.

(4) Non-chargeable activities

The bank shall not charge for activities for whose performance it is responsible by law or due to an ancillary contractual duty or which it performs in its

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

own interests unless charging for such activities is legally permissible and is performed in accordance with statutory provisions.

(5) Changes in the level of interest, termination rights of the customer

In the case of variable-interest loans the rate of interest shall be changed based on the credit agreement concluded with the customer. The bank shall notify the customer of changes in the rate of interest. In the event of a rate increase the customer may, unless agreed otherwise, terminate the relevant credit agreement with immediate effect within six weeks of being notified of the change. If the customer terminates the agreement, the increased rate of interest shall not be used as basis for the cancelled credit agreement. The customer shall not be deemed to have terminated the agreement if he does not repay the amount owed within two weeks of the termination coming into effect.

(6) Changes in charges for services which are typically used on a long-term basis

Changes in the charges for the main services which are typically used constantly by the customer in the context of the business relationship (e.g. portfolio management), or changes in the charges in the context of payment service master agreements shall be offered to the customer in text form at least two months prior to the proposed date they are to come into effect. If the customer has arranged to communicate electronically with the bank within the framework of the business relationship (e.g. online banking), the changes may be offered by this means. The customer shall be deemed to have accepted if no indication of a rejection is communicated before the proposed date the changes are due to come into effect. The offer from the bank shall clearly indicate the impact of this tacit agreement. If the bank offers the customer changes, the customer shall be at liberty to terminate the agreement to which the changes are to apply prior to the proposed date they are to come into effect; this cancellation shall be free of charge and effective immediately. The offer from the bank shall clearly indicate the right to terminate

~~the agreement. If the customer terminates the agreement, the altered charge for the cancelled business relationship shall not be used as basis.~~

(7) Special features in the case of consumer loan agreements

In the case of consumer loan agreements, the interest and charges are governed by the relevant contractual agreements and in addition by the statutory provisions.

(8) Special features in the case of payment service agreements with consumers

~~In the case of payment service agreements with consumers the charges shall be governed according to the relevant contractual agreements and special conditions. Where no provision has been established therein, paragraphs 1 and 4 as well as —for amending all charges in the case of payment service agreements (e.g. giro agreement)— paragraph 6 shall apply.~~

No. 18 Compensation of disbursements

The compensation of the bank's disbursements goes by statutory regulations.

Duties and liability of the bank and the customer

No. 19 Liability of the bank

(1) Liability for own fault

The bank shall be liable for any fault of its own and of those persons whose services it uses to perform its obligations towards the customer, save as otherwise provided for in the following paragraphs, special conditions or individual agreements. If the bank is liable and if the damage has not been caused by the bank alone, whether through its fault or not, liability for damages shall be determined by the principles of contributory fault, § 254 of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch).

(2) Liability for third parties

The bank may, in the absence of instructions to the contrary, pass on instructions in whole or in part to third parties for them to effect independently, where

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

this appears necessary, taking into account the nature of the instruction and the interests of the bank and the customer. In such cases, the obligations and liabilities of the bank shall be limited to the transmission of the order, including care in selecting and instructing the third party.

3) *Liability in case of force majeure*

The bank shall not be liable for any losses caused by disturbance of its operations (e.g. bomb threat, bank raid), in particular as a consequence of force majeure (e.g. war and natural events) as well as in consequence of other events for which the bank is not responsible (e.g. strike, lock-out, disruption of communications), or which may occur through the exercise of supreme executive power in Germany or abroad.

No. 20 The customer's duties of co-operation and care

(1) Principles

The bank will carry out the customer's orders in a businesslike manner. The customer has special duties of co-operation and other duties of care, in particular the following duties:

a) Notification of important information and changes

The customer must notify the bank immediately of all facts which are material to the business relationship, especially any changes in the name, address, civil status, capacity to dispose of property or to incur liabilities of the customer (e.g. marriage or similar engagement, change in matrimonial property status) or the persons authorised to sign on behalf of the customer (e.g. subsequent legal incapacity of a representative or attorney) as well as changes in the beneficial owner or the powers of representation or disposition notified to the bank (e.g. powers of attorney and commercial representation). This duty to notify shall also apply if such facts are recorded in a public register and if they are published. The names of the persons authorised to act on behalf of the customer, together with a specimen of the personal signature of such persons, shall be notified to the bank on the forms provided by it. In addition, further statutory duties of notification, particularly those arising

through the Money Laundering Act (Geldwäschegesetz), may result.

b) Unambiguous information in orders and instructions

Orders and instructions of every kind must unequivocally permit identification of the substance of the transaction. Amendments and confirmations must be designated as such.

When giving payment orders, BIC3 are stated correctly, completely, unequivocally and legibly.

c) Care in transmission of particular orders

If orders or instructions are transmitted by telephone or other mechanical means, the customer must take care that no errors in transmission, misunderstandings, improper usage or mistakes occur.

d) Cancelled

e) Express notification of any special instructions

The customer shall transmit any special instructions relating to the execution of orders to the bank separately; for orders given on a printed form, this must be done separately from the form. This applies, in particular, if payments are to be applied against certain amounts due to the bank.

f) Notification of time limits and dates on which transactions are to be effected

In the same way as under e) above, the customer must expressly notify the bank if instructions are to be carried out within certain time limits or on certain dates or if there is risk of extraordinary loss if instructions are not carried out properly, especially if not carried out within the time limit. Attention is drawn to the special duty to notify in the case of short presentation periods for checks under clause 24.

g) Complaints to be made immediately

Objections to statements of account, direct debits, summaries of accounts, lists of securities or other communications rendered by the bank and also any objections as to the proper delivery of securities or

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

other valuables by the bank must be raised immediately. If statements of account or lists of securities held on deposit are not received by the customer, the customer must notify the bank immediately. This duty to notify also applies to non-receipt of other advices, receipt of which must, or ought to have been, expected by the customer.

h) Checking of confirmations of the credit institution
Where confirmations of the bank are at variance from orders or instructions given by the customer, the customer must object immediately.

(2) Liability arising from neglect of duty

Any loss arising from culpable neglect of the customer's duty to co-operate and other duties to exercise due care shall be borne by the customer. If the bank has contributed to the occurrence of the loss through its culpable conduct, liability for damages shall be determined by the principles of contributory fault, § 254 of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch).

Lien under the general terms and conditions, further security, release of security

No. 21 Lien, assignment by way of security

(1) Extent

The customer hereby grants the bank a lien on valuables of any kind which, in the course of banking business, may come into the possession or power of disposition of the bank through acts of the customer or of third parties for account of the customer. Such valuables include all items and rights of any kind (for example: goods, foreign exchange, securities including interest, loan stock and dividend coupons, shares in a collective deposit, subscription rights, cheques, bills of exchange, bills of lading, warehouse warrants, inland bills of lading). The lien also covers claims of the customer against the bank (e.g. from credit balances). Claims of the customer against third party shall be deemed to be assigned to the bank if documents representing the claims, in the course of banking business, come within the power of disposition of the bank.

(2) Exclusions

If monies or other valuables come into the power of disposition of the bank expressly designated for a particular purpose (e.g. cash deposit for payment of a cheque, bill of exchange or the execution of a certain credit transfer), then the lien of the bank shall not extend to these valuables. Securities held in safe custody abroad are not, unless otherwise agreed, subject to the lien.

The same applies to participation rights/certificates issued by the bank itself and to claims of the customer arising from subordinated capital stock (e.g. subordinated bearer bonds).

(3) Secured claims

The lien shall secure all existing and future claims, whether contingent or time-limited, and all statutory claims, of the bank against the customer which it may acquire in connection with the business relationship. Claims against customers under guarantees issued by them in favour of third parties shall only be secured from their maturity on.

(4) Claim to the lien

The bank may only retain the valuables which are subject to the lien under the general terms and conditions if it has a legitimate interest in obtaining security. Such interest exists, in particular, under the conditions on the right to demand further security under clause 22.

(5) Enforcement of security

The bank shall be entitled to realise the valuables if the customer, notwithstanding demand with a reasonable grace period and warning of enforcement in accordance with § 1234 paragraph 1 of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch), fails to meet his liabilities when they fall due. Where there are several security items the bank has the right to choose between them. When selecting and realising security items, the bank will, as far as possible, take account of the legitimate interests of the customer. The bank shall be entitled to appropriate any proceeds of realisation which are insufficient to satisfy all its claims as it may in its reasonable discretion

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

think fit. The bank shall draw up the credit advices for proceeds of realisation in favour of the customer in such a manner that they may be regarded as invoices within the meaning of the Turnover Tax Law.

No. 22 Further security and release of security

(1) Right to demand further security

The bank may demand that the customer provides or increases security for his liabilities under borrowings if the risk situation undergoes a change due to circumstances occurring or becoming known subsequently, e.g. due to a deterioration or threatened deterioration in the financial position of the customer, any person jointly liable or any guarantor or in the value of the existing security.

In the case of consumer loan agreements there is a claim to the provision of security or its increase only if the securities are specified within the loan agreement. Notwithstanding the above the bank is entitled to claim additional securities if the net loan amount exceeds Euro 75,000 and the consumer loan agreement was concluded before 21 March 2016 or the general consumer loan contract within the meaning of § 491 para 2 BGB was concluded on or after March 21, 2016 and does not contain any security provisions.

(2) Duty to release security

The bank is obliged, upon request, to release such security items as the bank may choose to the extent that the realisable value of all the security items not only temporarily exceeds the total amount of all claims of the bank by more than 10%. The covering limit of 10%, as stated in the immediately preceding sentence, will be increased by the then current value added tax rate, to the extent that such value added tax is imposed on the bank, in case of realisation of the security items. When selecting the security items to be released, the bank will, as far as possible, take account of the legitimate interests of the customer.

Items for collection

No. 23 Collection in the collecting business

(1) Collection agreement

Cheques, bills of exchange, direct debits or other items for collection are taken by the bank for collection (encashment) only, unless otherwise agreed.

(2) Redebit

If the bank has credited the amount of the items for collection prior to receipt of that amount, it may redebit the amount in case of non-payment of the items, even if a statement of account has been issued in the meantime. The same applies if

- // the counter value is not received by the bank or
- // the free availability of the counter value is restricted by law or by measures of government authorities or
- // due to insurmountable obstacles the items cannot be presented or cannot be presented in time or
- // collection is subject to disproportionate difficulties, which were not known at the time the items were taken for collection or
- // a moratorium has been declared in the country in which the items are to be paid.

Under the same preconditions, the bank may return items for collection even before their maturity. Redebit is also permissible if the items cannot be returned. If the bank is responsible for this, it shall bear the loss sustained by the customer resulting therefrom.

No. 24 Period allowed for presentation, urgent action

If cheques payable at the place of the bank are not deposited by the third business day at the latest, and cheques payable at other banking places by the fourth day prior to expiry of the period allowed for presentation (Article 29 of the Cheques Law [Scheckgesetz]) or, if deposited by mail, they are not received by the bank within such time and before close of business, the customer must by separate advice draw attention to the expiry of the period allowed for presentation and the possible need to take urgent action.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

No. 25 Security interest in the collecting business

By depositing cheques and bills of exchange for collection, the customer transfers to the bank by way of security ownership of the items in the event that the item for collection is not paid and the bank is entitled to claim against the customer as a result of anticipatory disposals by the customer with regard to the collection, until such claims are satisfied. On acquiring ownership by way of security, the underlying claims also pass to the bank.

(2) Assignment by way of security

When other items are deposited for collection (e.g. direct debits, commercial paper), the claims underlying the items pass to the bank under the terms of paragraph 1.

Termination of the business relationship

No. 26 Right of termination

(1) Ordinary termination

The customer and the bank on presentation of an objective reason, may at any time, without observing any period of notice, terminate the business relationship as a whole or in any individual respect, in so far as there is no agreement regarding the duration or the deviating arrangements for termination. If the relationship is terminated by the bank, it will take reasonable account of the legitimate interests of the customer, in particular, by not giving notice at an inopportune time.

The notice period for termination of a payment service framework agreement (e.g. a giro agreement or card agreement) by the bank is at least two months.

(2) Termination for good cause

Notwithstanding any other agreements, both the customer and the bank may at any time, without observing any period of notice, terminate the business relationship as a whole or any individual respect if there is good cause making it unreasonable to expect the party terminating to continue the business relationship. In so doing, the legitimate interests of the other party to the agreement are to be taken into ac-

count. The bank shall have such cause for termination especially if due to circumstances as listed below by way of example, the fulfilment of the payment obligations of the customer or the enforcement of the claims of the bank are jeopardised, even if any security was enforced:

- a) if a significant deterioration occurs or threatens to occur in the financial condition of the customer or in the value of any collateral provided as security for a loan, in particular if the customer suspends payments or declares that he intends to suspend payments or if bills of exchange accepted by the customer are protested;
- b) if the customer fails within an adequate period of time to comply with his obligation to provide or increase security (clause 22 paragraph 1) following a request by the bank so to do;
- c) if the customer has made incorrect statements regarding his financial circumstances;
- d) if execution is levied against the customer;
- e) if the financial circumstances of a person jointly liable or any unlimited partner have deteriorated significantly or are in considerable jeopardy and also in the case of the death of, or a change in, an unlimited partner.

If the good cause is a breach of a contractual obligation, termination is permitted only after fruitless expiry of a granted cure period or fruitless reminder. This shall not apply if the customer definitely and utterly refuses performance, fails to render performance on a contractually fixed date or within a specified time period, although timely performance has been made a contractual condition by the bank for its continued interest in the performance, or if, considering the interests of both sides, immediate termination is justified by specific circumstances.

(3) Termination in the case of consumer loan agreements

Where the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch) provides for compulsory special rules for the termination of consumer loan agreements, the

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

bank may only terminate such agreements in accordance with these provisions.

(4) Legal consequences of termination

Upon the termination of the business relationship as a whole or any individual respect, the amounts owing on the relevant accounts become due immediately. The customer is in addition obliged to release the bank pro tanto from all liabilities assumed for or on behalf of the customer. The bank is entitled to give notice of termination of liabilities assumed for or on behalf of the customer and, effective as against the customer, to liquidate other liabilities, in particular those in foreign currency and it may immediately re-debit the customer's account for any bills and cheques purchased; claims arising under the laws relating to bills of exchange and cheques against the customer and any other person liable under the respective instrument for payment of the full amount of the bill and cheque together with associated claims shall, however, remain with the bank until full settlement of any debit balance.

No. 27 Continuing validity of the general terms and conditions

Even after termination of the business relationship as a whole or in any individual respect, the general terms and conditions shall continue to apply to the winding up thereof to the extent required to wind up the relationship.

No. 28 Deposit protection by means of a recognized deposit protection scheme

(1) Voluntary institution protection

The bank is a member of the institution-related protection scheme of the German Savings Banks Financial Group ("protection scheme"). The primary objective of the protection scheme resides in protecting the included institutions themselves and in averting any economic difficulties they may be experiencing or threatened by. The institution protection scheme also protects the deposits of customers in the same manner. The latter largely include savings deposits, fixed-term deposits, sight deposits and bonds.

(2) Statutory deposit protection

The protection scheme is officially recognized as a deposit protection scheme within the meaning of the German Act on Deposit Protection (GADP). In exceptional cases where the protection scheme should not be effective, contrary to section 1, concerned customers have a claim against the protection scheme to reimbursement of their deposits within the meaning of GADP sections 2.3 to 2.5 up to the upper limits defined in GADP section 8.

Not eligible for compensation as per GADP section 6 are deposits brought about in connection with money laundering transactions, bearer bonds of the bank, and liabilities from own acceptances and promissory notes, amongst others.

(3) Information rights

The bank is authorized to provide the protection scheme or one of its representatives with all the information and documents required in this context.

(4) Subrogation

Insofar as the protection scheme or one of its representatives makes payments to a customer, the latter's claims against the bank will be concurrently transferred to the protection scheme to the corresponding amount, including all ancillary rights.

¹ Bank working days are all working days apart from Saturdays and 24 and 31 December.

² International Bank Account Number.

³ Business Identifier Code.



Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Friedrichswall 10
30159 Hannover
VATID No. DE 115 646 025

Information on the Arbitration Service

In the event of disputes with the bank, there is the possibility of contacting the Arbitration Service of the Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB, German Federal Association of Public Sector Banks).

The matter of concern is to be submitted in a text form to the following address:

Verbraucherschlichtungsstelle (Consumer Arbitration Service)
Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)
Postfach 11 02 72
D-10832 Berlin
email: ombudsmann@voeb-kbs.de
Internet: <http://www.voeb.de/de/verband/ombudsmann>

Details are regulated in the Arbitration Service Rules of Procedure, which are provided upon request.

The

Norddeutsche Landesbank Girozentrale

participates in the dispute resolution procedure with this recognised Consumer Arbitration Service.

The possibility also exists of bringing action before the civil courts.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

General principles concerning the execution of orders

Status: as of 1 January 2018

Norddeutsche Landesbank Girozentrale including "Braunschweigische Landessparkasse", an institution incorporated under public law with partial legal capacity (the "Bank") is obliged to execute its customers' orders for the purchase or sale of financial instruments, as defined in Section 2(3) clause 1 numbers 1 to 3 WpHG, in accordance with a procedure laid down in writing that organisationally ensures achieving the best possible result for our customers.

Here it is of no consequence whether, during the execution of the individual order, the best result was actually achieved. What is key is that the procedure used typically leads to the best possible results for our customers.

We enable the execution of an order for the purchase or sale of financial instruments (securities and financial instruments) in accordance with the following principles.

I. Scope

The present execution principles describe the general procedure of the Bank for private customers and professional customers (jointly referred to as the "customer") within the meaning of the German Securities Trading Act ("WpHG").

These execution principles are part of the special conditions for securities transactions and apply to the execution of a purchase or sales order for a financial instrument which comes under the requirements of Section 82 WpHG, insofar as the order from a customer is implemented as part of a financial transaction on a commission basis, an own-account trading transaction, the purchase and sale of financial instruments in the name of and for the account of others ("contract broking"), securities financing transaction, or as part of financial portfolio management ("asset management") by the Bank.

II. Priority of customer instructions

- (1) An instruction from a customer always has priority. The Bank shall obey a customer instruction in the implementation of a purchase or sales order.
- (2) If the Bank executes an order in accordance with a specific customer instruction, the obligation to achieve the best possible result in accordance with

the scope of the instruction shall be considered satisfied. The principles in Section III para 1 to 8 shall not apply.

(3) Customer instructions may also relate solely to the type and manner of execution, without containing any reference to a specific execution location. This relates particularly to discretionary orders; these are characterised by the fact that the Bank receives an instruction from the customer to handle the securities order in a number of steps according to the market situation. The accepted practices of order execution among stock market participants determine how discretionary securities orders are dealt with.

If the customer specifically instructs the Bank to execute an order as a discretionary order, this order then also gives the Bank the discretion to choose the execution location in the customer's best interests, without in this case the principles of Section III para 1 to 8 applying.

In this case, the order may be executed via a stock exchange or off-market, either in Germany or abroad, and possibly by referral to selected intermediaries. In handling the execution of any discretionary order, the Bank will consider the price quality, costs of execution at a particular location, speed and probability

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

of execution and the processing of the order as well as its extent.

It must be expressly pointed out to the customer that even in the case of an instruction relating to the type and manner of execution, particularly in the case of a discretionary order, there is a customer instruction (see Section II para 1 and 2) and the order may be executed outside an organised market (stock exchange) and outside a multilateral trading system within the meaning of Section 2 (3) no. 8 WpHG (see Section V).

III. Principles for the best possible execution in financial instruments

(1) The principles for the best possible execution shall apply depending on the class of security for an assumed typical order size of a private customer. Insofar as professional customers wish to deviate in individual cases from the execution of an order at the execution location determined on this basis against this background, this is possible in accordance with Section II by issuing an instruction, which always has priority.

(2) The best possible execution location shall be determined by accepting the relevant valid standard method of processing for the financial instrument on which the order is based. If the depository of the deposit portfolio and/or type of storage differs from the depository and/or type of storage of the execution location, an appropriate instruction must be issued by the customer.

(3) In accordance with legal regulations the issue and redemption of investment fund shares are not subject to the execution principles. The issue or redemption shall take place via the investment company or the depository. If the customer wishes to transact a purchase or sales order on an organised market (stock exchange) or a multilateral trading system within the meaning of Section 2 (8) No. 8 WpHG, the latter shall issue an appropriate instruction to the Bank.

(4) A customer instruction is required for orders in participation certificates (Genussscheine) and participation rights (Genussrechte). A customer instruction is always required for orders in ancillary rights and rights issues. If no instruction is given, there will be an automatic sale at the best possible price in the

interests of the customer on the last trading day in accordance with Section 15 of the special conditions governing securities transactions.

(5) Orders for financial instruments from domestic issuers (domestic financial instruments), which are traded on an organised market (stock exchange) or a multilateral trading system within the meaning of Section 2 (8) no. 8 WpHG within Germany, are forwarded to an execution location in Germany.

(6) Insofar as financial instruments from foreign issuers (foreign financial instruments) are traded on an organised market (stock exchange) or a multilateral trading system within the meaning of Section 2 (8) no. 8 WpHG within Germany, the orders shall likewise be forwarded to an execution location in Germany.

(7) If a financial instrument is not traded in Germany, an individual instruction from the customer is required for the selection of the execution location.

(8) The execution quality to be determined is primarily oriented towards the overall remuneration, which is composed of the price for the financial instrument and all the costs associated with the execution of the order, which arise through the execution at an execution location. Moreover, other factors, such as execution speed, the execution probability as well as the qualitative factor of processing security, are also included in the assessment. If several execution locations offer the same favourable execution quality, the Bank shall select one at its discretion in accordance with its obligation. The selection of the best possible execution locations is provided to the customer in the Annex to these principles.

IV. Special instructions for fixed price transactions in financial instruments

The Bank and the customer may agree a fixed price ("fixed price transaction") for every individual transaction. In such a case, the transaction will not be brought to an execution location for execution, but instead a purchase agreement will be concluded between the Bank and the customer; accordingly, the Bank, as the purchaser, will acquire the respective financial instrument from the customer, or the Bank will act as the seller and deliver the respective financial instrument to the customer. The Bank shall

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

charge the customer the agreed price. In case of interest bearing debenture bonds the Bank adds the accrued interest and will take the market situation into account when doing so.

It should be noted that when a fixed price transaction is entered into, at the same time, there should be an instruction from the customer, in accordance with Section 82(4) WpHG (German Securities Trading Act) that would result in the non-application of the principles in Section III paragraphs 1 to 8, which were developed by the Bank in order to achieve, on a consistent basis, the best possible results for the execution of orders in an organised market (stock exchange) or a multilateral trading system. Insofar as fixed price transactions are agreed for financial instruments listed at stock exchanges, it is hereby expressly pointed out to the customer that, as an alternative to entering into a fixed price transaction, other execution locations are also possible as indicated in the Annex.

If we are the issuers of the financial instruments, then customer orders for the purchase or sale of these financial instruments will generally be fixed price transactions. Customers may request that an order should be executed at a different execution location if the financial instruments are traded there.

V. Principles for the best possible execution in other financial instruments

If a financial instrument is traded off-market, in accordance with the Annex ("over-the-counter transaction"), then we organise things in such a way so as to ensure and we check that this financial instrument will be executed as a fixed price transaction, in accordance with Section IV, in line with market conditions. Orders for other financial instruments, which are not listed in the Annex, shall be accepted by the Bank only with an instruction because the products are usually of an individual nature.

With OTC derivatives, a business transaction is concluded directly between the customer and the Bank. In such a case, the customer bears the counterparty risk together with the Bank.

VI. Asset management

If the Bank undertakes transactions itself as part of an asset management agreement existing between the Bank and the customer up to the assumed typical order sizes, the principles under Section III para 1 to 6 referred to above of the best possible execution shall also apply in principle. In order to safeguard the customer's interests and in accordance with the purpose of the asset management agreement, the Bank may execute orders in individual cases which differ from the principles referred to under Section III para 1 to 6. The regulations of the asset management agreement shall apply additionally. Insofar as the regulations of the asset management agreement differ from provisions of these execution principles, the regulations of the asset management agreement shall take precedence over these execution principles.

VII. Verification of the principles

The selection of execution locations made in accordance with these principles shall be reviewed by the Bank at least every year. The regular review of the execution policy takes into account, in particular, information on the top 5 reporting and the multilateral trading system within the meaning of Section 2(8) number 8 WpHG. A review of the order principles shall also always be undertaken by the Bank if a major amendment occurs, which means that an execution of orders no longer remains consistently in the best possible interest of the customer at the execution locations included in the execution principles. The Bank shall monitor the effectiveness of its execution principles on a regular basis in order to bring them up to date, if necessary, and communicate them in a suitable form to the customer.

The update of the execution principles is not considered a change of the general terms and conditions in the meaning of number 2 of the general terms and conditions.

Appendix

Notes and explanations of the General Principles of Order Execution

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Notes and explanations of the General Principles of Order Execution

I. Factors taken into account when determining the best possible execution location

According to Section 82 of the German Securities Trading Act (WpHG), the total fee shall be used as the deciding factor when evaluating the execution locations for the execution of orders placed by private customers. In addition, other factors are evaluated, such as, the execution speed and the execution probability. As a qualitative factor the processing security are also included in the assessment.

(1) Price

The ability to achieve the best possible price depends, amongst other factors, on the specified mechanism for determining the price which is established in the regulatory framework of the various execution locations. The regulatory framework stipulates, for example, whether the price is determined by an auction process (what is called an “order-driven market”) or whether a neutral market participant (a market maker) is involved (what is called a “quote-driven market”). Other important factors which influence the price that can be achieved are the liquidity of the execution location, the inclusion of reference markets, the obligations of quoting a price and the stipulation of a maximum spread between the bid and offer prices in the stock market rules.

(2) Costs

The cost factor can, in principle, be split into the two components of third party costs and in-house fees. As a first step toward determining the best possible execution of customers’ orders, in accordance with Section 82 of the German Securities Trading Act (WpHG), only third party costs shall be considered.

(2.1) The accruing third party costs arise from the applicable transaction costs (e.g. brokerage charges, transaction fees) and the settlement costs (e.g. the clearing fee, delivery fee). These costs may differ according to market segment and execution location.

Any partial execution which may occur influences the third party costs which arise and must therefore be included appropriately in the assessment.

(2.2) If several execution locations are recognised as equivalent, the concept of cost is extended to include inhouse fees and commissions in the assessment.

(3) Speed of execution

Speed of execution is defined as that period of time which occurs between the placement of an executable order and the allotment of the order. The determining factors for the fastest available execution of clients’ orders are the trading hours of the relevant stock exchange, the progressive technical support by automated matching, i.e. the limit control systems, and the stipulation of maximum execution times in the regulatory framework of the relevant execution locations.

(4) Execution probability

The execution probability of a client’s order depends primarily on the liquidity of the particular execution location. It is in such a case immaterial whether the liquidity is natural or whether a market maker provides this liquidity on request. A high degree of execution probability is achieved by the inclusion of reference markets in determining prices and the definition of execution obligations in the regulatory framework of the relevant execution locations.

(5) Processing security

The term “processing security“ includes those factors which are intended to ensure the maximum degree of protection for the investor.

// Organisation of the stock exchange under public law and supervision by the relevant stock exchange supervisory authority

// A market surveillance agency as an independent body of the stock exchange. This body primarily monitors

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

- determination of prices in the stock exchange
- compliance with execution guarantees (e.g. the best price principle)
- compliance with the regulatory framework
- compliance with procedures and directives prescribed by legislation relative to the stock exchange

- // A sanctions committee as an independent body of the stock exchange
- // Information services of the relevant execution location
- // Mistrade regulations of the relevant execution location
- // Execution guarantees in the regulatory framework of the execution location (e.g. the best price principle)
- // Investor protection mechanisms in the regulatory framework of the execution location
- // Operational risks in the delivery system

II. Weighting of factors for the determination of the best possible execution location

In accordance with Section 82 of the German Securities Trading Act (WpHG), the order execution policy for private customers is based on the total fee.

The calculation of the total fee comprises the assessment of the price which can be achieved and the third party costs. Not only external costs are considered, but also in-house costs and commissions. In addition to the total fee, the factors of execution speed and execution probability are also considered. Pursuant to the statutory provisions, the best possible result is based mostly on the total fee. The speed of execution and the execution probability are awarded equal percentage. As a general qualitative factor, the processing security is also taken into consideration.

III. Result of the assessment procedure and of the best available execution locations per security group

Average order sizes or different volumes of trade respectively are considered for the calculation of the total fee. For this purpose, order, market and stock exchange data as well as future reports on execution quality, which are regularly made available to the public free of charge by the execution locations, are analysed in consideration of the factors mentioned

in chapter I and evaluated according to the weighting referred to in chapter II. This procedure normally leads to a clear indication of an execution location to a security group. This ensures the consistently best available execution of customer orders for the relatively largest proportion of the respective securities/financial instruments. If several execution sites offer an equal best possible order quality, the Bank shall make a selection at its discretion. Only the execution locations available at the time of the order are taken into consideration (see Section IV Overview of the relevant execution locations). If no relevant execution location is available, the first accessible execution location is used in accordance with Section IV.

IV. Overview of the relevant execution locations

The domestic execution locations mentioned in the table are one of the following stock exchanges which the bank considers for fundamental reasons to be possible execution locations (organised markets, OTC segments and multilateral trading systems within the meaning of Section 2 (8) no. 8 of the German Securities Trading Act) in order to be able to achieve the best available results in the execution of clients' orders on a consistent basis:

- // the Berlin stock exchange
- // the Düsseldorf stock exchange
 - the Düsseldorf stock exchange
 - Quotrix
- // Deutsche Börse AG
 - the Frankfurt stock exchange
- // XETRA
 - the Hamburg stock exchange
- // the Hanover stock exchange
- // the Munich stock exchange
- // the Stuttgart stock exchange
- // Tradegate Exchange

The general stock market opening hours have been taken into account in selecting the execution locations.

PLEASE NOTE: THE ENGLISH VERSION SERVES INFORMATION PURPOSES ONLY. THE GERMAN VERSION ALONE IS LEGALLY BINDING.

Annex to the General Principles of Order Execution

Asset class	Security Group	Security Group	Security Group	Security Group	Security Group	Security Group
Equity instruments - Shares and Certificates of Deposit	Shares in the DAX® 30	Other DAX® shares (TECDAX®, MDAX®, SDAX®)	Other domestic shares	Shares in the DJ EuroSTOXX50, DJ STOXX50, DJ Industrial Average, NASDAQ 100	Other foreign shares with a German listing	Other foreign shares with a foreign listing
Execution location*	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result	Order allocation possible only with instruction
Debt instruments	Loans from public issuers of the EEA and selected supranational issuers	Loans from German issuers	Other loans (EEA – European Economic Area and NONEEA)			
Execution location*	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result	Domestic execution location as per assessment result			
Stock warrants and certificates	Secured derivatives (Leverage and investment products)					
Execution location*	Domestic execution location as per assessment result					
Other securities	Participation rights/ participation certificates	Other domestic securities	Other foreign securities	Ancillary rights / subscription rights		
Execution location*	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction		
Other Financial Instruments	Standard derivatives (quoted on stock exchange)	Other derivatives (OTC)	Forward foreign exchange transactions	Commodity futures transactions/ derivatives		
Execution location*	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction	Order allocation possible only with instruction		

* Domestic execution locations (in alphabetical order): Berlin stock exchange, Düsseldorf stock exchange, Frankfurt stock exchange, Hamburg stock exchange, Hanover stock exchange, Munich stock exchange, Quotrix, Stuttgart stock exchange, Tradegate Exchange and XETRA (electronic trading platform of Deutsche Börse AG)